STORAGE-ITEM
MAIN

LP9-Q15C
U.B.C. LIBRARY

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of British Columbia Library

http://www.archive.org/details/charlesdavenante00casp

precipitation and

Beiträge

zur

Geschichte der Nationalökonomie

Herausgegeben von

Geh. Hofrat Professor Dr. Karl Diehl
Freiburg i. Br.

Siebentes Heft:

Charles Davenant

Ein Beitrag zur Kenntnis des englischen Merkantilismus

Von

Dr. sc. pol. Willy Casper
Dipl.-Volkswirt
Kiel

Jena
Verlag von Gustav Fischer
1930

Charles Davenant

Ein Beitrag zur Kenntnis des englischen Merkantilismus

Von

Dr. sc. pol. Willy Casper
Dipl.-Volkswirt
Kiel

Jena
Verlag von Gustav Fischer
1930

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany

Fürstlich priv. Hofbuchdruckerei (F. Mitzlaff) Rudolstadt

Meinen lieben Eltern

in Dankbarkeit

Vorbemerkung des Verfassers.

Vorliegende Abhandlung ist von der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität Kiel als Dissertation genehmigt worden. Es ist mir ein Bedürfnis, auch an dieser Stelle noch Herrn Prof. Helander, jetzt in Nürnberg, meinen Dank auszusprechen für die Anregung zu dieser Arbeit, für die stets bereitwilligst erteilten Ratschläge und das liebenswürdige Interesse, mit dem er das Werden der Arbeit bis zur Drucklegung verfolgte. Dank schulde ich auch Herrn Geh. Rat Diehl in Freiburg für die freundliche Bereitwilligkeit, meine Abhandlung in seine „Beiträge" aufzunehmen.

Kiel, Ostern 1930.

Dr. Willy Casper.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

I. Vorwort 1

II. Biographische Notiz 3

III. Das Wesen des Merkantilismus 6

IV. Politisch-ökonomische Streitfragen im England des 17. Jahrhunderts 13

V. Charles Davenant:

1. Teil: Die Bedeutung des auswärtigen Handels und des Geldes . . 21

2. Teil: Der Handelsbilanzgedanke 32

3. Teil: Die Reichtumsquellen:

a) Die Bevölkerung 45

b) Der Grund und Boden 53

c) Das Gewerbe 59

4. Teil: Der Luxus 64

5. Teil: Das Freihandelsargument bei Davenant 67

6. Teil: Davenants Ansichten über das Besteuerungswesen 85

7. Teil: Davenants Ansichten über das Staatsschuldenwesen 105

8. Teil: Statistische Betrachtungen 120

VI. Der parteipolitische Standpunkt in Davenants Ansichten 124

VII. Der Machtgedanke in Davenants Anschauungen 129

VIII. Davenants Stellung in der Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen 132

IX. Ergebnis 136

X. Literatur 137

I. Vorwort.

Vorliegende Arbeit stellt sich hinsichtlich der methodischen Anlage in bewußten Gegensatz zur Dissertation von Yvon Ballière L'Oeuvre Economique de Charles Davenant, Thèse, Poitiers 1913. Letztere unternimmt es, die einzelnen Werke Davenants in chronologischer Reihenfolge zu analysieren und den Verfasser auf diese Weise in das historische Milieu seiner Zeit hineinzustellen. Diese Methode hat unzweifelhaft viel für sich, denn Davenants ökonomischen Schriften und die seiner Zeitgenossen sind die Werke praktischer Engländer, ihre Ansichten wurzeln gänzlich in der Politik und Geschichte ihres Landes. Ballière lehnt eine Untersuchung ab, die zusammenfassend zu erkennen versuchen würde, welche Ansichten Davenant über die großen ökonomischen Fragen gehabt hat. „On présenterait Davenant comme un théoricien, ce serait en somme, le dé-figurer, car, tout au contraire, il affecte d'écrire au jour le jour, un peu semble -t-il, au hasard des évènements, en quelque sorte à la façon du publiciste, donnant son avis sur telle question d'actualité" (S. 13). Ballière gibt zu, daß seine Methode, die im wesentlichen auf eine Inhaltsangabe der einzelnen Schriften Davenants hinausläuft, nur „une image brisée et en conséquence peu nette" von dem Autor geben könne. Deshalb wird im folgenden eine mehr wirtschafts-historische Behandlung des Themas angewandt, die die Gegebenheiten der Zeit zu berücksichtigen und auf dieser Basis Entstehung und Ursprung der ökonomischen Ansichten Davenants zu untersuchen hat. Denn die von Roscher gerühmte nationale Eigentümlichkeit der Engländer, die Theorie nur dann zu erweitern, wenn eine wichtige praktische Arbeit dazu Anlaß gab, trifft auch auf Davenant zu. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß auf die Theorien der englischen merkantilistischen Schriftsteller oftmals privatwirtschaftliche bzw. parteipolitische Interessen modifizierend einwirkten, die bisweilen zu Widersprüchen führten. Die Kombinierung der in Davenants Schriften verstreuten, sich

in dem historischen Milieu seiner Zeit spiegelnden ökonomischen Anschauungen, gibt die Möglichkeit, seine Gedankenwelt plastisch herauszuarbeiten; allerdings ist zu bedenken, daß Davenant kein Theoretiker ist mit einem eigenen Lehrgebäude. Das wirtschaftliche Geschehen gibt ihm wohl Anlaß zu gelegentlichen theoretischen Bemerkungen; Abstraktionen von dem konkreten Tatbestand des Einzelfalles liegen ihm jedoch grundsätzlich fern.

Vorliegende Arbeit soll versuchen eine Lücke auszufüllen, die Sombart schmerzlich feststellt. Er beklagt, daß Davenant in der deutschen Literatur nur eine sehr stiefmütterliche Behandlung gefunden hätte und noch einer Würdigung bedürfe (Mod. Kapitalismus, II/949). Roschers Ausführungen sind wenig in die Tiefe gehend (Zur Geschichte der engl. Volkswirtschaftslehre, S. 107 f.). Ashley (The Tory Origin of Free-trade Argument, in Surveys Historical and Economical, S. 300 ff.) und Thomas (Mercantilism and the East India Trade, S. 76 ff.) widmen ihm einige Zeilen vom Standpunkt des Freihandels. Neuerdings beleuchtet ihn die Dissertation von A. Niemeyer (Die internatl. Wirtsch.-Beziehungen in der Lit. des 16.—18. Jahrhdts., S. 137 f.) unter dem Gesichtswinkel des Handelsbilanzgedankens.

II. Biographische Notiz.

Charles Davenant wurde 1656 als Sohn des William Davenant geboren. Er genoß eine sehr sorgfältige Erziehung selbst über den frühzeitigen Tod des Vaters hinaus. 1671 sehen wir ihn bereits zur Vollendung seines Studiums auf der altberühmten Universität Oxford. Doch mag das von dem literarisch interessierten und auch literarisch produktiven Vater[1]) ererbte Interesse für die dramatische Kunst dazu beigetragen haben, daß der junge Davenant Oxford verließ, ohne einen akademischen Grad erlangt zu haben. Als 19jähriger vollendete er eine Tragödie „Circe", die, wenngleich sie dürftig gewesen zu sein scheint, doch eine Aufführung im Theater des Herzogs von York erlebte und einigen Beifall erntete. Zu dieser Zeit trat ein entscheidender Wendepunkt in Davenants Leben ein. Er kehrte der Dichtkunst den Rücken und wandte sich dem Studium der Rechte zu, das er mit der Promotion zum L. L. D. abschloß. An welcher Universität er diesen Grad erwarb, ist unsicher, es sollen Cambridge und Dublin in Betracht kommen. Sogar „favour and money" sollen bei der Verleihung des Grades mitgewirkt haben. Auffällig ist allerdings, daß sein Name in den Listen der Promovierten beider Universitäten nicht auffindbar ist. Nachdem er Mitglied eines Gerichtshofes geworden war, trat er als Abgeordneter von St. Ives im ersten Parlament Jakobs II. ins politische Leben und übernahm gleichzeitig das Amt eines Theaterzensors mit der Aufgabe, das Dekorum der Bühne zu wahren.

Ungleich wichtiger war das Amt eines Akzisenkommissars,

[1]) Es wird in der Literatur die Meinung vertreten, daß Davenants Vater, Sir William Davenant, ein unehelicher Sohn Shakespeares gewesen sei, der sich im Oxforder Gasthause von John Davenant, dem Großvater Charles', häufig aufgehalten hätte. Sir William soll selbst in gelegentlichen Äußerungen auf seine Verwandtschaft mit dem großen Dichter hingewiesen haben. In einer Sammlung satirischer Gedichte (1655) wird auf die von Sir William angewandte Schreibweise d'Avenant Bezug genommen, die als Verzerrung von de Avon hingestellt wird (vgl. Dict. of Nat. Biogr., XIV/102).

das Davenant bereits 1683 übertragen wurde, und das er bis 1689 innehatte. Die praktische Beschäftigung mit der Verwaltung der Staatseinnahmen schärfte Davenants Blick und gab den Anlaß zu seiner literarischen Tätigkeit. Sein erstes Werk „An Essay on Ways and Means of Supplying the War 1695" erregte ein derartiges Aufsehen, daß Davenant, um den Erfolg seiner weiteren Schriften zu sichern, dem Titel derselben stets beifügte: „By the Author of Ways and Means". Davenants Absicht in dieser Schrift ist, Mittel und Wege aufzuzeigen, um dem Krieg gegen Frankreich die materielle Basis zu verschaffen. Das große Ansehen, das Davenant genoß, veranlaßte die Ostindische Companie angesichts der heftigen Kritik, die in zunehmendem Maße an ihr geübt wurde, ihn eine Verteidigungsschrift verfassen zu lassen. 1697 erschien „An Essay on the East India Trade", das den Anlaß zu einer heftigen Polemik gab. Davenant antwortete mit vertieften Beweisgründen in den „Discourses on the Public Revenues and on Trade" (1698). Sie beschäftigen sich im wesentlichen mit einer Kritik der Finanzgebarung Wilhelms III. und positiven Darlegungen über die hohe Bedeutung des Außenhandels, besonders des indischen Handels. Die anerkannte Autorität Davenants geht hervor aus dem Vorschlag des damals berühmten Walter Moyle, jenen Mann nach Indien zu schicken, um den Handel mit diesem Lande in Einklang mit den heimischen Interessen zu bringen. (Vgl. Dav., I/306.) Aus dieser Berufung wurde nichts. 1698 und 1700 vertrat er im Parlament Wilhelms III. Great Bedwin. Von dieser Regierung in kein Amt berufen, fuhr er fort, Traktate zu schreiben, insbesondere den „Essay on the Probable Methods of Making a People Gainers in the Balance of Trade" (1699). Seine Charaktereigenschaften werden von Macaulay sehr abfällig beurteilt (History of England, V/299); dieses Urteil wird wohl durch die grundsätzliche Einstellung des Whigs Macaulay gegenüber der Torypartei mitbestimmt worden sein. Whitworth stellt Davenant als einen Mann hin, der den Dienst am Vaterlande über alles stellte (Preface, I/18). Die Abkehr der Whigs von ihren alten Parteiidealen und ihr Interesse an Korruption und mühelosem Geldgewinn wird in dem „True Picture of a Modern Whig" (1701/2) aufgezeigt, zu dem die 8 Jahre später erschienenen „New Dialogues upon the Present Posture of Affairs" eine Ergänzung bilden, beide in Dialogform abgefaßt. In dem Discourse upon Grants and Resumptions 1700 übt Davenant Kritik an der Verwendung der nach dem irischen Aufstand eingezogenen Güter.

Der „Essay upon the Balance of Power“ (1701) steht im Zeichen des beginnenden spanischen Erbfolgekrieges und der drohenden Störung des europäischen Gleichgewichts.

Nach der Thronbesteigung Annas 1702 trat Davenant wieder in den Staatsdienst zunächst als Sekretär der Kommission zur Vorbereitung des Bündnisses mit Schottland, ab 1705 war er Generalinspektor für den Im- und Export, welches Amt er bis zu seinem 1714 erfolgten Tode bekleidete. In diese Zeit fällt, nachdem noch 1701 der „Essay on War, Peace and Alliances“ und der „Essay on Universal Monarchy“ geschrieben worden waren, der „Essay upon the National Credit of England“, das Ergebnis eines Aufenthalts in Holland. Der Königin gewidmet sind die „Essays upon Peace at Home and War Abroad“ (1704); der darin geforderte Zusammenschluß aller Parteien gegen die äußeren Feinde wurde ihm von eigenen Parteigenossen sehr verübelt. Die 1709 erschienenen „Reflektions on the Constitution and Management of the Trade to Africa“ ziehen aus der besonderen Natur des Negerhandels Schlüsse auf die möglichst vorteilhafte Ausübung. Seine letzten Werke sind die beiden „Reports to the Honourable the Commissioners“ (1712), Berichte aus der amtlichen Tätigkeit Davenants, die neben Tatsachenangaben auch daran anknüpfende Betrachtungen allgemeinen Inhalts enthalten. Davenant starb im Jahre 1714.

III. Das Wesen des Merkantilismus.

1. Der ungeheure Erfolg des Smith'schen Werkes ließ naturgemäß die im vierten Buch enthaltene Kritik des Merkantilismus Allgemeingut der nationalökonomischen Schriften des ganzen dem Jahre 1776 folgenden Jahrhunderts werden. Smith faßte den Merkantilismus als einheitliche Schule auf, deren Kardinalfehler in der Identifizierung vom Geld und Reichtum bestanden hätte, die das Endziel aller Wirtschaftspolitik in der Thesaurierung von Edelmetall gesehen hätte und in der günstigen Handelsbilanz den Erfolg dieses Strebens abzulesen versucht hätte. Dieser Midaswahn zieht als einseitige Charakteristik des Merkantilismus wie ein roter Faden durch die Werke der sich im Anschluß an den „Völkerreichtum" bildenden Schule bis in die Lehrbücher von Rau und, wie Dühring hervorhebt, bereits als Karikatur verzerrt in die von Lotz und Hufeland. Nur ganz vereinzelt regte sich Widerspruch gegen diese Auffassung, klar erkannt wurde die Einseitigkeit des Smith'schen Urteils, das überhaupt nur auf Grund der Kenntnis einiger weniger merkantilistischer Schriftsteller und nicht eingehender literarisch-historischer Studien gefällt wurde, erst von Friedrich List, dessen System eine unverkennbare Verwandtschaft mit der Gedankenwelt des Merkantilismus zeigt. Er versuchte eine Art Ehrenrettung desselben in seinem Kampfe gegen die abstrakte Betrachtungsweise Smith's und wirft diesem vor, die Merkantilisten verkannt zu haben. Zeigt List's Gedankengebäude auch prinzipielle Unterschiede von der Ideenwelt der Merkantilisten, so hat er doch, wie er die Nationalökonomen Deutschlands zum historischen Studium veranlaßte, mit zu einer Revision der Smith'schen Kritik beigetragen. Historischer Geist konnte aber nicht annehmen, daß ein ganzes blühendes Kulturzeitalter sich auf dem Irrtum des Midaswahns aufgebaut hätte. (Vgl. Oncken, Gesch. d. Nat.-Ök., S. 154.)

Roscher kam zu einer zutreffenden Würdigung der merkantilistischen Ideen, indem er behauptete, daß der Merkantilismus

überhaupt keine wissenschaftliche Schule mit einem eignen theoretischen System wäre und demnach die Zusammenstellung Merkantilsystem, Physiokratie und Industriesystem unberechtigt wäre. Roscher will die Lehrbüchertradition auf keinen Fall auf bedeutende Männer wie Mun, Child u. a. angewendet wissen. Weitere Bresche in die überkommene Anschauung legte dann Kautz, der hervorhebt, daß der merkantilistische Ideenkreis mit den Tendenzen und Bedürfnissen jener Zeit in engem Zusammenhang gestanden hätte. (Die geschichtl. Entw. der Nat.-Ök., S. 298.)

Bildeten auch Roscher und Kautz Vorstöße zu einer gerechteren Würdigung jenes Zeitalters durch Heranziehung historischer Gesichtspunkte, so blieb doch noch vielfach die irrige Smith'sche Kritik als anerkanntes Dogma bestehen, hier mußte die weitere Forschung einsetzen. Biedermann (zit. bei Schmoller, Umrisse und Untersuchungen, S. 37), Cunningham (Ad. Smith und die Merkantilisten, Zeitschr. f. d. ges. Staatsw. 1884) und Dühring (Krit. Gesch. d. Nat.-Ök.) sahen wesentlich neue Gesichtspunkte, die zusammengefaßt werden in der Erkenntnis, daß es den Merkantilisten nicht auf Gold oder Silber schlechthin ankam, sondern auf deren Funktion als Umlaufsmittel und Geldkapital, das im Lande umgetrieben, der Bevölkerung Arbeit zu verschaffen hätte.

Diese Schriftsteller fußen alle mehr oder weniger auf Roschers Ansicht, daß die Merkantilisten keinen gemeinsamen Lehrsatz vertreten, daß es also ein Merkantilsystem als Wissenschaft nicht gebe; den Abschluß bildet die Arbeit von Schacht (Der theoret. Gehalt des engl. Merkantilismus), der hinsichtlich der englischen Merkantilisten zu dem Ergebnis kommt, daß ein zusammenhängendes theoretisches System nicht nachweisbar ist. Das Merkantilsystem existiert nur als ein System der Wirtschaftspolitik. Mit diesem Satz nimmt Schacht Bezug auf die Betrachtungsweise, die mehr die Verbundenheit der merkantilistischen Gedankenwelt mit den wirtschaftshistorischen Gegebenheiten der Zeit ins Auge faßte. Eugen Dühring trennte bewußt merkantilistische Theorie und Praxis und kam zu der Überzeugung, daß die Bedeutung des Merkantilismus in der Anlehnung an die Praxis liege. Seine leitende Idee liegt nach ihm in dem Handelsbilanzgedanken, den Heyking (Zur Geschichte der Handelsbilanztheorie) bereits einer näheren Analyse unterzogen hatte. Auch Leser glaubt an ein den praktischen Zielen der Merkantilisten zugrunde liegendes leitendes Prinzip, verfällt jedoch hinsichtlich der merkantilistischen

Reichtumsanschauung in die irrige Smith'sche Kritik. (Vgl. Art. Merkantilismus im Handwörterbuch d. Staatsw., 3. Aufl., VI/561.)

2. Eine ganz andere Problemstellung brachte Schmoller in seinem Aufsatz „Das Merkantilsystem in seiner historischen Bedeutung", der das politische Moment über das ökonomische erhebend, den Merkantilismus aus den politischen Zeitverhältnissen verstehen will. Ebenso läßt Bücher (Entstehung der Volkswirtschaft, S. 136) das staatenbildende Moment in den Vordergrund treten, und für Max Weber ist Merkantilismus seinem innersten Wesen nach moderne Machtstaatsbildung (Wirtschaftsgesch., S. 296). Ein eminent nationaler Zug ging am Ausgang des Mittelalters durch Europa, der die alten Weltreichs- und Weltkirchenideen zu überwinden begann; „die Geschichte der europäischen Staaten seit dieser Zeit besteht in der Entwicklung ihres Selbstbewußtseins" (Heyking, a. a. O., S. 1), die ihren positiven Niederschlag in der Ausbildung des nationalen Einzelstaates fand. Damit der junge Staat auf eigenen Füßen stehen und höchste Kraft nach außen hin entfalten konnte, mußten notwendig seine wirtschaftlichen Kräfte gestärkt, seine materielle Existenz sichergestellt werden. Die Zeit der Ausbildung der Nationalstaaten ist auch die der Umbildung der mittelalterlichen Stadtwirtschaft zu größeren einheitlichen Wirtschaftsgebieten, der Auffassung der Volkswirtschaft als eines Ganzen. Die Ausbildung dieser nationalen Volkswirtschaft als Sicherung nationaler Existenz ist das Endziel der Wirtschaftspolitiker der damaligen Zeit, und Merkantilismus ist die Zusammenfassung ihrer auf dieses Ziel gerichteten praktischen Bestrebungen. Merkantilismus ist in erster Linie nichts als Wirtschaftspolitik, ein Teil der Gesamtpolitik des Staates, hinauslaufend auf Errichtung der national geschlossenen Volkswirtschaft. Hierin liegt das einheitliche Band, das alle Merkantilisten umschlingt, praktische Fragen behandeln sie in erster Linie, theoretische Erörterungen schließen sich ganz gelegentlich, gleichsam als Illustration, an.

Sehen wir so den Merkantilismus an als eine Summe von praktischen Maßnahmen mit der Tendenz, über den Weg der wirtschaftlichen Autarkie den Staat mächtig und unabhängig zu machen, so erscheinen die merkantilistischen Anschauungen vom Wesen des Geldes in einem ganz anderen Lichte. Neue Staaten entstanden, die danach strebten, mächtige und einheitliche Wirtschaftskörper auszubilden. Beigetragen hat neben der ganzen geistigen Einstellung des Jahrhunderts zu dieser volkswirtschaftlich und

politischen Einigung vor allem auch die Entdeckung der Neuen Welt und des Seeweges nach Ostindien. Die einströmenden Edelmetallschätze ermöglichten in hohem Maße die Beseitigung der alten Naturalwirtschaft in den sich bildenden jugendlichen Staaten. In diesen war eine tiefgreifende innere Reorganisation und Konsolidierung nach Überwindung der auf Naturalwirtschaft basierten mittelalterlichen Feudalwirtschaft nötig. Die Staatsaufgaben stiegen, Geld mußte der Staat haben, um allen Ansprüchen an seine Finanzkraft genügen zu können. Geld war nötig, um die sich der Produktion von Tauschwerten zuwendende Volkswirtschaft mit dem nötigen Produktivkapital und den nötigen Umlaufsmitteln zu versorgen. Der Staat brauchte Geld zum Ausbau der Verwaltungsorganisation und zur Aufstellung von Söldnerheeren; in zunehmendem Maße war er an der Steuerkraft seiner Untertanen interessiert, deshalb sollte die wirtschaftliche Tätigkeit angeregt werden und Kräfte entbunden werden, die in anderen zurückgebliebenen Staaten fehlten oder schlummerten. (Vgl. Schmoller, a. a. O., S. 53.) Bei einer derartigen Einstellung der merkantilistischen Praxis war ein Thesaurierungsstandpunkt schon rein logisch unmöglich, Geld war tatsächlich Reichtum, aber nicht im Sinne des konkreten Anhäufens von Edelmetall, sondern im Sinne von Macht, denn der Staat, der Geld hatte, konnte mit seiner Hilfe die Bahnen beschreiten, die die neue Zeit ihm wies.

Die den Merkantilisten zugeschriebene Überschätzung des Geldes gewinnt in diesem Sinne eine gewisse Berechtigung. Geld war als das belebende Agens tatsächlich der nervus rerum. Eine Interpretation von Reichtum als materielle Geldstoffanhäufung ist nur einigen unbedeutenden Schriftstellern einer früheren Epoche eigen. (Vgl. Salin, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, S. 11.)

3. Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität ist möglich entweder durch fortschreitende Verwirklichung produktiver Möglichkeiten oder durch vorteilhaften Außenhandel. (Vgl. Sombart, a. a. O., II/932.) Erstere erfolgt durch Steigerung der heimischen Gütererzeugung; daher die große Beachtung, die das Gewerbe bei den Merkantilisten fand. Die universalistische Einstellung des Merkantilismus kannte keine freie Konkurrenz, der Staatsregierung wurde die Aufgabe der vollkommenen Regulierung, Leitung und Beaufsichtigung des gesamten Wirtschaftslebens zuerkannt. Eng verbunden mit dieser merkantilistischen Gewerbepolitik war die Bevölkerungspolitik. Es war ihm klar, daß ohne die genügende Anzahl Menschen eine Entwicklung des

Gewerbefleißes nicht möglich war, deutsche Schriftsteller verstiegen sich sogar zu der Behauptung, daß Größe der Bevölkerung und Reichtum des Staates direkt proportional wären. Bevölkerungsvermehrung war neben dem Geldzustrom das zweite große Mittel zum Aufbau und Ausbau der nationalen Volkswirtschaft. Begünstigung der Einwanderung und Förderung des Nachwuchses dienten diesen populationistischen Bestrebungen, daneben steht das produktionspolitisch orientierte Streben, die wirtschaftliche Tätigkeit zu intensivieren durch volle Ausnützung der in den Menschen vorhandenen Arbeitskraft.

Der Ackerbau wurde nicht vernachlässigt. Man war bestrebt, die Vorbedingungen einer guten Bodenkultur zu schaffen, um in erster Linie die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten durch Maßnahmen der inneren Kolonisation, Schutzmaßnahmen vor ausländischer Konkurrenz, usw. Daneben erstrebte man volle Ausnutzung des Bodens als Träger nicht ersetzbarer Stoffe.

Als das Endziel aller Wirtschaftspolitik galt es, durch Ausfuhr Geld ins Land zu bringen, die Handelsbilanz zeigte nicht nur den Geldgewinn an, sondern wurde „Ausdruck und Wirkung eines Zustandes der inneren Produktionsverhältnisse“ (Heyking, a. a. O., S. 21)[1]). Die Produktion für den Auslandsabsatz machte zwecks Hebung der Konkurrenzfähigkeit ein möglichst niedriges Niveau der Herstellungskosten zum unbedingten Erfordernis. Diesem Streben diente die billige Beschaffung der Sachunterlage der Produktion, sei es durch Ausbeutung kolonialer Erwerbungen oder durch Handelsverträge, andererseits die Niedrighaltung der Löhne durch zollfreie Getreideeinfuhr oder auch durch Zwangsarbeit in Arbeitshäusern. Sozialpolitische Rücksichten lassen sich im allgemeinen bei den Merkantilisten vermissen. Parallel geht die Neigung, die Kolonien zum Zwangsabsatzmarkt des Mutterlandes zu machen.

Den prägnantesten Ausdruck findet diese merkantilistische Wirtschaftspolitik in dem Frankreich Colberts und in dem „Parlamentarischen Colbertismus“ des nachrevolutionären Englands (Cunningham).

In der Erkenntnis des Kausalzusammenhanges zwischen dem

---

[1]) Der merkantilistische Handelsbilanzbegriff ist nicht identisch mit dem modernen. Es wurden Posten der Zahlungsbilanz mit einbegriffen, wenngleich diese, wie z. B. von Mun, als unbedeutend angesehen wurden. Die Merkantilisten waren eben „Augenblickspolitiker“ (Zielenzieger), die ihr Hauptaugenmerk auf den Warenverkehr richteten.

Wachstum der ganzen Volkswirtschaft und der günstigen Gestaltung der Handelsbilanz kulminiert die merkantilistische Gedankenwelt; hierin liegt eine für die damalige Zeit großartige Erfassung des Wirtschaftslebens. Damit erscheint die privatwirtschaftliche Auffassung des Verhältnisses der einzelnen Volkswirtschaften zueinander in einem wesentlich milderen Licht. Die merkantilistischen Staaten konnten die inneren Reichtumsquellen nur entwickeln in dem Maße, wie es gelang, durch den Außenhandel den Edelmetallstrom ins Land zu lenken; es ergab sich die Auffassung, daß eigene Bereicherung nur auf Kosten der Nachbarn geschehen könnte. Nur selten brach der Gedanke durch, daß unter Umständen Passivbeziehungen zum Ausland erforderlich sind, Handelsverträge wurden nur für günstig erachtet, wenn der Gegenkontrahent als in die Rolle des Übervorteilten versetzt, angesehen werden konnte. Es war nur ein Schritt, um den staatlichen Machtzuwachs nach den Ergebnissen der Handesbilanz zu beurteilen. Der Staat, der reich wurde, konnte große militärische Hilfsmittel einsetzen zwecks kriegerischer Niederwerfung des Handelskonkurrenten und seiner merkantilen Macht, konnte einer agressiven Handelspolitik einen breiten Rückhalt geben. Heyking weist hin auf die im 18. Jahrhundert allerdings erst zur vollen Ausbildung gelangte Beziehung zwischen Handelsbilanz und politischer Bilanz. Die Idee des politischen Gleichgewichts, entstanden im 16. Jahrhundert, wurde zu dem die politische Geschichte des 17. und 18. Jahrhunderts beherrschenden Dogma. Ursprünglich galten die Handelsbilanzverhältnisse als Barometer der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Staaten, dann wurden sie zum Gradmesser für Veränderungen des politischen Gleichgewichts. Handelssuprematie wurde der Weg zum Universalreich.

Merkantilismus ist eine Summe von praktischen Maßnahmen, umschlungen von dem gemeinsamen Bande des Reichtumsstrebens, das an der Handelsbilanzidee orientiert als Voraussetzung zur Stärkung und Wahrung nationaler Selbständigkeit gilt. In der Überwindung der mittelalterlichen Bindungen prägt sich die Stellung des Merkantilismus in der ökonomischen Gesamtentwicklung aus. Geld war Reichtum im Sinne einer Summe von Möglichkeiten zur Erweckung der nationalen Produktivkräfte (Sombart); das Endziel war, dem Nationalstaate die Basis seiner materiellen Existenz zu gewährleisten.

Wie aber nach Max Weber ein Idealtyp nirgends zu existieren braucht, so ist auch die besondere Gestalt des Merkanti-

lismus entsprechend den historischen Gegebenheiten und den natürlichen Vorbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in den verschiedenen Ländern eine verschiedene gewesen.

Die merkantilistisch-ökonomische Literatur erscheint als eine Art Rezeptsammlung zur Durchführung jener Zielsetzung, in ihr spiegelt sich der empirische Charakter des Merkantilismus wider. Nur gelegentlich, gleichsam tastend, folgen theoretische Erörterungen, wenn eine praktische Frage dazu Anlaß gab, ohne allerdings allzusehr in die Tiefe zu dringen; erst allmählich suchte man Kausalzusammenhänge in den ökonomischen Erscheinungen aufzudecken.

IV. Politisch-ökonomische Streitfragen im England des 17. Jahrhunderts.

1. In der Wirtschaftspolitik des mittelalterlichen Englands läßt sich noch keine merkantilistische Zielsetzung erkennen, die handelspolitischen Maßnahmen erschöpfen sich in einer Kontrollierung der einzelnen Kauf- und Verkaufsakte auf eine Bargeldabgabe hin, die erleichtert wurde durch die damals geübte Methode, den Handel durch Anlegung von Stapelplätzen in bestimmte Bahnen zu lenken. Auf der anderen Seite steht das Streben, die im Lande umlaufende Geldmenge festzuhalten durch die Bestimmung, daß jeder fremde Kaufmann für von Engländern empfangene Geldsummen, englische Waren wieder einkaufen und ausführen mußte. Zur selbständigen Idee des Reichtums und der Gesamtheit des nationalen Handels sowie der Handelsbilanz kam man erst mit der Ausbildung des sich seiner Individualität bewußten Staates (Brodnitz, Englische Wirtschaftsgeschichte, S. 486; Schanz, Englische Handespolitik gegen Ende des Mittelalters, I/480). Das Elisabethanische Zeitalter machte dem „Kaufgeschäfts-Bilanzsystem" (Heyking, a. a. O., S. 54), das den einzelnen Kaufs- oder Verkaufsakt daraufhin ansah, ob er einen Überschuß an barem Geld ergab, ein Ende.

2. Es erscheint als eine glückliche Fügung, daß gerade zur Zeit des beginnenden Merkantilismus das englische Tuchgewerbe, gestützt auf die heimische Wollproduktion, die Kraft gesammelt hatte, über den eigenen Bedarf des Landes hinaus sich dem Weltmarkt gegenüberstellen zu können.

Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts hatte der kapitalistische Betrieb begonnen, die mittelalterliche Gewerbeverfassung zu verdrängen und von der Wollmanufaktur zunehmend Besitz zu ergreifen, ein ausgedehntes staatliches Begünstigungswesen ließ das englische Tuch zum Haupthandelsartikel der Stapelplätze werden. Seit dem 16. Jahrhundert gibt zunehmende Weidewirtschaft und Verdrängung der Getreideproduktion infolge der gestiegenen Nach-

frage nach Wolle der englischen Agrarwirtschaft ein charakteristisches Gepräge.

Jene Erziehung der Nation aber zur Produktion mit Rücksicht auf den Außenhandel ist erst durch die „wagenden Kaufleute" vorgenommen worden, die sich zusammengeschlossen hatten, um gemeinsam die Widerstände, die sich ihrem Handel mit fremden Ländern entgegenstellten, zu überwinden. (Brentano, Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands, II/141.) Sie suchten unter Durchbrechung des Stapelsystems den englischen Tuchen neue Absatzmärkte zu gewinnen. Ihre wagende Aktivität erbte sich fort in jenem dem englischen Merkantilismus innewohnenden dynamischen Moment, jenem Expansionsdrang in die Welt hinaus zwecks Gelderwerb.

Im Zeitalter der Elisabeth bildeten sich dann die bekannten Prinzipien merkantilistischer Wirtschaftspolitik aus, Förderung der auf heimischem Rohstoff basierten Wollmanufaktur zu Ausfuhrzwecken erscheint als das primär zu verfolgende Ziel, ihr Gedeihen wurde allmählich als mit dem Gedeihen des Staates identisch angesehen. (Lipson, The History of the Woollen and Worsted Industries, S. 51.) Gerade damals flossen die Edelmetallschätze der Neuen Welt in gesteigertem Maße nach Europa. Die sich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts auch in England bemerkbar machende Inflationswelle gab Handel und Gewerbe einen gesteigerten Auftrieb durch den nominell gesteigerten Profit und die erleichterte Möglichkeit der Kapitalbildung und Kapitalanlage.

Das vergrößerte Risiko und der größere Aufwand, den die Handelsfahrten der wagenden Kaufleute nach den neu entdeckten Ländern erheischten, führten zur Bildung vom Handelsgesellschaften zunächst in der Form der regulierten Companie, die de jure nicht mit Monopolrechten ausgestattet war. (Vgl. Hewins, English Trade and Finance, S. 44.) Die steigenden Anforderungen an die Kapitalkraft des Einzelnen veranlaßten dann die Ausbildung des joint-stock-Prinzips, die Durchführung kaufmännischer Operationen mit gemeinsamer Kapitalrechnung. Der joint-stock ermöglichte ausgedehnte Handelsunternehmungen, ersparte vor allem durch Delegierung von Souveränitätsrechten dem Staate eigene Anstrengungen in der Weltpolitik. Williams sagt von diesen Handelsgesellschaften, daß sie „empire-builders" waren, ohne es zu wissen. (The History of Commerce, S. 132.)

Von diesen Handelsgesellschaften hat die weitaus größte

Bedeutung die Ostindische Companie erlangt, einmal, weil sie historisch gesehen die Grundlage zur Ausbildung des britisch-indischen Reiches gegeben hat, dann aber auch weil ihre Existenz den Anlaß zu bedeutenden Diskussionen gegeben hat und der ökonomische Charakter dieser Kontroversen in hohem Maße das theoretische Denken des 17. und 18. Jahrhunderts beeinflußt hat.

2. Königliche Gunst gewährleistete der 1600 privilegierten Ostindischen Companie eine glänzende Entwicklung, die erst durch die zunehmende holländische Konkurrenz unterbrochen wurde, deren Träger, die holländische Ostindische Companie, den Engländern 1623 die Hauptstützpunkte des indischen Handels entrissen hatte. (Vgl. Hewins, a. a. O., S. 61.) Die Tatsache, daß es der Gesellschaft nicht gut ging, ließ Stimmen lauter werden, die von jeher die Schädlichkeit des Geldentzuges im Außenhandel behauptet hatten. Die Polemik fand ihren vorläufigen Abschluß in Muns klassischem Traktat, das den Handelsbilanzgedanken zu dem der Gesamtbilanz erweiterte; erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts erhoben sich neue bullionistische Angriffe, denen besonders Davenant in Fortführung der Mun'schen Gedanken mit vertieften Gegenargumenten begegnete.

3. Während der ganzen Zeit ihres Bestehens hatte die Companie mit Außenseitern zu kämpfen, ihre übermächtige Stellung gab dem das ganze 17. Jahrhundert durchziehenden Widerstand gegen das Monopolinstitut ständig neue Nahrung. Das von Elisabeth aus produktionspolitischen und finanzpolitischen Motiven eingeführte Monopolwesen, dessen charakteristische Merkmale Levy aufzählt (Monopole, Kartelle und Trusts, S. 36 ff.), widersprach dem „grain of Englich law and institutions" (Thomas, Mercantilism and the East India Trade, S. 18). 1689 wurde die Gewährung von Monopolen von parlamentarischer Sanktion abhängig gemacht, nachdem schon vorher Vorstöße des allmählich erstarkenden Konstitutionalismus in antimonopolistischer Richtung gemacht worden waren (z. B. 1624 und 1641). (Vgl. Vocke, Geschichte der Steuern des Britischen Reiches, S. 262 ff.)

Der Companie gelang es, sich das Recht des alleinigen Handels mit Ostindien bis zur Thronbesteigung Wilhelms III. zu erhalten, nicht, weil sie das Monopolwesen an sich verteidigte, sondern es als der Natur des indischen Handels angepaßt erklärte. Stark gefährdet wurde die Companie, die sich in politischer Hinsicht den Tories zugewandt hatte, als nach der Revolution die Whigs ans Ruder kamen und das enge Bündnis ihres

Gouverneurs Child mit dem Hofe Jacobs II. ihr nichts mehr nützte. Die lebhafte Agitation gegen ihr Handelsprivileg führte dazu, daß das Unterhaus, das stets die Seele der Antimonopolbewegung gewesen war, 1692 von Wilhelm die Auflösung der Companie verlangte. Der König im Gegenteil erneuerte ihren Freibrief. Freilich war damit die Frage des Monopols noch nicht erledigt, die Agitation dauerte an und führte 1694 zu der Resolution des Unterhauses, daß es allen Engländern freistände, nach Indien Handel zu treiben (vgl. Archbold, Outlines of Indian Constitutional History, S. 18), ohne daß das Monopol der Companie durch Parlamentsbeschluß beseitigt wurde. Erst als jene in den folgenden Jahren große Verluste erlitt und trotzdem große Beträge auf Bestechungen verwandte, wurden Untersuchungen angestellt. 1698 wurde die Aufhebung des Monopols per 1701 beschlossen, allerdings mit gänzlich veränderter Motivierung. Man spielte, wie so oft, Sonderinteressen gegeneinander zugunsten der Staatswirtschaft aus. Die Weigerung der Companie, dem Staate 2 Millionen £ vorzustrecken, führte zum Monopolverlust; im gleichen Jahre wurden aber allen denjenigen Handelsprivilegien versprochen, die diese Summe dem Staate leihen würden. Auf dieser Basis entstand die Neue Companie, nicht ursprünglich als Konkurrenzgesellschaft gedacht, sondern als Lockmittel, um private Kapitalien auf dem Anleihewege dem Staate nutzbar zu machen. Das rastlose Bemühen der alten Companie, die Vorteile ihres Monopols bis zum Erlöschen desselben auszunutzen, führte zur Überschwemmung des heimischen Marktes mit indischen Manufakten und ließ die protektionistischen Widerstände, die sich von jeher gegen die Natur des indischen Handels erhoben hatten, wesentlich erstarken.

4. Nachdem Mun die Bedenken hinsichtlich des Geldentzugs durch den indischen Handel zerstreut hatte, wandte man die Aufmerksamkeit mehr der offensichtlichen Schädigung, die die an Qualität gleichwertigen, an Preis aber wesentlich niedrigeren indischen Textilien dem heimischen Wollgewerbe bereiteten, zu. Begünstigt wurde letztere Entwicklung durch das ständige Kampfverhältnis Englands Frankreich gegenüber. Feinere französische Manufakte hatten Eingang in England gefunden, die offizielle Absperrung der Märkte beider Länder seit 1678 veranlaßte die Ostindische Companie, indische Seiden und Kattune zur Befriedigung des gesteigerten heimischen Luxusbedürfnisses in gesteigertem Maße einzuführen. Direkte Maßnahmen zur Förderung des in-

dischen Textilgewerbes halfen der steigenden Nachfrage begegnen. Die natürliche Folge war eine schwere Krisis des englischen Wollgewerbes, es sah nicht allein eine Bedrohung des Binnen- sondern auch des Auslandsabsatzes durch die erschwerte Konkurrenz mit den indischen Waren auf fremden Märkten. Die Depression zeigt sich in den gesunkenen Renten der Landwirtschaft, die kaum noch zur Steuerzahlung hinreichten (vgl. Scott, The Constitution and Finance of English, Scottish and Irish Joint Stock Companies, II/136.) Child, der allmächtige Gouverneur der Companie, verhinderte, daß die steigende Erbitterung der Tuchhersteller vorerst einen positiven Niederschlag in der Gesetzgebung fand. Reichlich angewandte Bestechungsmethoden verhinderten ein Eingreifen der Regierung auch noch nach dem Triumphe der protektionistisch eingestellten Whigs (vgl. Macaulay, a. a. O., IV/137). Noch 1697 sabotierten „arts of the great Goliah" (Thomas, a. a. O., S. 98) die Annahme von zwei zugunsten der notleidenden Weber eingebrachten Gesetzentwürfen. Erst das Jahr 1700 — Child starb 1699 — brachte das Konsumverbot indischer Seiden und Kattune, ein Import wurde nur zugelassen zu Wiederausfuhrzwecken.

Die Whigreaktion 1688 konnte jedoch ihre protektionistischen Gesichtspunkte Frankreich gegenüber voll zur Auswirkung bringen und die schon 1678 begonnene handelspolitische Abschließung von jenem Lande fortsetzen, der nach Ryswick als Kompromiß mit den Tories ein System von Prohibitivzöllen folgte. (Vgl. Ashley, Surveys, S. 284.)

Eine ausgedehnte Pamphletliteratur begleitet den sich um die Problemstellung Protektionismus contra Freihandel rankenden Tagesstreit, wie sich auch in der Monopolfrage und der des Geldexports eine große Zahl von das Für und Wider erörternden Traktaten findet. Sie sind mehr oder weniger Interessentenschriften „to defend the interests of some section whose interests were invited, or to urge some remedy in the state" (Hewins, a. a. O., S. XVI). Praktische Probleme werden in erster Linie behandelt, die zuweilen von wenig in die Tiefe gehenden theoretischen Erörterungen begleitet werden, die aber z. T. durch die Umstände veranlaßt über die orthodox-merkantilistischen Anschauungen hinausgehen.

5. Wir sahen, wie finanzwirtschaftliche Interessen trotz schwerer ökonomischer Bedenken das Monopolinstitut im Außenhandel aufrechterhielten. Finanzpolitische Motive waren neben produktions-

politischen mit die Ursache gewesen zur Entstehung des Monopolwesens im Gewerbe. Unter den Nachfolgern Elisabeths wurde ersteres Motiv ein beliebtes Mittel, sich Einnahmen ohne parlamentarische Bewilligung zu verschaffen. Dank der Inflationswelle vermochten die alten, an dem Lehenswesen orientierten Abgaben den gestiegenen Staatsausgaben nicht mehr zu genügen. Die Hinrichtung Karls I. ist der Schlußstein einer Entwicklung, die ihren Ausgangspunkt findet in den sich ständig steigernden Schwierigkeiten zwischen Krone und Parlament in Finanzfragen und die in dem Streben endet, den Staat auf eine neue Grundlage zu stellen. Die restaurierten Stuarts setzten die verwerflichen Methoden ihrer Vorgänger fort, um sich in Geldsachen vom Parlament unabhängig zu machen, der entscheidende Wendepunkt trat erst ein, als mit der Thronbesteigung des Oraniers das Parlament einen größeren Einfluß auf die staatliche Finanzverwaltung gewann. Wilhelms agressive Außenpolitik zwang in gesteigertem Maße zu neuen Steuern und zu Staatsanleihen Zuflucht zu nehmen, die nunmehr durch die Garantie des Parlaments den Gläubigern erhöhte Sicherheiten boten. Von besonderer Bedeutung für den Staatskredit wurde der mit der Gründung der Bank von England 1694 beschrittene Weg der Incorporierung der Staatsschulden. Ihr Kapital bestand in einer Schuld des Staates, in einer Charte wurde ihr das Recht zur Ausübung von Bankgeschäften zuerkannt; Noten durfte sie bis zur Höhe ihres Grundkapitals ausgeben, ebenfalls selbst Kredit in diesem Ausmaße in Anspruch nehmen. Der Krone durfte Geld nur mit Genehmigung des Parlaments geliehen werden. Allerdings hatte die Bank zwei schwere Stürme zu bestehen, ehe sie sich eine gefestigte Stellung in der englischen Staatswirtschaft errungen hatte. Die durch ihre Konkurrenz bedrohten Goldschmiede inscenierten 1696 einen Run mit dem Erfolg, daß die Bank zur Suspensierung der Bareinlösung ihrer Noten gezwungen wurde. (Vgl. Scott, a. a. O., III/208.) Es gelang der Bank, durch verschiedene Maßnahmen den Zusammenbruch zu verhüten und das Vertrauen zu ihren Noten wieder herzustellen. Kurze Zeit darauf sah sie die zweite ihr drohende Gefahr schwinden. Die von den Tories beschlossene Errichtung einer Landbank als Konkurrenzunternehmen der whigistischen Bank von England gegenüber erwies sich als ein Fehlschlag. Aufgabe dieser Landbank sollte die Mobilisierung des Grundbesitzes sein, Wilhelm spielte durch Begünstigung des Projekts die beiden Parteien gegeneinander aus;

die Aktien fanden jedoch keine Subskribenten. Wichtig wurde das der Bank 1697 gewährte Notenprivileg und das Monopol auf den Betrieb von Bankgeschäften; seit diesem Jahre stand die Bank von England gefestigt in der englischen Volkswirtschaft dar, in diesem Jahre übernahm sie die erste Konsolidierung schwebender Staatsschulden: ein neues Statut bestimmte, daß die Subskriptionen zwecks Vermehrung des Grundkapitals der Bank zu $^4/_5$ in staatlichen Schuldverschreibungen, zu $^1/_5$ in Banknoten zu erfolgen hätten. (Vgl. Scott, a. a. O., III/210.) Gleichzeitig wurde die Notenausgabe bis zur Höhe der neuen Einzahlung gestattet. Anlaß zu dieser finanziellen Operation gab das Verlangen der Regierung nach Vorschuß, dem die Bank nicht ohne weiteres willfahren konnte. Der Erfolg dieser Konsolidierung von Staatsschulden war, daß sie „not only enlarged the capital and improved the status of the bank of England, but restored the credit of the administration as well" (Cunningham, The Growth of English Industry and Commerce, Modern Times, S. 441). Diese Wiederherstellung des Staatskredits gab der Regierung den Mut zur weiteren Ausgabe von Exchequerbills mit dem Zweck, der beängstigend gewordenen Zahlungsmittelknappheit abzuhelfen. Die günstige Aufnahme dieser Bills ließ sie von der ersten Ausgabe an ihren Platz in der englischen Finanzwirtschaft behaupten und die Beziehungen der Bank zur staatlichen Schuldenverwaltung enger gestalten. Ihre höchste Bedeutung erhielten sie, als sie unter der Königin Anna zu dauernden Umlaufsmitteln gemacht wurden und die Bank von England die Sorge für die Zirkulation übernahm. Ein der Bank gewährtes Vetorecht verhinderte eine unbegrenzte Ausgabe. Trotz der eigentümlichen juristischen Natur der Exchequerbills erhielten sie durch die Übernahme der Einlösungsverpflichtung seitens der Bank für das Publikum den gleichen Wert wie deren Noten. (Vgl. Philippovich, Die Bank von England, S. 68.)

Die Anteile der Bank von England erschienen bald als die sicherste und nutzbringendste Kapitalanlage, die Regierung bekam Mittel in die Hand, ohne zum starken Anziehen der Steuerschraube gezwungen zu werden. Die monied men sahen ihre Interessen mit denen des Königs verknüpft, sie wurden in wachsendem Ausmaße Gläubiger der Krone und übten naturgemäß einen starken politischen Einfluß aus. Ihre Interessen begegneten sich aber auch mit denen der Whigpartei, deren Kreisen die Gründer der Bank entstammten. Den Whigs wurde die Regierung immer

mehr verpflichtet, der alte Parteigegensatz zu den Tories, dem konservativ eingestellten Landadel, verblaßte und wurde zum Gegensatz des von Steuern schwer belasteten Landwirtes zu dem von Abgaben wenig erfaßten Nutznießer staatlicher Verschuldung. Die Gründung der Landbank war ein allerdings mißglückter Versuch der Tories, den Whigs einen Schlag zu versetzen.

Die Bestimmung der Bank war von vorherein die Teilnahme am staatlichen Schuldenwesen, nicht so die der Ostindischen Companie. Erst der mit dem ausgehenden 17. Jahrhundert unerträglich werdende finanzielle Druck ließ den Gedanken aufkommen, das Recht auf ausschließliche Ausübung des Handels von einer Darlehnsgewährung an den Staat abhängig zu machen. Die finanzielle Lage der Ostindischen Companie verbot 1698 eine derartige von ihr geforderte Operation (vgl. Scott, a. a. O., II/163). Sie beteiligte sich jedoch an der Subskription der Neuen Companie, deren Kapital — 2 Mill. £ — aus einer Schuld des Staates bestand, ohne ihr Eigenleben aufzugeben. Beide wurden 1702 zu der Vereinigten Companie fusioniert, nicht ohne die Bestätigung des Privilegs durch eine erneute Darlehnsgewährung an den Staat erreicht zu haben.

Die Verknüpfung der Ostindischen Companie mit dem Staatsschuldenwesen erlangte niemals die Bedeutung wie bei der Bank von England und auch bei der Südsee-Companie. Diese ist das dritte und letzte Beispiel der Verleihung wirtschaftlicher Privilegien an Staatsgläubiger, sie übernahm 1711 die Konsolidierung des noch ungedeckten Restes früherer Anleihen durch Übernahme der schwebenden Staatsschuld als Stammkapital. Die Gläubiger wurden inkorporiert und ihnen das Privileg des Handels nach der Südsee gewährt. Ostindische und Südsee-Companie verschwanden, die Bank von England aber, zuerst nicht „like a second Minerva, invincible and completely armed“ (Andréadès, History of the Bank of England, S. 402), trat in ein immer innigeres Verhältnis zum Staat und wurde im Laufe der Jahre zu dem bedeutenden Machtfaktor im englischen Wirtschaftsleben, der sie heute noch ist.

V. Charles Davenant.

Vorbemerkung.

Das oben herausgearbeitete Wesen des Merkantilismus zeichnet den Gang der folgenden Spezialuntersuchung über den Merkantilisten Charles Davenant vor. Sie findet ihren Schwerpunkt in der Aufdeckung seiner Ansichten über die wahren Reichtumsquellen des Landes. Voranzugehen hat eine Behandlung der Davenant eigentümlichen Anschauung hinsichtlich des Geldes als des Erweckers der nationalen Produktivkräfte und der Handelsbilanz als Gradmesser des Geldzuflusses und der wirtschaftlichen Entwicklung. Es folgt eine Behandlung der über den gekennzeichneten merkantilistischen Gedankenkreis hinausstrebenden freiheitlichen Gesichtspunkte; abschließend ist, da Stärkung der staatlichen Finanzkraft Endziel aller merkantilistischen Wirtschaftspolitik ist, die Frage der Besteuerung zu untersuchen, und die Ansicht über das Staatsschuldenwesen einer Betrachtung zu unterziehen.

1. Teil.

Die Bedeutung des auswärtigen Handels und des Geldes.

1. Davenant leitet die Entstehung des Handels her aus der Notwendigkeit des Austausches, die ursprünglich nicht bestanden hatte, bis im Laufe der Entwicklung die stärkere Konzentrierung der Menschenmassen auf engerem Raum die Versorgung in eigener Hauswirtschaft unmöglich machte. Entferntere Hilfsquellen mußten in Anspruch genommen werden und damit waren die Vorbedingungen für den Handelstausch geschaffen (I/349). Grundsätzlich liegt der Nutzen des Handels in der Versorgung des Landes mit Geld, das jedoch eine Ware wie jede andere ist (I/357, I/392); Davenant huldigt nicht der naivmerkantilistischen Anschauung, die den möglichst großen Vorrat an Gold und Silber mit dem Reichtum des Landes identifiziert, gegen Pollexfen polemisierend erklärt er, daß die Edelmetalle weit davon entfernt

seien, allein den Namen „treasure“ oder „riches of a nation“ zu verdienen (I/355). Er erklärt die Meinung Pollexfens als dem gesunden Menschenverstand widersprechend (I/354), und ebenso widersinnig erscheint ihm die naivmerkantilistische Politik Spaniens, die Geld und Reichtum gleichsetzend einseitig auf Ausbeutung der amerikanischen Edelmetallschätze eingestellt war, und nur auf Thesaurierung von Gold und Silber bedacht, den Reichtum an wirtschaftlichen Gütern gänzlich vernachlässigte (I/383). Geld ist für ihn eine Ware wie jede andere[1]), sein Nutzen besteht in der Vermittlung des Warenaustausches, ist aber in dieser Eigenschaft von großer Bedeutung, Gold und Silber sind „measure of trade“ (I/354) oder „servant of trade“ (I/355), welche Funktion ebensogut ein anderes Gut übernehmen könnte (I/444). Erst der immer mehr sich entwickelnde Tauschverkehr führte dazu, einem Standardgut den Charakter eines allgemeinen Tauschmittels zuzuerkennen, und im Laufe der Zeit wurden die edlen Metalle Gold und Silber zu diesem Zweck herangezogen und zum Generalnenner der Wertrechnung gemacht (I/349). Hinsichtlich seiner Meinung über die Entstehung des Geldes wird Davenant den Autoren zuzurechnen sein, die diese menschlichem Nachdenken und menschlicher Erfindung zuschreiben, eine Ansicht, der nach Schacht die zeitgenössischen Schriftsteller durchweg huldigten. (Schacht, a. a. O., S. 39; vgl. Locke, Consequences of the Lowering of Interest, S. 572.) Das Wesen des Geldes liegt für Davenant nicht in der wertvollen Substanz des Geldgutes, das Papiergeld erscheint dem Metallgelde gegenüber theoretisch gleichberechtigt. Wir sehen den Fortschritt gegenüber der Auffassung des naiven Merkantilismus, daß Gold und Silber wegen ihrer besonderen Eigenschaften eines besonderen Vorzugs bedürften und ein möglichst großer Vorrat von diesem Metall den Reichtum des Landes ausmachte. Noch Petty kann sich nicht ganz von dieser Ansicht freimachen trotz Äußerungen, die die Überwindung dieses naiven Standpunktes andeuten (vgl. Pol. Arith. in Tracts, S. 224; Pol. Anat., Ch. 10). Erst bei Barbon und North sowie Locke findet sich der vollständige Bruch mit der alten Anschauung, und Child erklärt: Gold and silver being taken for the measure and standard of riches (A new Discourse on Trade 1693, S. 136). Den wahren Reichtum eines Landes zu definieren hält Davenant

[1]) Allerdings findet sich I/155 doch noch eine Konzession an die naivere Auffassung, wenn Davenant sagt, daß „they who stand possessed of the ready money have in all times and in all countries given the law“.

für außerordentlich schwierig, jedenfalls sind es wirtschaftliche Güter wie „fruits of the earth, manufactures, or foreign commodities and stock of shipping", wie auch „buildings and improvements of the country", die den „national stock" darstellen und nicht Gold und Silber allein. „What we have enumerated . . may be accounted national stock and as well esteemed national stock as our own coined money, foreign coin or imported bullion" (I/357; I/381). Die Edelmetalle sind für Davenant nicht Reichtum an sich, sondern Reichtum in dem Sinne, daß sie eine möglichst weitgehende Versorgung der Volkswirtschaft mit Umlaufsmitteln und Geldkapital gewähren.

2. Das Streben nach Vermehrung der Geldzufuhr erscheint wichtig in zweifacher Hinsicht:

a) Um größere Quantitäten an Tauschmitteln zu erhalten, eine Forderung von Bedeutung in jener Zeit, in der sich der Warenaustausch immer mehr in dem Formwechsel Ware — Geld — Ware vollzog und die Kreditwirtschaft noch mangelhaft entwickelt war. Eine genügende Anzahl von Umlaufsmitteln war nötig zwecks Steuerzahlung in Geld, dessen der Staat für seine Finanzwirtschaft dringend bedurfte. Noch Petty hatte Geldknappheit für schlechte Steuerzahlung verantwortlich gemacht und evtl. Leistungen von Naturalien befürwortet (Taxes and Contr., S. 20f.). Aus diesem Grunde fordert auch Davenant, den Geldumlauf mit aller Kraft zu fördern: „And if there should be a want of species and of credit, the taxes cannot answer" (I/161).

Die Basierung der staatlichen Finanzwirtschaft auf dem Geldwesen erregt Davenants Interesse nach der militärpolitischen Seite; er erkennt, daß in den letzten 150 Jahren nach dem Ersatz der auf dem alten Lehensverhältnis beruhenden Militärverfassung durch die Aufstellung von Söldnerheeren Kriege nur noch mit Hilfe des Geldes geführt wurden (V/453). Die Methoden der Kriegführenden haben sich gewandt, die glückliche Beendigung kriegerischer Unternehmungen ist mehr oder weniger eine Geldfrage geworden[1]). Negativ ergibt sich die Forderung, einem Geldabfluß möglichst vorzubeugen, denn die Partei gilt als besiegt, die zuerst des Geldes ermangelt (I/15). Daher ist für England ein Kampf auf dem Kontinent stets verlustreich, so daß es unter Umständen geraten erscheint, Krieg innerhalb der eigenen Grenzen zu führen (I/406).

[1]) That prince, who can best find money to feed, cloath, and pay his army, not he that has the most valiant troops, is surest of success and conquest (I/10).

In den nach dem Ryswicker Friedensschluß geschriebenen Abhandlungen weist Davenant die Ansicht zurück, daß eine Blutleere des Staatskörpers eingetreten sei, wenn er auch nicht verkennt, daß sich wirtschaftliche Schädigungen zeigen [1]). Die Kompensation der Kriegsverluste leitet Davenant her aus den Neuprägungen bis 1697 und der 1696 angeordneten Münzumprägung, die den Mißständen im Münzumlauf ein Ende zu machen bestimmt war [2]). Die Münzreform Wilhelms bewirkte, daß große Mengen gehorteten Geldes wieder ans Tageslicht kamen; Davenant macht sie für die damals häufige Ansicht verantwortlich, daß England dauernd Geld durch das Ausland entzogen worden wäre (I/264).

b) Typisch merkantilistisch ist Davenants Anschauung, daß das Geld in besonderem Maße befruchtend auf den Gang der Volkswirtschaft einwirkt, die Produktivkräfte des Landes als die wahren Quellen nationalen Wohlstandes anregt. Eine klare Unterscheidung zwischen Geld als Umlaufmittel und Geld als Träger der Funktion des Produktivkapitals findet sich bei Davenant nicht. Implicite ist aber der Gedanke ausgedrückt, daß die Produktionsausdehnung von der Geldvermehrung im Sinne der Geldkapitalvermehrung abhängig ist durch das auch von Petty angewandte, Bacon entlehnte Gleichnis von der körperlichen Nahrungsaufnahme. Gleich wie dem menschlichen Körper mit der bloßen Nahrungsaufnahme nicht gedient ist und er nur gedeihen kann durch die einsetzende Tätigkeit der Verdauungsorgane, so folgert Davenant durch Analogieschluß, daß auch für den Staatskörper die Verdauung von größter Wichtigkeit sei. Die Arbeit des Volkes muß hinzukommen, um den Geldzufluß befruchtend auf die verschiedenen Quellen des Volkswohlstandes

[1]) To say we are not impaired by this long war, is a flattery that no honest man should be guilty of (I/352). The late tedious war has much inflicted England (I/353). Er schätzt die Geldmenge für 1688 auf $18^1/_2$ Mill. £ (nach King sind es $11^1/_2$ Mill.; vgl. Chalmers, An Estimate of the Comparative Strength of Great Britain, S. 63) und nimmt an, daß sich bei Kriegsende die gleiche Summe im Verkehr befindet (I/163 ff.), die als genügend angesehen wird. Petty hielt für seine Zeit $5^1/_2$ Mill. für ausreichend (Verbum Sap., S. 480), die er an Hand des Ausgabensatzes von 40 Mill. £ schätzt; letzterer betrug im Durchschnitt der Regierungszeit Wilhelms 41,7 Mill. (Chalmers, a. a. O., S. 62).

[2]) Anderson spricht von einem „deplorable state of the silver coin in England" (Historical and Chronological Deduction of the Origin of Commerce, II/618) als das Resultat einer ausgedehnten Tätigkeit der Klipper, die nach Davenant einen Verlust von 4,3 Mill. £ verursachten (New Dial., S. 76; vgl. auch Brentano, a. a. O., II/92).

einwirken zu lassen, um neue Kombinationen der Produktivkräfte durchzusetzen [1]). Nur in diesem Falle kann die Geldzufuhr sich segensreich auswirken; umgekehrt erscheint Geld in Kästen aufbewahrt als ein toter Schatz (I/448).

3. Der historisch gebildete Davenant sieht den Widersinn von Thesaurierungsgesichtspunkten in der Wirtschaftspolitik in der wirtschaftlichen Lage der orientalischen Länder; Gold und Silber verschwanden in den Kästen der Fürsten, anstatt diese Länder aus wirtschaftlicher Stagnation herauszubringen. In neuester Zeit ist ihm Spanien das abschreckende Beispiel eines Landes, das die ungeheuren aus Amerika bezogenen Edelmetallmengen zum Bezug ausländischer Waren benutzte, anstatt die eigenen Produktivkräfte zu erschließen; Gold und Silber verließen wieder den Staatskörper „without giving any spirits, strength or nourishment, . . like hasty passengers, intending to fix their abode with a wiser people" (I/183). Die Ansicht, daß der Edelmetallstrom die spanische Wirtschaft erstarren ließ, statt sie anzuregen, war in der zeitgenössischen Literatur sehr häufig vertreten (vgl. z. B. Locke, a. a. O., S. 607); vom Standpunkt der nichtspanischen Länder aus vergleicht Child die fremden Kaufleute mit Blutegeln, die Spanien durch seine fast ausschließlich passiven Handelsbeziehungen zum Ausland das Geld abzapfen, ohne daß dieses auf das Land befruchtend gewirkt hätte, wobei das Volk in einem Zustand verharrt, den Child als „poor, despiceable and void of commerce" bezeichnet (a. a. O., S. 15). Davenant stimmt mit dem Urteil Muns (Englands Treasure by Forraign Exange, S. 34) überein, daß das Herkunftsland allen Gold und Silbers der neueren Zeit Spanien bzw. dessen amerikanische Kolonien sei, während nach seiner Meinung im Altertum der Orient Hauptlieferant an Edelmetall war (I/350 ff.).

4. Der ständig zunehmenden Konzentrierung des Geldes in der Bank von England steht Davenant als der Aufstauung des Blutes im Herzen des Staatskörpers ablehnend gegenüber, verständlich in einer Zeit, in der der Kredit erst anfing, zu einem Bestandteil der Gesamtorganisation der Volkwirtschaft zu werden und von einer Eingliederung der neugegründeten Bank von England in den sich langsam ausbildenden Kreditmechanismus noch keine Rede sein konnte. Child schreibt die Tatsache, daß das bare Geld ständig aus den Kanälen des Verkehrs gezogen und in der Hauptstadt angesammelt wurde, außer dem Bankgewerbe

[1]) The common people being the stomach of the body politic (I/382).

selbst, der Praxis der Steuererhebung zu (a. a. O. Preface, S. 41 ff.), und Davenant macht den positiven Vorschlag, der Bank das Recht der Zinsgewährung für Geldeinlagen zu entziehen, um so der Geldanhäufung keinen Vorschub zu leisten (I/293).

5. Geld bedeutet nicht Reichtum an sich, sondern ist das Mittel zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten, um auf diesem Wege zum Höchststande nationaler Produktivität zu gelangen: die Arbeit des Volkes muß hinzutreten, um die wahren Reichtumsquellen zur Entfaltung zu bringen „by .. advancing manufactures and improving whatever the earth produces" (I/384), die erzeugten Güter sind dann „real und effective riches of a country" (I/354). Somit wird die menschliche Arbeit zur Grundlage nationalen Wohlstandes: „The wealth off all nations arises from the industry and labour of the people" (I/138). Allerdings läßt Davenant eine theoretische Ausgestaltung dieser Erkenntnis, wie sie sich schon bei Petty findet (Taxes and Contr., S. 31), vermissen, der die Abhängigkeit der Güterpreise von der auf ihre Herstellung verwandten Arbeit betont. Erst Smith schuf die Preis- und Werttheorie, die in der Arbeit Ursprung und Maßstab des Tauschwertes sah.

6. Typisch für Davenant ist die gänzliche Ausrichtung der Produktion auf den Absatz im Außenhandel, aus dem Binnenabsatz resultiert kein nationaler Gewinn[1]). Der Austausch der eigenen Erzeugnisse ist die Grundlage allen Handels (I/385). Er schafft erst das Geldkapital für die Entwicklung der Produktivkräfte und für den Ausbau des Zwischenhandels, der dann den Geldzustrom vervielfältigt und auch den Geldentzug durch den Luxuskonsum ausländischer Waren zu kompensieren vermag (I/86 ff., II/12 ff., II/275 ff.). Davenant macht sich nicht der von Bickel (Die ökon. Begründung der Freihandelspolitik, S. 6) dem Merkantilismus zugeschriebene Verkennung des Kausalzusammenhanges zwischen Edelmetallzufluß und Handelsausdehnung schuldig. „No region can be thougt purely to produce trade by money" (I/355), einzig und allein kann hiervon die Rede sein, wenn Gold und Silber selbst zu den Erzeugnissen des Landes gehören. Sonst aber

[1]) The two chief ways of employing a stock of riches, so as to make it beneficial to the public are, by setting hands to work, and improving what-ever the earth produces at home, in order to a superlucration of some-thing from other countries for our own use. Or this stock is made use of abroad, and sent out, either in our own production or in bullion, to exchange with the goods of other places for our consumption, or to be carried out again for the use of other countries (I/384).

ist für eine von Geld entblößte Nation die Möglichkeit ihren Handel auszudehnen gegeben, um mehr Edelmetall der heimischen Volkswirtschaft zuzuführen, wenn sie im Besitze einer fleißigen, arbeitsamen und seemännisch qualifizierten Bevölkerung ist, sowie sich eines guten Bodens und guter Häfen rühmen kann: dann ist es nicht schwer, durch Ausfuhr heimischer Produkte Gold und Silber heranzuziehen, das wohl angelegt, neue Produkte für die Ausfuhr schafft (I/354.) Handel und Geld gehören eng zusammen, stehen sich gegenseitig bedingend in enger Wechselwirkung miteinander: „Trade brings in the stock; this stock well and industriously managed betters land and brings more product of all kind for exportation" (II/221). In diesem Satz prägt sich das kausale Bild aus, das Davenant sich von dem wirtschaftlichen Leben macht. Wesentlich für den Volksreichtum ist die mit Gold und Silber bewirkte Wiedererzeugung von Gütern auf sich ständig erweiternder Grundlage. Das Gegenteil ist in Spanien der Fall, das dank der sich produktiver Tätigkeit enthaltenden Bevölkerung seine Edelmetallschätze ungenutzt ins Ausland gehen läßt, dabei aber seine wirtschaftlichen Kräfte vernachlässigend (I/382). Davenant weist darauf hin, daß England ein großes fruchtbares Land ist und zur Herstellung einer großen Menge nationaler Produkte befähigt ist (I/391).

Der freien Konkurrenz gibt Davenant keinen Spielraum, echt merkantilistisch ist die geforderte Überwachung der Erzeugung durch die Obrigkeit[1]) zwecks Erreichung höchstmöglicher volkswirtschaftlicher Produktivität mit Rücksicht auf den Außenhandel. Dieser bringt die „reliefs and refreshments from abroad", die der Nation Lebenskraft verleihen (II/75).

Davenant erkennt wohl, daß die in Form von Geld einströmenden Handelsgewinne zunächst der Gesamtheit der Kaufleute zum Vorteil gereichen und Handelsausdehnung dem privatwirtschaftlichen Interesse jener entspricht. Das Interesse dieses Standes wird jedoch bei Davenant mit dem der ganzen Nation identifiziert, grundsätzlich wird das ganze Land bereichert, wenn die Kaufleute bereichert werden.

7. Es bedarf noch einer Untersuchung, ob die merkantilistische Begierde nach Geld sich bei Davenant ins „Nebelhafte und Unbegrenzte" verliert (Schacht), ob er es überhaupt für unmöglich hält, daß ein Land jemals zu viel Geld besitzen könne.

[1]) What has relation to our manufactures and home product, ought justly to be the care of the state, and should receive all possible encouragement (I/384).

Wie der menschliche Körper, so bedarf auch der Staatskörper der Nahrung, d. h. der Geldzufuhr, die die menschliche Arbeit zu produktiver Tätigkeit zu veranlassen hat, Überfüllung wie auch Leere des staatlichen Körpers muß möglich sein. „To put life and motion to the whole there must be a quick stock running among the people" (I/447), heißt, daß ohne eine genügende Anzahl von Umlaufsmitteln der Austausch von Gütern Schwierigkeiten begegnen muß mit der Folge krisenhafter Erscheinungen in der Volkswirtschaft [1]). Davenant führt den Gedanken nicht weiter aus, daß, wenn zu wenig Geld im Lande vorhanden ist, die produktiven Möglichkeiten nicht verwirklicht werden können, insbesondere erkennt er nicht wie Petty (Taxes and Contr., S. 23) als Folge die Lahmlegung produktiv Tätiger mit entsprechender Produktionsminderung. Ebenso wenig kommt er zu einer objektiven Festlegung der Größe des Geldbedarfs, wie sie von Petty (Verb. Sap., S. 480) vorgenommen wurde und von Locke als schwer bestimmbar erkannt wurde (a. a. O., S. 572). Davenant erwähnt nur, daß bei einem Stagnieren des Geldzuflusses die vorhandene Geldmenge nicht nur unverändert bleibt, sondern sich vermindert infolge Entnahme zu nicht-monetären Zwecken (New Dial., S. 73). Daß in absehbarer Zeit ein Überfluß an Gold und Silber bei den steigenden Bedürfnissen der Menschheit eintreten werde, hält Davenant für unwahrscheinlich [2]). Trotzdem will er von einem plötzlichen Eindringen großer Geldmengen, die er als „surfeiting diet" für den Staatskörper bezeichnet, als eine Überfüllung, der die Verdauung nicht Herr werden kann und zur Lähmung des Unternehmungsgeistes führt, wie sie sich in dem „lazy temper" der Spanier zeigt, nichts wissen (I/382). II/105 sagt Davenant: „That there is a certain quantity of ready cash sufficient to transact common business beyond which coined money may not be needful." Die gesamte Menge der im Lande vorhandenen Waren steht somit der Gesamtheit des vorhandenen Geldes gegenüber, womit jene Waren gekauft werden können, das ist ganz quantitätstheoretisch gedacht, um so mehr, da in der damaligen Zeit die Zirkulation mehr oder weniger noch eine rein metallische war.

---

[1]) Ebenso spricht Petty von dem Gelde als dem Fett des Staatskörpers „whereof too much doth as often hinder its agility as too little makes it sick" (Verbum Sap., S. 471).

[2]) For the wants and avarice of the world increase so fast, that these metals are never like to become a drug by their plenty as other commodities are wont to do (V/395).

Der Preis einer Ware wird nach Davenant grundsätzlich bestimmt durch die Menge bzw. den Mangel, ohne zu einer näheren Analyse der Preisbestimmungsgründe zu gelangen[1]). Ihn interessiert mehr die Wirkung, die die Quantität der Zahlungsmittel auf die Preisbildung ausüben muß und die Bedeutung, die dieser Geldmenge als selbständig wirksamem Faktor in der Preisbildung zukommt, wobei diese Geldmenge von außerhalb derselben gelegenen Verhältnissen, dem Außenhandel, abhängig ist: „Gold and silver being the measure of trade, all things are dear or cheap as that sort of wealth is wanted or abounding" (I/160). Hierin drückt Davenant die quantitative Abhängigkeit des Geldwertes von der Geldmenge aus und faßt den zeitgenössischen Schriftstellern folgend, den Zusammenhang zwischen Geldwert und Geldmenge mechanisch, wenn er behauptet, die Veränderung des Geldwertes müsse proportional den Änderungen der Geldmenge folgen. Erwägungen quantitätstheoretischer Natur sind ihm im Gegensatz zu A. Niemeyer also durchaus nicht fremd (Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen in der Literatur des 16.—18. Jahrh., S. 149). Geringe Zahlungsmittelversorgung hat nach ihm also die Tendenz, die Preise auf einem niedrigen Niveau zu halten, wie die Beispiele gewisser Länder ihm zeigen, reichlichere Zufuhr ist ihm für England wünschenswert, um einem Preisfall der Waren nach Aufhören der forcierten Nachfrage der Kriegszeit entgegenzuwirken (I/160).

8. Ein tragender Gedanke, der sich durch alle Abhandlungen Davenants zieht, ist der Parallelismus in der Bewegung des Außenhandels, der Rentenerträge und des Zinsfußes. Die einströmende Geldmenge erhöht die Renten und senkt den Zinsfuß, umgekehrt bewirkt verminderte Geldmenge infolge ungünstigen Handels Rentenfall und Zinssteigerung; letztere sind wie bei Locke die Zeichen wirtschaftlichen Zerfalls (vgl. Locke, a. a. O., S. 605). Umgekehrt beweisen steigende Rentenerträge wie absinkender Zinsfuß bis auf die Hälfte von der Restauration bis zur Revolution den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung Englands in jenen Jahren (I/160, I/359, V/382). Grundsätzlich ist in Ländern mit großer Geldzufuhr der Bodenpreis hoch, bei niedrigem Zinsfuß. Beide sind wieder Kriterien eines günstigen Handels (vgl.

[1]) The want or plenty of any commodity does give the rule to its price between country and country, and not only things of necessity but those of luxury are subject to these variations, which money, the servant of trade, is forced to follow (I/355).

auch Petty, Pol. Ar., S. 272). Davenants Ursachenkonstruktion unterscheidet sich von der Muns; dieser sieht die Ursache der Rentensteigerung in den Preiserhöhungen, die das einströmende Geld hervorruft, die sich aber ungünstig auf den Außenhandel auswirken (Mun, a. a. O., S. 44 und 54 ff.); nach Locke läßt Geldverringerung die Preise und Renten fallen (a. a. O., S. 606). Nach Davenant führt das einströmende Geld grundsätzlich nicht zur Rentensteigerung auf dem Wege der Wollpreiserhöhung, die er gleich Mun als verderblich für den Außenhandel ansieht, sondern zur Rentenerhöhung durch erhöhte Kapitalinvestierung und dadurch erhöhte Erträge. Child drückt die Parallelbewegung zwischen blühenden Außenhandel und Gedeihen der Landwirtschaft folgendermaßen aus: „Land and trade which are twins ... will wax and wane together, it cannot be ill with trade, but land will fall nor ill with lands but trade will feel it" (a. a. O. Pref., S. 19). Allerdings steht die Kausalkonstruktion Childs zu der Davenants in scharfem Gegensatz. Bei jenem ist der durch Akt der Gesetzgebung herzustellende niedrige Zinsfuß Ursache wirtschaftlichen Aufschwunges und etwaiger Zweifel an dieser Feststellung „a needless scruple", bei Davenant ist der günstige Handel causa causans der Rentensteigerung, die wie bei Petty (Pol. Ar., S. 226) ein Fallen des Zinsfußes bewirkt. Die Renteneträge bedingen die Höhe des Zinsfußes. Davenants Auffassung berührt sich mit der des anonymen „Interest of money mistaken" (1668), gegen dessen Ursachenkonstruktion Childs Polemik gerichtet ist (a. a. O. Pref., S. 1; 11) und mit dem Nachweis Lockes, daß der Zins durch gesetzliche Maßnahmen nicht geregelt werden kann (Locke, a. a. O., S. 560; 603). Pollexfen sieht jedenfalls für Holland und die italienischen Städterepubliken den ausgedehnten Handel als Ursache des niedrigen Zinsfußes an und bemerkt ironisch, daß die Spanier, die „enemies of industry", selbst bei einem Zinsfuß von 2% ihren Handel nicht ausdehnen würden (Discourse of Trade, Coyn and Paper Credit, S. 61).

In den New Dialogues nähert sich Davenant scheinbar der Childschen Auffassung, wenn er hervorhebt, daß die stattgefundenen Zinsreduktionen den Handel belebt hätten[1]) und für Festlegung eines Zinsmaximums eintritt. Der Widerspruch erklärt sich durch die Betrachtung des Zinses unter ethischem Gesichtswinkel. Die Geldbesitzer sollen sich mit einem niedrigeren Zins-

[1]) I find all these gradual Reductions increase Trade and raise the value of Land (a. a. O., S. 156).

fuß begnügen[1]), statt durch übermäßige Ansprüche an die Verzinsung der staatlichen Schuldverschreibungen die Gesellschaft auszuplündern. Sie haben, da der Exchequerzinsfuß den Landeszinsfuß beeinflußt (I/378), eine anormale Gestaltung des letzteren bewirkt durch die Herausnahme des Geldes aus den Kanälen des Handels. In diesem Falle sind ihrem „avaricious Temper" Zügel durch gesetzliche Höchstpreise auf Geld anzulegen. Die erwähnten Zinsreduktionen sind in dem Sinne zu verstehen, daß sie dem Handel förderlich sind durch Wiederzuführung von Geldkapital, das aus seinen Kanälen gezogen und zu Darlehnszwecken bereitgehalten wurde[2]).

9. Davenant ist nicht der Meinung, daß eine unbegrenzte Vermehrung der Zahlungsmittel zu unbegrenzter Preissteigerung und mithin zu ihrer unbegrenzten Entwertung führen kann; nach Überschreitung der Geldmenge, die als „sufficient to transact common business" erforderlich scheint, werden weitere Quantitäten vom Verkehr nicht aufgenommen[3]) und der Überschuß in der Geldmenge als toter Schatz hingelegt, nichtmonetärer Verwendung zugeführt, oder es werden Dinge gekauft, die dem Lande nach außen hin das Gepräge des Reichtums geben (ebenso Petty, Quantulumcunque, ed. Macculloch, S. 166). Davenant gibt also seinen quantitätstheoretischen Anschauungen keine sachliche Bedeutung in der Hinsicht, daß infolge des Geldzustroms eine Preissteigerung eintritt mit entsprechend ungünstiger Wirkung auf den Außenhandel wie Mun, der Geldfülle als schädlich bezeichnet (a. a. O., S. 44). Petty sagt, daß, wenn zuviel Geld vorhanden sei, es gut wäre, die überflüssigen Quantitäten zu thesaurieren (Taxes and Contr., S. 22). Nach Davenants Ansicht reguliert sich der Geldumlauf selbst, aber nicht in der von den Klassikern entwickelten Form, sondern dergestalt, daß bei einer Sättigung des Verkehrs dieser kein Geld mehr aufnimmt. Da in solchen Fällen die Münzprägung still steht, kann dieselbe nicht als Maßstab für die Gestaltung des Außenhandels angesehen werden, wie es der anonyme Verfasser der „Britannia Languens" will (New Dial., S. 202 ff.). Der Rückgang in der Münzprägung

[1]) . . . setting due Bonds to the Avarice of such as deal in Money (a. a. O., S. 157).

[2]) As Gold and Silver are the Standard of universal Commerce, so when they who happen to be the Possessors of it, are left at liberty to rate their Cash, they have it in their Power highly to interrupt the general Dealings of their Country; and therefore the Laws ought timely to interpose, which should contemplate the Safetey and Preservation of the whole (New Dial., S. 155).

[3]) When this happens the Mint stands still of course (a. a. O., S. 205).

im letzten Viertel des Zeitraums von 1600 bis 1675 erklärt sich für Davenant als aus einer Übersättigung des Verkehrs resultierend und als Symptom eines günstigen Handels. Umgekehrt hat anhaltende Münzprägung nicht immer ihre Ursache in starken Geldzuflüssen von außen. Die Mint accounts ergeben ein trügerisches Bild durch Münzprägung für fremde Rechnung oder auch durch die Tatsache, daß Münzen von höherem Metallgehalt durch minderwertige verdrängt, eingeschmolzen und mit geringerem Gehalt wieder ausgeprägt werden (I/365, I/105, New Dial., S. 72). Der Gedankengang des Greshamschen Gesetzes ist Davenant also bereits bekannt (siehe auch Petty, Pol. Anat., S. 348).

10. Aus der Tatsache, daß bei Sättigung des Verkehrs noch ferner einströmende Geldmengen gehortet werden, leitet Davenant die Forderung her, in diesem Falle der Gold- und Silberausfuhr freien Raum zu lassen [1]). Geldexport entspringt also nicht quantitätstheoretischen Motiven, die diesen nötig machten, um zu starker Preissteigerung vorzubeugen, sondern dem Streben, die nach Sättigung des Verkehrs entstehenden Geldhorte produktiver Verwendung im Auslande zuzuführen. Davenant weist darauf hin, daß Holland frühzeitig die Vorteile des Geldexports erkannte und niemals seine Handelsgröße hätte erreichen können, wenn es sich nicht dem Kauf fremder Erzeugnisse und deren Wiederverkauf in anderen Ländern gewidmet hätte (II/116). Besonders vorteilhaft wurde für das Land der Handel mit Ostindien, den es als wertvoller ansah als die Gold- und Silberminen Amerikas (II/107 ff.; vgl. auch Child, a. a. O., S. 144) [2]).

Dieser Hinweis auf die Vorteile des Zwischenhandels steht bereits in engem Zusammenhang mit der Handelsbilanzidee, mit der man sich ein einheitliches Bild von der Aus- und Einfuhr zu machen suchte zwecks Feststellung, ob sich ein Plus an Edelmetall ergab.

2. Teil.

Der Handelsbilanzgedanke.

1. Volkswirtschaftliches Denken findet immer seinen Boden in den wirtschaftlichen Zuständen der Zeit und volkswirtschaftlich-

[1]) The species of gold and silver is employed more usefully and turns more to national profit than if it were coined into money, of which all above what is necessary for common use, becomes hidden treasure (II/106).

[2]) Von den Spaniern sagt er: „They might have carried the whole commercial world before them" (II/109), wenn sie ihre Edelmetallschätze als „productive stock" ins Ausland gesandt hätten.

theoretische Erkenntnisse stehen immer in einem genetischen Zusammenhang mit der geschichtlichen Wirklichkeit. Das Für und Wider um die Geldausfuhr der Ostindischen Companie stellte den Handelsbilanzgedanken in der damaligen Zeit zur Diskussion und ließ ihn bei Mun zu der Erkenntnis ausreifen, daß es nicht auf die partikularen Bilanzen ankäme, sondern auf die Generalbilanz. Ist auch Muns Ziel fernerhin die Versorgung des Landes mit möglichst großen Geldquantitäten, so bedeutet die Idee des Saldos einen gewaltigen Fortschritt gegenüber der bisher von bullionistischer Einstellung beherrschten handelspolitischen Staatspraxis. Es brach sich die Erkenntnis Bahn, daß Edelmetallexport nützlich sein kann, wenn die mit seiner Hilfe bezogenen Güter im Zwischenhandel wieder abgesetzt werden können mit daraus resultierender Überkompensierung des ursprünglichen Geldentzugs.

2. Die über Mun hinausgehende tiefere Einsicht in die Phänomene des auswärtigen Handels basiert auf den Kontroversen, die mit dem ausgehenden 17. Jahrhundert in verstärktem Maße sich um die Frage des zunehmenden Gold- und Silberexports der Ostindischen Companie rankten. Muns erfolgreiches Werk hatte wohl einstweilen die Opponenten der Edelmetallausfuhr zum Schweigen gebracht, aber es galt um die Jahrhundertwende einer ganzen Literatur gegenüberzutreten, die die bisher in unbekanntem Maße stattfindenden Geldexporte seitens der Companie als gefährlich ansah. Man behauptete, daß die bloße Vergleichung der Ein- und Ausfuhr in der Generalbilanz keinen absoluten Beweis für den günstigen Handel liefern könnte und diesen Argumenten gegenüber hatte schon Child in Anlehnung an Petty, der bereits die Seeschiffahrt als Maßstab für den Wohlstand des Landes ansah (Pol. Ar., S. 271), auf die Zu- und Abnahme von Handel und Schiffahrt als untrügliches Kriterium für die Gestaltung der allgemeinen Bilanz hingewiesen [1]).

3. Die Analyse der Davenantschen, den Handelsbilanzgedanken betreffenden Argumentationen, zeigt einen tiefen Fortschritt gegenüber der Auffassung Muns in folgender Hinsicht: Nicht allein, daß importierte Waren auf dem Wege des Handels wieder exportiert werden können und der Gegenwert in Geld die Handelsbilanz in günstigstem Sinne beeinflußt, erstere ermöglichen es auch, einen Teil des Nationalprodukts, der für den Inlandskonsum bestimmt war, dessen Bedeutungslosigkeit für die wirt-

[1]) For if we are impoverished our general Trade and our Shipping will necessarily grow less and less (a. a. O., S. 165; Pref., S. 18).

schaftliche Entwicklung von Davenant immer wieder hervorgehoben wird, dem Export zuzuführen mit entsprechender Stärkung der Aktivseite der Bilanz (vgl. auch Niemeyer, a. a. O., S. 143)[1]). Es ergibt sich also, daß Davenant in weitergehendem Maße als Mun die Idee der Gesamtbilanz vertritt und auf dieser Basis zu der Erkenntnis kommt, daß die Passivität einer Einzelbilanz nicht unbedingt schädlich sein müsse, sondern im Gegenteil zur Stärkung der Aktivseite der Gesamtbilanz beitragen könne.

Der tragende Gedanke in der Handelsbilanzidee bei Davenant ist die Erkenntnis, daß hinter den Erscheinungen des auswärtigen Handels die Entwicklung der nationalen Produktivkräfte stehen muß, daß eine kausale Verknüpfung zwischen der volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung und der Gestaltung der Handelsbilanz vorhanden ist, wobei letztere als Sekundärerscheinung zu werten ist. Niemeyer weist darauf hin, daß dieser Gedanke in der programmatischen Überschrift seines „Essay upon the Probable Methods of Making a People Gainers in the Ballance of Trade" seinen prägnanten Ausdruck findet (a. a. O., S. 150).

Die Tatsache nun, daß Waren, die aus einem Lande eingeführt werden, einen größeren Teil des Nationalproduktes für Exportzwecke freimachen können, also nicht dem unproduktiven heimischen Konsum verfallen lassen, mußte also bestärkend in Richtung der Ausbildung der Produktivkräfte wirken.

Davenant bestreitet also grundsätzlich die materielle Bedeutung der Begriffe günstige und ungünstige Handelsbilanz; wohl kann die sich an einem bestimmten Zeitpunkt ergebende Bilanz einen rechnungsmäßig ungünstigen Handel mit einem einzelnen Lande ausweisen, aus diesem Grunde aber auf Schädlichkeit des betreffenden Handelszweiges schließen kann nach seiner Meinung nur der, der nicht eine tiefere Einsicht in die Dinge sich verschafft hat (I/388).

4. Die Gesamtbilanz wird günstig gestaltet in erster Linie durch den Ausbau der Grundlage aller Handelsbeziehungen, die Ausfuhr eigener Erzeugnisse, in denen die Arbeit des Volkes ver-

---

[1]) But where the materials and manufactures are both our own, as in this instance of the woollen goods; two Millions carried out when the general Ballance of Trade is considered, must be esteemed as two Millions gained to the king, for the return of this exportation supplies our consumption of foreign goods (which would otherwise be bought with money) with some overplus, which overplus is what must incline the scale to turn of our side (II/234).

körpert ist[1]). Die Entwicklung der nationalen Produktivkräfte erscheint also als das primär zu verfolgende Ziel, die Wurzeln des Handelsbilanzbegriffes sind in der ökonomischen Bewertung der einzelnen Produktionsfaktoren zu suchen. Die Nationalwirtschaft im Sinne der Entfaltung aller nationalen Produktivkräfte wird verlangt unter einseitiger Ausrichtung auf den Export im Außenhandel.

Davenant betont, daß lediglich in den Anfängen staatlicher Existenz eine Basierung auf den Erzeugnissen des eigenen Landes möglich ist[2]), nicht aber bei zunehmender Bevölkerungszahl. Davenant betont einen Zusammenhang zwischen Bevölkerung und Wirtschaft und eine Begrenztheit des Nahrungsmittelspielraums (II/110). Er kommt aber zu anderen Folgerungen wie Malthus: Das Wachstum der Menschenzahl tut sich nicht kund in Hemmnissen, sondern ist geradezu das Agens, das zum Ausbau des Handels drängt, der nicht auf der Ausfuhr heimischer Erzeugnisse beruht.

Die Begründung der Geldausfuhr erscheint hier also in einem anderen Lichte. Zunächst war sie ein Ausweg, um unproduktiver Vorratanhäufung vorzubeugen, jetzt erscheint sie als conditio sine qua non, um Malthusschen Konsequenzen zu entgehen. Geld als „productive stock" ins Ausland geführt vervielfältigt sich (II/117), kann dann die heimischen Produktivkräfte um so intensiver entwickeln (s. u. S. 47 f.).

Gefordert wird einerseits die Einfuhr fremder Erzeugnisse, die sonst im Inland konsumierte heimische Waren für den Export frei machen, andererseits die Einfuhr ausländischer Handelsgüter zu Wiederausfuhrzwecken, die im Endstadium einen Gewinn in Form von Edelmetall ins Land bringen; dieses dient dann wieder der Erweckung der Produktivkräfte und schafft mehr heimische Erzeugnisse zu Ausfuhrzwecken.

Für alle Formen des Handels gilt letzten Endes der Satz: „Trade brings in the stock, this stock well and industriously managed, betters land, and brings more product of all kind for exportation, the returns of which growth and product are to make a country gainers in the balance" (II/221).

---

[1]) The exportation of our own product is indeed the foundation of all our trade (I/385).

[2]) A country, in the beginning of its establishment, may subsist for some time without foreign aids at all (II/110).

5. Noch ein weiteres Moment läßt Davenant die Einfuhr fremder Erzeugnisse vorteilhaft erscheinen, das auf der von Niemeyer festgestellten Tatsache basiert, daß für ihn ein Gewinn im auswärtigen Handel nicht allein durch einen Saldo in Form von Geld zustande kommt (a. a. O., S. 137). Sind bezogene billigere aber hinsichtlich der Verwendungsmöglichkeiten den bisher aus anderen Ländern zu höheren Preisen bezogenen Waren gleichwertig, so werden die bisherigen ausländischen Erzeuger der betreffenden Waren sich genötigt sehen, weniger dafür zu verlangen in der Absicht, einer allzu starken Einschränkung ihres Absatzes vorzubeugen. In diesem Falle hat das heimische Land einen Vorteil dadurch, daß weniger Geld für den heimischen Konsum hingegeben wird, einer auf Stärkung der Passivseite der Bilanz hinstrebenden Tendenz also vorgebeugt wird: And the trite saying, „That a penny saved is a penny got", holds full as well in national concerns as in domestic business (II/125).

6. Hinzu kommt noch ein mehr allgemeiner Grund, der der Entfaltung des Zwischenhandels die Aufmerksamkeit zuwenden läßt. Er soll als Zuflucht dienen, wenn durch Verschiebungen in den ausländischen Wettbewerbsverhältnissen die Ausfuhr heimischer Erzeugnisse Schwierigkeiten begegnen würde. Diese Gefahr war immerhin vorhanden, zumal sich England einseitig auf Wollwarenherstellung und Wollwarenexport spezialisierte (I/385).

7. Ein Tausch eigener Erzeugnisse gegen fremde Waren, aus dem kein nationaler Gewinn resultiert, kann auch von Vorteil sein wie im Handelsverkehr mit Schlesien, Sachsen, Böhmen und Polen; Davenant verfolgt diesen Gedanken vom Standpunkt der internationalen Produktionsdifferenzierung (s. u. S. 69 f.).

Davenants Ausführungen bezwecken eine Rechtfertigung des Handels mit Ostindien, er begnügt sich jedoch nicht mit dieser allgemein gehaltenen Argumentation im Gegensatz zu Child[1]).

a) Positive Beweisführung. Davenants statistische Zahlen, die die Grundlage seiner Urteilsbildung sind, können nur ein ungefähres Bild vom Nutzen des indischen Handels geben, da sie nicht auf eingehenden statistischen Erhebungen beruhen[2]). Da-

[1]) Child weist nur hin auf die Wertschätzung des ostindischen Handels seitens der Holländer und nur der, der nichts vom Welthandel verstünde, könne behaupten, daß England an diesem Handel verlieren würde. Im Gegenteil, die Wiederausfuhr importierter Waren bringe das Sechsfache des hingegebenen Geldes wieder ins Land (a. a. O., S. 143).

[2]) No one versed in merchandize will deny . . . (I/93). After much thought

venant schätzt den englischen Gesamthandelsgewinn im Durchschnitt der Jahre 1656—1688 auf 2 Mill. £, an dem der indische Handel einen Anteil von 600000 £ hat, während sich die restlichen 1,4 Mill. £ auf den Kolonialhandel (0,9 Mill.) und den Gewinn auf die Ausfuhr heimischer Erzeugnisse (0,5 Mill.) verteilen. Dieser jährliche Saldo war der „increase to the nation's general stock".

In den Discourses on the Public Revenues kommt Davenant zu einer Modifizierung jener Berechnungen dank der Erkenntnis, daß die importierten ostindischen Manufacte die Consumtion eigener Wollwaren ersparen und dafür sich dem gewinnbringenden Export zuführen lassen[1]). Der jährliche Gewinn im inländischen Handel beträgt 680000 £ (statt 600000 £ „upon a better view of the East India Trade"). Um 25 % ermäßigten die billigeren indischen Waren Importe aus anderen Ländern, dadurch ergibt sich eine Ausgabenersparnis von 200000 £. 200000 £ Gewinn resultieren aus der Verwendung billigerer indischer Erzeugnisse an Stelle gleichartiger aber teuerer Importe aus anderen Ländern, 100000 £ Gewinn ergeben sich aus dem Freiwerden entsprechender Quantitäten heimischer Wollwaren durch die Verwendung indischer Manufacte. Der Wert der Gesamteinfuhr beträgt 1,8 Mill. £, gegen die 500000 £ hingegeben wurden, für 1,3 Mill. £ werden dem heimischen Konsum zugeführt, der Rest dient der Wiederausfuhr in andere europäische Länder und bringt 180000 £ Gewinn (vgl. II/119ff.).

Die exakte Analyse des indischen Handels steht im Rahmen der Polemik gegen Pollexfen, den typischen Vertreter der am Ausgange des 17. Jahrhunderts sich gegen den Geldentzug durch diesen Handel in verstärktem Maße wendenden bullionistischen Ansichten. Nach Davenants Behauptung anerkennt Pollexfen nur dann einen nationalen Gewinn im Außenhandel, wenn sich aus jedem Handelszweig ein Überschuß an Gold und Silber ergibt[2]). Davenant verurteilt die Betonung des Geldgewinnes unter dem Gesichtswinkel des kaufmännischen Rechnungsab-

and study on this subject and by consulting others versed in speculations of the like nature. . . (I/93).

[1]) And if the goods brought from thence save the expence of so much in the consumption of our own product, and thereby enlarged our exportation; all this may very well be accounted national gain (II/124).

[2]) Pollexfens Discourse of Trade, Coyn and Paper-credit wird von bullionistischen Gedankengängen durchzogen, z. B. S. 7: Gold and Silver being that in which the riches of the nation does so much consist.

schlusses[1]), ein Bilanzverlust in einem Handelszweig braucht kein tatsächlicher Verlust zu sein.

b) Negativer Beweis. Die Gefährlichkeit des indischen Handels ergibt sich für Pollexfen aus der angeblichen Tatsache, daß er dem Lande in den letzten Jahren durchschnittlich 600000 £ jährlich entzogen hätte (vgl. II/83), für Pollexfen eine erschreckende Tatsache, die ihn schwarz in die Zukunft blicken läßt. Davenant führt diese Behauptung durch einen Gegenbeweis ad absurdum; er legt Pollexfens Angaben über den angeblichen Edelmetallentzug durch Indien und Frankreich zugrunde, der abzüglich der Zuflüsse in den letzten 30 Jahren ca. 35,6 Mill. £ hätte ausmachen müssen. Dieses Resultat steht im Widerspruch zur Höhe der Münzprägung, die nach der „Britannia Languens" von 1600—1675 21,8 Mill. £ ausmachte, und selbst wenn man, wie Davenant sagt, für die Zeit von 1675—1689 einen entsprechenden Betrag hinzurechnen würde, ergibt sich doch die Widersinnigkeit jener Behauptungen. Es müßte nicht nur das Land 1689 vom letzten Schilling entblößt gewesen sein, sondern auch dem Auslande gegenüber eine enorme Schuldenlast kontrahiert haben, die in die Erscheinung hätte treten müssen (II/84, II/104).

8. Verzicht auf den ostindischen Handel würde den Grundgedanken merkantilistischer Wirtschaftspolitik widersprechen und einem Verzicht auf Reichtumszunahme gleichkommen. Andererseits, und damit holt Davenant die schärfste Waffe hervor, würde jene Einstellung eine Begünstigung ausländischer Konkurrenten darstellen, eine Stärkung von deren Handelsmacht mit entsprechender Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts der Nationen. Europa wird auch künftighin auf indische Manufakte nicht verzichten, indische Seiden und Kattune haben sich die Welt erobert und indische Gewürze besitzen einen breiten Absatzmarkt. Auf diesen Handel verzichten, heißt die Gewinne aus dem Zwischenhandel Holland überlassen und die wirtschaftliche Position des größten Handelskonkurrenten stärken (I/90 ff.).

9. Die Praxis ging über Davenants Argumente hinweg zur Tagesordnung über; die enormen Edelmetallexporte der seit 1689 konkurrierenden beiden ostindischen Companien trugen bei zu dem Konsumverbot indischer Waren von 1700[2]). Davenant

[1]) Nor is such a ballance needful as merchants make up every year, to know wether a country gets or loses by trade (II/16).

[2]) Die Akte beginnen „Whereas . . . the trade to the East Indies . . . must

selbst gibt die ungünstige Entwicklung zu, schreibt sie aber lediglich dem durch die Errichtung der Neuen Companie veranlaßten Konkurrenzkampf zu (vgl. New Dial., S. 78; 105). Allerdings traten in dieser Verordnung bullionistische Gesichtspunkte doch mehr zurück gegenüber protektionistischen[1]), die mit dem ausgehenden Jahrhundert immer stärker hervortraten. Diesen gegenüber genügte der Hinweis auf die günstige Gesamtbilanz nicht mehr, Davenant hält den Gedanken der Generalbilanz aufrecht, bringt aber, veranlaßt durch die aktuellen Tagesfragen, freihändlerische Gesichtspunkte hinein (siehe Teil 4).

10. Dem damals modernen Schlagwort von der ungünstigen Bilanz Frankreich gegenüber, die ihren Ausdruck findet in der Motivierung des Handelsverbots von 1678 seitens des Parlaments (cit. bei Schmoller, Engl. Hd. Pol., S. 17), gibt Davenant insoweit recht, daß er zugibt, aus den beiderseitigen Handelsbeziehungen habe ein Aktivsaldo zugunsten jenes Landes resultiert; jedoch sei dieser Verlust durch den Gewinn aus anderen Handelszweigen kompensiert worden, der Gesamthandel für England günstig gewesen (V/382, V/388). Die ungünstige Partikularbilanz mit Frankreich erfährt jedoch bei Davenant fast ausschließlich eine Betrachtung unter dem Gesichtswinkel der internationalen Produktionsdifferenzierung (siehe Teil 4).

11. Davenant rechnet ungefähr den dritten Teil des „national profit by trade" von 2 Millionen £ dem Handel mit Kolonialerzeugnissen zu (720000 £). Er erscheint als ebenbürtig neben dem ostindischen Handel[2]).

Davenants den Kolonialhandel betreffenden Argumentationen sind begründet auf der unterschiedlichen Stellung, die die nordamerikanischen Kolonien (Neu-England und Westindien) im Gefüge des englischen Außenhandels einnehmen. Ersteres ist

---

inevitably be to the great detriment of the kingdom by exhausting the treasur, thereof, and melting down the coin . . . (cit. bei Cunningham, a. a. O., S. 465). Der Edelmetallentzug betrug von 1689—1703 3,3 Mill. £ (Anderson, a. a. O., III/20).

[1]) Die Akte 11 and 12 W. III. c. 10 fahren fort „. . . and taking away the labour of the people whereby many of the manufacturers of this nation are become excessively burdensome to their respective parishes . . ."

[2]) For upon strict examination it will perhaps be seen that this balance so much talked of, so little understood, and so hard to be truly found out, is no way to be kept even but by the wealth arising to us from both the Indies, and if so, it must certainly import the nation to protect, encourage, and secure the two main fountains of its strength and riches (II/103).

Absatzgebiet für heimische Fertigwaren, letzteres Bezugsgebiet für wertvolle Bodenprodukte, an denen aber nur Überschußproduktion möglich ist durch Versorgung mit neuenglischen Importen, umgekehrt kann Neu-England aus dem Mutterlande nur Fabrikate kaufen mit Hilfe des aus der eigenen Ausfuhr nach den südlichen Kolonien gewonnenen Reichtums (II/21; vgl. auch Niemeyer, a.a.O., S. 153). Entsprechend dieser Gabelung des Kolonialhandels ist eine zweifache Gefahrenquelle vorhanden. Die Errichtung eigener Manufakturen in Neu-England erscheint ihm dank des noch vollkommen agrarischen Charakters des Landes erst in ferner Zukunft möglich, wohl aber ist die Gefahr vorhanden, daß das Land bei dem Vorhandensein günstiger Vorbedingungen zum Bau von Schiffen und zur Aufzucht von Seeleuten dem Mutterlande den Zwischenhandel mit den westindischen Erzeugnissen entreißen könnte (II/9; vgl. Niemeyer, a. a. O., S. 154). Jedoch werden nur politische Gründe eine Krisis in den durch die Blutsbande fest verankerten Beziehungen Englands zu seinen amerikanischen Kolonien hervorrufen können, wenn das selbstverständliche Anhalten zur Befolgung der Grundgesetze des Heimatlandes einer Willkürherrschaft Platz machen sollte, der eine entsprechende Reaktion folgen würde (II/10 ff.)[1]).

Davenants Ausführungen stehen einerseits über dem bullionistischen Verhältnis Spaniens seinen Kolonien gegenüber, die für das Mutterland nur Ausbeutungsobjekt an Edelmetallen waren, andererseits kann er sich doch noch nicht über die damalige engherzige Einstellung den Kolonien gegenüber erheben, die lediglich als auszubeutende Märkte bewertet wurden, ohne daß man an ein gegenseitiges Befruchten von Kolonie und Mutterland dachte. Davenant ist Anhänger der Navigationsakte (I/397), er will die Kolonien als Absatzmarkt für englische Tuche erhalten, andererseits England zum Weltmagazin nicht nur für ostindische Erzeugnisse, sondern auch für Kolonialprodukte machen. Es ergibt sich ein gewisses Hinausgehen über Child, der die Kolonien vom Standpunkt des Handelsbilanzgedankens vorwiegend als Absatzgebiet betrachtet (vgl. Niemeyer, a. a. O., S. 133). Das Interesse an den billigen Bezugspreisen der Kolonialprodukte mußte parallel gehen dem Interesse an möglichst weitgehender Ver-

[1]) Nothing but such an arbitrary power as shall make them desperate, can bring them to rebel (II/10). Der amerikanische Unabhängigkeitskrieg sollte Davenant einige Jahrzehnte später Recht geben.

wendung billiger Negerarbeit[1]) und damit reichlicher Negerzufuhr (II/37).

Aus der Natur des Negerhandels ergibt sich das Wohlwollen Davenants der afrikanischen Companie gegenüber; in der Tat finden sich auch niemals die Widerstände gegen letztere, unter denen die ostindische Companie aus der Natur ihres Handels heraus ständig zu leiden hatte (vgl. Cunningham, Ed. 1892, S. 278).

12. Der Fortschritt der Davenantschen Anschauungen gegenüber denen Muns besteht darin, daß der Saldo in der Handelsbilanz nicht unbedingt in Form von Geld ins Land strömen muß, wenngleich er auch als wichtigste Funktion des Handels ansieht, die Volkswirtschaft mit den nötigen Geldquantitäten zu versorgen (vgl. Niemeyer, a. a. O., S. 145). Diese erzeugen den Handel und der Handel erzeugt wieder das Geld (I/354).

Es ergibt sich aus Teil 1 und 2:

a) Geldzufluß ist nützlich, wenn er als Umlaufsmittel oder Produktivkapital verwandt wird; ist auch bei Verkehrssättigung nicht schädlich.

b) Abfluß von Geld ist schädlich, wenn es, wie im Falle Spaniens, den Staatskörper nicht durchpulst. nicht die eigenen, sondern fremde Produktivkräfte anregt.

c) Abfluß von Geld ist prinzipiell schädlich, wenn er der Befriedigung von Luxuskonsum dient (siehe S. 65 f.).

d) Abfluß von Geld ist nützlich, wenn es im Rahmen der Gesamtbilanz wieder zurückkehrt[2]). England erscheint, wie Davenant an mehreren Stellen hervorhebt, vermöge seiner günstigen geographischen Lage direkt zur Ausübung des Zwischenhandels bestimmt worden zu sein, wenn dem Lande auch eine Menge heimischer Erzeugnisse zu Exportzwecken zur Verfügung stehen (II/115), so reichen sie doch nicht hin, den Bestand des Reiches in Kriegs- und Friedenszeiten zu gewährleisten (I/384).

---

[1]) One head is as profitable as seven heads would be in England (II/20); the labour of these slaves is the principal foundation of our riches there (II/37).

In der Einleitung zur Abhandlung über den Afrikahandel spricht er von dessen Vorteil als einer allgemein anerkannten Tatsache, die keines weiteren Beweises bedürfe.

[2]) That nations which have a way of bringing in bullion to answer what is carried out, are in this sense upon the same foot with countries that have mines in their possession (II/108). Dieses ist auch der Leitgedanke von Pettys Quantulumcunque, daß die Nationen reich sind, die Geldausfuhr nicht verbieten, zumal Geldausfuhrverbote nach ihm in der Praxis kaum durchführbar sind (a. a. O., S. 159; ferner Taxes and Contr., S. 45).

13. Aus dem Gedanken der Handelsbilanz ergibt sich für Davenant eine gegenseitige Abhängigkeit der einzelnen Handelszweige voneinander. Es würde beispielsweise ein Verbot des Handels mit Frankreich dem gewinnbringenden Handel mit Italien und Spanien Abbruch tun, da beide wieder mit Frankreich in engen Handelsbeziehungen stehen. Allgemein gesagt: Einen Zweig, den man für schädlich hält zu unterdrücken, kann von den verderblichsten Folgen begleitet sein (I/387)[1]. Für das Reicherwerden eines Landes ist entscheidend die Gesamtbilanz[2].

14. Der Weg zur Ermittlung der Handelsbilanz ist

a) zunächst die rein formale und sich an dem Gedanken des Geldsaldos orientierende Gegenüberstellung der exportierten und importierten Werte (Niemeyer, a. a. O., S. 149). Das technische Hilfsmittel findet Davenant in den Zollregistern.

b) Daß der Außenhandel für England von Vorteil ist, läßt sich aber auch aus äußeren Anzeichen erkennen; die erkennbare Reichtumszunahme ist symptomatisch für seine günstige Gestaltung. Auf dieser Basis tritt Davenant den ständigen Klagen entgegen, daß England in den letzten Jahrzehnten einen verlustreichen Handel getrieben hätte. Das Jahr 1688 erscheint ihm als Höhepunkt nationalen Wohlstandes: „Die Saat, die Cromwell während 10 Jahren ausgestreut hatte und die unter ihm infolge der Kriege, die er im Inlande und Auslande zu führen hatte, nicht aufgehen konnte, trug nunmehr reife Frucht“ (Brentano, a. a. O., S. 261). In der Tat weist die Zeit von der Restauration bis zur Revolution eine Steigerung des Gesamtaußenhandels von $7^3/_4$ Mill. £ (Petty, zitiert bei Scott, a. a. O., I/266) auf 11,5 Mill. £ (King, Nat. and Pol. Observ., cit. bei Davenant II/170), oder bei einer ungefähren Bevölkerungszahl von $5^1/_2$ Mill. im Durchschnitt von $1^1/_2$ £ auf 2 £ pro Kopf. Parallel geht eine Steigerung des Volkseinkommens von 40 Millionen (Petty, Verb. Sap., S. 473) auf 44 Mill. £ (Dav., II/264).

Davenant sieht die äußeren Zeichen der Reichtumszunahme

in der Verdoppelung der Schiffszahl von 1660—1688 (I/363),

in der beträchtlichen Wertsteigerung des Grund und Bodens und dem gesunkenen Zinsfuß, denen eine Erhöhung des „general

[1] We may seem to lose by the balance in one place, but perhaps that trade may be the cause of another twice as profitable (I/147).

[2] The only question of importance, and which indeed should employ the thoughts of considering men is in the main do we get, or loose (I/386).

rental" von 6 auf 14 Mill. (1600—1688) entspricht, die nur einem günstigen Handel mit entsprechendem Geldzufluß zu verdanken sind (I/359ff.),

in der Vermehrung der Häuserzahl und der Bevölkerungszunahme um 300000 Seelen trotz der großen Pestepidemie (1665 bis 1688) (I/370),

in „richness of our apparel and household furniture, variety of new manufactures, encrease of our cattle, buildings, shipping, plate, jewels, bullion, and ready, money, vast stores", etc. (I/377) trotz der großen Wertvernichtung durch das Feuer von London (I/372).

Ein Vergleich der Nachkriegsverhältnisse (nach Ryswick) führt ihn zu dem Schluß, daß die Kriegsschäden sich in nur geringem Ausmaße bewegen (I/378 ff.).

c) Der Ermittelung der Bilanzgestaltung an äußeren Merkmalen geht parallel eine solche, die auf die inneren Produktionsverhältnisse Bezug nimmt. Da die Handelsbilanz der äußere Ausdruck derselben ist, heißt den Stand der Bilanz ermitteln, in die verschiedenen Reichtumsquellen hineingehen, in die Erscheinungen des Wirtschaftslebens, die über den Weg des Außenhandels erst den Reichtum schaffen. Ermittelung der Bilanzgestaltung in diesem Sinne heißt „Schau über die Kräfte der gesamten Volkswirtschaft, über die Entwicklung der produktiven Kräfte als den Voraussetzungen zur Entfaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen" (vgl. Niemeyer, a. a. O., S. 149ff.). II/173 sagt Davenant: „To know rightly how the Balance of Trade stands with any nation a due inspection must be made into their natural or artificial product."

15. Diese „Schau" hat das vorgeschlagene Council of Trade vorzunehmen, seine Hauptaufgabe soll liegen in einer Untersuchung der heimischen Produktionszweige als der internen Bedingungen eines günstigen Außenhandels. Daneben kommen in Betracht trotz ihrer sekundären Bedeutung, Untersuchungen der einzelnen Handelszweige, der Wirkung der Navigationsakte, der Aufnahmefähigkeit fremder Märkte u. a. (I/422ff.). Die Mittel und Wege sind u. a. Beaufsichtigung der auswärtigen Vertreter, der Güte der Waren, ferner Schaffung von Erleichterungen in der Austragung von Rechtsstreitigkeiten aus Handelsgeschäften, u. a.

Die Forderung des Council ist getragen von einer starken Hochachtung Davenants vor Persönlichkeitswerten[1]) und orientiert

[1]) Nothing can be well governed that is not placed under the peculiar care of some man, or body of men (I/422).

sich an der Childschen Forderung der Teilnahme praktisch erfahrener Kaufleute an den Councils of State, die dieser als wesentlich für die holländische Handelsblüte ansieht (vgl. Child, a. a. O., S. 1 ff.). Davenant stellt sich der bisher geübten Methode, den Außenhandel betreffende Fragen einem ad hoc geschaffenen committee des Privy Council vorzulegen, entgegen. Allerdings gehört die Sorge für den Handel in die Machtsphäre der vollziehenden Gewalt, die dieses Recht, da es die Kräfte eines Einzelnen übersteigt, delegiert. Trotzdem hält Davenant es für geboten, daß diese Körperschaft ihre Macht vom Parlament herleitet, voraussichtlicher Kollisionen mit den Handelsinteressen anderer Länder wegen[1]).

Der ganz besonderen Sorge des Council of Trade empfiehlt Davenant die Fischerei, die nicht allein für Holland die „golden mine of the commonwealth" zu sein braucht, von England aber stets vernachlässigt worden sei (I/427)[2]). Die Gestehungskosten sind für England verhältnismäßig niedrig wegen der Nähe der Fangplätze, es ergibt sich die Möglichkeit, billiger zu exportieren als die Holländer und sich von ihrem Übergewicht in diesem Handelszweig zu emanzipieren. Besondere Bedeutung gewinnt letzterer für Davenant nach den schweren Wunden, die der Spanische Erbfolgekrieg dem Lande schlug, er wird geradezu zum Universalmittel, um jene Schäden zu heilen (New Dial., S. 243).

Davenants Argumentation enthält implicite eine Propaganda für die 1692 wieder aufgelebte Royal Fishery Company, die infolge langsamer Einzahlung der Anteile auf zu schmaler Kapitalgrundlage basiert, ständig mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, und obgleich in der Literatur auf die Vorteile des Fischfangs nachdrücklich hingewiesen wurde, an diesen Schwierigkeiten schließlich scheiterte (vgl. Scott, a. a. O., II/372 ff.).

---

[1]) Wilhelm III. fand eine Kompromißlösung in der Schaffung eines Board of Trade, in dem Davenants Ideal der Teilnahme erfahrener Kaufleute verwirklicht, ein Präzedenzfall des parlamentarischen Einbruchs in die Machtsphäre der Exekutive aber vermieden wurde (vgl. Burnet, History of his own Time, IV/288, cit. bei Cunningham, a. a. O., S. 407/8; Anderson, a. a. O., II/622).

[2]) Mun und Petty wiesen schon hin auf die enormen Gewinne, die die Holländer aus dem Fischfang zogen (Petty, Pol. Ar., S. 277; Mun, a. a. O., S. 190).

3. Teil.

Die Reichtumsquellen.

A. Die Bevölkerung.

1. Wir erkannten als leitende Idee der Davenantschen Schriften den Gedanken der günstigen Handelsbilanz und die kausale Verknüpfung der Erscheinungen des auswärtigen Handels mit den inneren Produktionsverhältnissen. Geld strömt ins Land, „das dann das große Rad volkswirtschaftlicher Produktivität in Bewegung setzt" (Sombart). Primäre Reichtumsquelle ist der Grund und Boden, gedeiht er, so gedeihen auch die Manufakturwaren, „which are the product of land" (I/256). Jedoch ist nicht allein das zufließende Geld, sondern auch die menschliche Arbeitskraft von ausschließlicher Bedeutung für die Quantität der Produktion. Je mehr produziert wird, desto mehr Waren können für Ausfuhrzwecke zur Verfügung gestellt werden, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer günstigen Gestaltung der Bilanz. Daher erscheint die hohe Bewertung der menschlichen Arbeit als Folgerung aus der erstrebten Aktivierung der Handelsbeziehungen, die Arbeit erscheint geradezu als die Reichtumsquelle, daß Davenant gleich Smith sagen kann: „The wealth of all nations arises from the labour and industry of the people" (I/238), oder „. . . this natural or artificial product being most of it the result of the people's labour and industry" (II/173)[1].

Die Bewertung der Arbeit resultiert bei Davenant nicht aus einer theoretischen Analyse ihres Wesens als ökonomischer Kategorie, er versäumt den Schritt zu tun, die Arbeit auch in der Theorie als obersten Produktionsfaktor zu erklären. Die Weiterführung des Gedankens geschieht in echt merkantilistischer Richtung: Das Maß der zur Verfügung gestellten Produkte ist

[1]) Eine Definition der Begriffe natural und artificial product findet sich bei Davenant nicht, I/154 versteht er darunter: „what their labour and industry produces". Jene Ausdrücke finden sich auch schon bei Mun, der unter „natural wealth" versteht: so much as can be spared from our own use and necessities to be exported to strangers", unter „artificial wealth": manufactures and industrious trading with forraign commodities (Mun, a. a. O., S. 15); sie stehen hier im Zusammenhang mit der Munschen Idee des Saldos, der dann ein Plus an Edelmetall für das Land ergibt, wenn der eigene Konsum fremder Erzeugnisse den Export an das Ausland nicht übersteigt. Unter „natürlichem Produkt" wird bei Davenant zu verstehen sein, die Erzeugnisse, die durch die Arbeit nicht weiter umgeformt werden, als „künstliches Produkt" erscheinen die für den Export berechneten Erzeugnisse der Manufakturen. Natürliches Produkt sind beispielsweise die Unterhaltsmittel der Bevölkerung (vgl. II/110).

abhängig von der Menge der aufgewandten Arbeit, das Steigen des von den Menschen repräsentierten Vorrats an Arbeitskräften gestattet die intensivere Ausnutzung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten. Wirtschaftlich gesehen ist die Bevölkerung maßgebend für die Größe der Produktion; ihre Vermehrung bedeutet Vermehrung der Arbeitskräfte. Je mehr arbeitsfähige Bewohner ein Land hat, desto größere Möglichkeiten sind gegeben, die nationale Produktivität zu höchster Blüte zu bringen mit entsprechender Beeinflussung der Bilanzgestaltung[1]). Seine bevölkerungspolitischen Vorschläge leitet Davenant ein mit den Worten: „In order to have hands, which must make us gainers in the Balance of Trade" (II/191; ferner I/47, I/73, I/105, II/202).

2. Die Größe der Bevölkerung ist bestimmend für den Produktionsfaktor Arbeit, ihre Zunahme ist für Davenant — und hierin nähert er sich der von den deutschen Kameralisten vertretenen Auffassung — geradezu der Maßstab für die Zunahme des Nationalreichtums; in diesem Sinne kommt auch einem Kriege reichtumsmindernde Bedeutung zu, da er viele Hände produktiver Tätigkeit entzieht (I/406).

Die schwache Bevölkerung Spaniens ist für Davenant mit die Ursache der wirtschaftlichen Ohnmacht des Landes trotz seines Reichtums an Edelmetallen und seiner günstigen geographischen Lage (I/73), während das im Verhältnis zu seinem Flächeninhalt stärker bevölkerte Holland eine außerordentliche wirtschaftliche Aktivität zeigt (II/116). Es ergeben sich zwei Konsequenzen:

a) Eine dünne Bevölkerung ist die Ursache wirtschaftlichen Rückschritts, sie führt zu einer Erschlaffung des Dranges nach wirtschaftlicher Betätigung und zur Verweichlichung, hiermit sind die Vorbedingungen zur Unterjochung durch Fremde gegeben (I/74).

b) Zunehmende Bevölkerung bei gleichbleibender räumlicher Ausdehnung des Staates wird direkt als Triebfeder wirtschaftlichen Fortschritts angesehen, die Verknappung des Nahrungsspielraumes führt, wie in Holland, einerseits zur Sparsamkeit, andererseits zur Nutzbarmachung aller Reichtumsquellen des Landes zu wirtschaftlichen Zwecken oder zu intensiverer Betätigung im Zwischenhandel, um Reichtümer zu erwerben und die Massen zu ernähren (vgl. II/116, II/225). Eine Übervölkerung

[1]) The people being the first matter of power, by whose labour and industry a nation must be gainers in the balance (II/184).

im Maltusschen Sinne kommt also nicht in Frage, wenn auch der Bevölkerungsvermehrung eine natürliche Schranke gezogen ist. Grundsätzlich ist Davenant der Meinung, daß der Nahrungsspielraum auf den Ertrag des gegebenen Grund und Bodens beschränkt ist, und daß die Menschen das Bestreben haben, sich zu vermehren, wo ihnen die Unterhaltsmöglichkeiten gegeben sind (II/223), ohne allerdings, wie Malthus später in seinem Bevölkerungsgesetz, zu einer genauen quantitativen Festlegung des Verhältnisses der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel und der wachsenden Einwohnerzahl zu gelangen.

Es ergibt sich die Frage, ob Davenant Übervölkerungserscheinungen wie Malthus kennt, die sich in dem Nichtvorhandensein einer Parallelität zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes und der Zahl seiner Bewohner zeigt.

Davenant erkennt wohl eine Begrenztheit der Bevölkerungsvermehrung durch die Begrenztheit der Unterhaltsmittel, er folgert aber nicht wie Malthus, daß sich diese Diskrepanz in Form von Hemmnissen kundtun muß. Wenn er auch gelegentlich von Krieg, Hungersnot und Pest spricht (z. B. II/178), so wertet er sie wohl als häufig auftretende Erscheinungen, aber nicht als von obigen Verhältnissen ursächlich bedingt. Die Begrenzung der Bevölkerungsvermehrung durch den Nahrungsspielraum ist keine starre, sondern ist elastisch, verschieden je nachdem eine das Wachstum der Bewohnerzahl eines Landes einholende Steigerung des Bodenertrages zu erzielen ist oder nicht.

aa) Negativer Fall: „Invention, frugality and industry" (I/72) führen zu einer Forcierung der Warenausfuhr oder stärkerer Beteiligung am gewinnbringenden Zwischenhandel zwecks Ernährung der Massen.

bb) Posiviver Fall: Ist noch unbebauter Boden vorhanden, so wird zu Kultivierungen bzw. Meliorationen geschritten (II/112), um mehr Nahrungsmittel und mehr Ausfuhrprodukte zu erlangen. So vermag England noch ca. $^1/_3$ bis $^1/_2$ seiner Bevölkerung mehr zu ernähren (I/74; II/222), und es ist seine Aufgabe, wie die aller weisen Regierungen, seine Bevölkerungskapazität voll auszunutzen.

Werden damit auch eigene Erzeugnisse in gesteigertem Maße zu Ausfuhrzwecken zur Verfügung gestellt, so genügt die Menge doch nicht, um den gesteigerten Ansprüchen an barem Gelde

[1]) There is doubtless a proportion of people to the quantity of acres in a country respect being had to the nature of the soil beyond which the natural product of the country is not well able to maintain more (II/110).

gerecht zu werden, insbesondere wenn außenpolitische Ereignisse einen anormalen Geldentzug bedingen. Es ergibt sich, daß England bei steigender Bevölkerungszahl notwendigerweise auf die Bahn des Zwischenhandels gedrängt wird und auf diese durch die Gunst der Natur direkt verwiesen wird.

Hier haben wir eine vertiefte Begründung, daß Geldausfuhr nützlich sein kann, bullionistische Gesichtspunkte erscheinen nicht nur als wirtschaftlich unsinnig, sondern gegen ein Entwicklungsgesetz verstoßend. Die durch den Zwischenhandel reichlich einströmenden Geldmengen verschaffen das Mittel, mit dessen Hilfe die neugewonnenen Arbeitskräfte in Tätigkeit gesetzt und die wachsende Menschenzahl ernährt werden können. Gerade in England harren noch gewaltige Flächen Landes der Inkulturnahme[1]). Dann können wieder mehr heimische Produkte, die die Grundlage allen Handels bilden, zu Ausfuhrzwecken zur Verfügung gestellt werden[2]).

3. Der Zwischenhandel erscheint also ein Ausweg, um den Malthusschen Konsequenzen zu entgehen. Er erlaubt dem Land ohne genügenden Bodenbesitz, die Massen mit seiner Hilfe zu ernähren, dem Lande mit genügendem Bodenbesitz stellt er Kapital zu dessen Entwicklung zur Verfügung. Übervölkerung im Malthusschen Sinne ist Davenant unbekannt; dem pessimistischen Ausklang bei Malthus steht bei ihm ein gesunder Optimismus entgegen, die Not löst keine Hemmnisse aus, sondern wirkt als Triebfeder des wirtschaftlichen Fortschritts, als einer der mächtigsten Faktoren, der die Entwicklung der Volkswirtschaft beschleunigt und die im Lande schlummernden Kräfte erschließt. Wenn auch Malthussche Gedankengänge entfernt anklingen, so liegt doch auch für ihn, wie nach Schacht für alle englischen Merkantilisten, das Malthussche „Schreckbild" in weiter Ferne.

4. Richtlinie für die bevölkerungspolitischen Ansichten Davenants ist die Sorge um höchstmögliche Vermehrung der Quantität der Arbeitskräfte. Dies ist möglich durch

a) Begünstigung von Heiraten, durch Gewährung besonderer Privilegien an kinderreiche Familien und Benachteiligung der Ehelosen bei der Vergebung öffentlicher Ämter (II/191).

---

[1]) There is hardly any sort of ground which numbers of man will not render fertile (II/221).

[2]) A country that makes provision to increase in inhabitants, whose situation is good and whose people have a genius adapted to Trade, will never fail to be gainers in the Balance (II/192).

b) Begünstigung der Einwanderung und Erschwerung der Auswanderung. Das englische Verfassungsrecht bietet nach Davenant besondere Vorteile, um Fremde ins Land zu locken, das beschränkte Königtum, die freiheitlichen Institutionen, besonders die Sicherheit des Eigentums, sowie die milden Gesetze werden ihren Reiz ausüben in einer Zeit, in der tyrannische Herren ihre Völker bedrücken und Verfolgungen um des Glaubens willen an der Tagesordnung sind (I/75; I/185). Religiöse Toleranz Anderskonfessionellen gegenüber fördert also indirekt die ökonomische Entwicklung im Sinne der Reichtumsmehrung[1]). Ein allgemeines Naturalisationsgesetz würde noch mehr dazu beitragen, England zum Asyl der von fremder Gewaltherrschaft Bedrückten zu machen. Damit spricht Davenant sich gegen die bis dahin in der Praxis nur vereinzelt vorgekommenen Naturalisationen aus, von denen Pollexfen ironisch bemerkt, daß sie nur gegen entsprechende Zahlungen stattfanden (a. a. O., S. 51). Davenant will den Abkömmlingen der Immigranten das Wahlrecht gewähren, andererseits hätte ein solches Gesetz die Konzentrierung von Fremden an bestimmten Plätzen zu verhindern zwecks Erleichterung des Aufgehens im englischen Volkskörper (II/187)[2]).

Trotz der zur Verschaffung der nötigen Arbeitskräfte notwendigen zahlreichen Bevölkerung steht Davenant einer Auswanderung nicht unbedingt ablehnend gegenüber. Wohl weiß er, daß die Auswanderungen regelmäßig die im produktiven Alter stehenden Jahrgänge des Auswanderungslandes vermindern, ihm liegt es jedoch fern, „malcontents" im Lande zwangsweise zu halten; es erscheint ihm vielmehr im Interesse der Staatssicherheit geboten, ihrer Abwanderung keine Hindernisse in den Weg zu legen[3]). Andererseits will er den Auswandererstrom so lenken, daß von ihm befruchtende Wirkungen auf das Mutterland ausgehen und begrüßt die Auswanderung nach den amerikanischen Kolonien; durch sie wird die wirtschaftliche Entwicklung letzterer gefördert und ihre produktiven Kräfte zum Nutzen Englands geweckt. In je höherem Maße England zum Zufluchtsort für alle um ihres Glaubens oder ihrer freiheitlichen Gesinnung wegen Verfolgten wird, um so mehr kann einer entsprechenden jährlichen

[1]) Ebenso fordert auch Petty schon religiöse Duldsamkeit (Pol. Ar., II/227).

[2]) Verwirklicht wurde ein Naturalisationsgesetz erst durch die Königin Anna durch die Akte von 1709. (Vgl. Anderson, a. a. O., III/31 ff.)

[3]) That there should always be such an outlet or issue for the ill-humours (II/5).

Abwanderung zugestimmt werden (vgl. II/6). Holland gibt ihm wieder das Beispiel eines Landes, in dem die jährliche starke Abwanderung durch entsprechende Zuwanderung kompensiert wird (II/7).

c) Neben dem Bestreben nach Vermehrung der Menschen steht dasjenige, die Mitglieder zu produktiver Tätigkeit anzuhalten, die wohl hinsichtlich ihres Konsums Ansprüche an die Gesellschaft stellen, nicht aber ihre körperlichen und geistigen Kräfte in vollem Maße ausnutzen.

Grundsätzlich hält er die Zusammensetzung der Bevölkerung vom rein ökonomischen Gesichtspunkte aus für am vorteilhaftesten, bei der kein Frauenüberschuß vorhanden ist, der als „dead loss to the nation" erscheint (II/191). Jedoch ist für Davenant das sich aus dem Kingschen Schema (II/182) ergebende Verhältnis von 2,8 Mill. Frauen zu 2,7 Mill. Männern nicht in dem Maße ungünstig, daß es die Einführung der Polygamie rechtfertigen oder die Duldung der Prostitution herbeiführen könnte. Letztere ist ein Hindernis der Eheschließung, die begünstigt wird durch die Sorge des parish für die unehelichen Kinder. Das Gegenmittel wäre gemäß dem holländischen Beispiel der Heiratszwang, der den betreffenden Männern, gleich welcher Standeszugehörigkeit, aufzuerlegen wäre (II/192).

d) Wirkliche Ausnutzung der in der Bevölkerung vorhandenen Arbeitskräfte besteht darin, den cottagers, paupers, beggars und vagrants Arbeitsgelegenheit zu verschaffen (II/203), denn Davenant ist der Ansicht, daß diejenigen, die arbeiten können, es aber nicht tun, nicht nur nutzlos, sondern sogar schädlich für das Gemeinwesen sind, da die Belastung der arbeitsfähigen Menschen in dem Verhältnis wächst, in dem sie für den nur konsumierenden Teil der Bevölkerung aufkommen müssen (II/203). Wenn wenige Menschen müßig gehen, wird es zum Nutzen der Volkswirtschaft sein und der Reichtum Englands in entsprechendem Maße vermehrt werden (II/215). Auf der anderen Seite ist Sorge zu tragen, daß den wirklich Arbeitsunfähigen durchgreifende Hilfe zuteil wird, die von Davenant als Pflicht dem Menschengeschlecht gegenüber bezeichnet wird[1]) (II/206). Die hohe Zahl der „Armen" schreibt Davenant „slack administration" und „defect in our constitution" zu (II/204). Sie prägt sich aus in

[1]) Die Zahl dieser Unterstützungsbedürftigen gibt Davenant nach King mit 1,3 Mill. an (II/182), also fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung, von denen aber nur ein Bruchteil tatsächlich arbeitsunfähig war.

dem Steigen der seit der Elisabethanischen Armenordnung von den Einwohnern der Kirchspiele erhobenen Armensteuern[1]), die eine starke Belastung der Grundbesitzer bedeuten (II/204). Von einem neuen Armengesetz verspricht sich Davenant wenig Abhilfe, es liegt nach ihm in der Natur dieser Gesetze, daß sie wenig beachtet werden (II/205).

Die praktischen Vorschläge Davenants gehen einen anderen Weg. In seinem „Scheme for setting the Poor to Work" (II/207 ff.) schlägt er eine andere Methode vor, die Armen soweit wie möglich wieder zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft zu machen, sie zu produktiver Arbeit heranzuziehen. Besonders die Insassen der Gefängnisse empfiehlt er zu verwenden. Die Durchführung dieser Aufgabe will Davenant privater Initiative überlassen durch Gründung einer Corporation, nicht ohne sich mit dem zu erwartenden Vorwurf, Aufgaben im öffentlichen Interesse durch Private ausführen zu lassen, auseinandergesetzt zu haben (vgl. II/214)[2]).

Beschäftigt werden sollen die Armen in Arbeitshäusern.

aa) Produktionspolitisch ergibt sich durch den Arbeitszwang in den Arbeitshäusern die Vermehrung der Arbeitsleistungen.

bb) Lohnpolitisch wird implicite der Gedanke ausgedrückt, daß diese Zwangsarbeit billig sein müsse, dafür spricht, daß die

---

[1]) Pollexfen spricht von einer Verdoppelung innerhalb der letzten 20 Jahre (a. a. O., S. 50; nach Davenant sind es 1695 665 000 £, eine Summe die fast an den Betrag der gesamten Regierungsausgaben herankam (I/38).

[2]) Die Aufbringung des Kapitals durch Private befürwortet Davenant wohl angesichts der Tatsache, daß die Elisabethanische Gesetzgebung nicht für die nötigen Mittel gesorgt hatte, um alle Armen produktiver Tätigkeit zuzuführen (vgl. Cunningham, Ed. 1892, S. 380).

Davenants Streben, alle Armen zur produktiven Tätigkeit heranzuziehen, ist keine von ihm herausgearbeitete eigene Idee. Bereits Petty gibt dem Gedanken, Arbeitsfähige zur Arbeit anzuhalten, Raum (Taxes and Contr., S. 14); Pollexfen sagt in seinem Discourse on Trade, Coyn etc. (S. 51) „Proposals for setting the poor at work have been so often made public and some of them so well contrived and designed, that little can be added." Am eingehendsten dürfte sich auch Child mit der Frage auseinandergesetzt haben, der im zweiten Kapitel seines Discourses zu der Überzeugung kommt, daß die bisherige Gesetzgebung der elenden Lage der Armen nicht hat abhelfen können. Auch sein Streben geht dahin, „that the poor of England should be better provided for and employed" (S. 78), welche Aufgabe er den „Fathers of the poor", einer durch Parlamentsbeschluß zu inkorporierenden Versammlung mit weitgehenden Vollmachten zuerkennen will (a. a. O., S. 66).

Einen positiven Niederschlag in der Gesetzgebung fanden diese Vorschläge nicht (vgl. Cunningham, a. a. O., S. 753 ff.).

Forderung „that the poor night be compelled to work" von Abschnitten eingeschlossen wird, die dem Verlangen nach billiger Herstellung von Wollmanufakten Ausdruck geben (I/100).

Bedeutsam ist auch der Druck, der damit auf das Lohnniveau der anderen Arbeiter ausgeübt wird. Gleich Petty steht Davenant in einer Zeit, die ihr Interesse an niedrigen Löhnen immer wieder betont, diese verbürgen die Konkurrenzfähigkeit der Produkte auf fremden Märkten, sind andererseits, wie Petty besonders betont, das Antriebsmittel zur Arbeitsamkeit, das die in dem Arbeiter, der nur als Produktionsmittel angesehen wird, vorhandene Arbeitskraft voll ausschöpft. Die Errichtung von Arbeitshäusern würde nach Davenant einen jährlichen Mehrgewinn von 600000 £ ergeben.

Es folgt aus dieser Einstellung nicht die Abwesenheit jeglichen charitativen Empfindens. Staatliche Sozialfürsorge ist jedoch nicht so anzuwenden, daß sie die Faulheit stärkt und wie das bisherige Unterstützungswesen ein Hemmnis der Exportförderung wird. Ihr Objekt haben die körperlich tatsächlich Arbeitsunfähigen zu sein.

5. Leitmotive in Davenants die Bevölkerung betreffenden Argumenten sind

a) der Produktionsgedanke: Er verlangt Bevölkerungspolitik unter dem Gesichtswinkel der Gewinnung von Arbeitskräften[1]). Die Vermehrung der Arbeitskräfte erst bringt das einströmende Geld zur Wirkung, die sich innerwirtschaftlich im Steigen der landwirtschaftlichen Reinerträge ausprägt.

Dem Produktionszweck dient auch das Streben, besonders die in der Produktion tätige Bevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln zu versorgen[2]). Die Lebensunterhaltungskosten sollen nicht erhöht werden nicht um sozialpolitischer Motive wegen, sondern um der Gewährleistung der billigen Produktion willen.

b) Der Steuerzweck: Zunahme der produktiv tätigen Bevölkerung heißt Vermehrung der Steuerzahler besonders für Verbrauchsabgaben bzw. läßt die Akzisen weniger fühlbar werden. Beschäftigung der Armen heißt Verminderung der die Grund-

[1]) A country that makes provision to encrease in inhabitants, whose situation is good and whose people have a genius adapted to trade will never fail to be gainers in the balance, provided the labour and industry of their people be well managed and carefully directed (II/192).

[2]) It should be the care of all governments to save and protect the poor as much as possible, from the frauds and combinations of the richer sort (I/66).

besitzer besonders belastenden Armensteuer (I/73 ff.). Es ergibt sich eine Kollision mit dem Produktionszweck, da die Verbrauchsabgaben sich in der Regel in einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten auswirken.

c) Der Machtzweck: Indirekt wird dieser Endzweck aller wirtschaftspolitischen Erwägungen Davenants erreicht dadurch, daß die starke Bevölkerung die Grundlage für die wirtschaftliche Macht des Staates und damit auch für seine politische Machtstellung ist.

Direkt wird die politische Macht des Staates bedingt durch die Zahl der Soldaten, über die der Landesherr verfügen kann. Reiche Länder sind für Davenant, welche nicht die genügende Volkszahl hatten, immer eine Beute des Stärkeren geworden (I/74), daraus ergibt sich für England, das von der Natur reich bedacht worden ist, auch aus diesem Grunde der Zwang, seine Bevölkerung zu vermehren. Bevölkerungsvermehrung unter diesem Gesichtspunkt heißt für Davenant besonders Begünstigung fremder Einwanderer, die als „afflicted and oppressed part of mankind" natürliche Verteidiger der freiheitlichen Institutionen Englands werden (I/75); die andererseits, da die dichtere Bevölkerung von Davenant als Triebfeder des wirtschaftlichen Fortschritts angesehen wird, durch ihre Zuwanderung die heimische Bevölkerung vor der Verweichlichung bewahren helfen und ihre Widerstandskraft gegen äußere Feinde stärken (I/74).

6. Die starke Bevölkerung ist für Davenant die Vorbedingung ökonomischen Fortschritts und damit auch der politischen Macht, die schwache Bevölkerung verhindert die Entwicklung der Produktivkräfte und verursacht direkt oder indirekt Absinken des Landes zu politischer Ohnmacht. „It is perhaps better that a people should want country than that a country should want people" (I/73).

B. Der Grund und Boden.

1. Für Davenant erscheint der Grund und Boden als die Sachunterlage der Wirtschaft überhaupt. Er ist das „medium", das vermöge von Arbeits- und Kapitalaufwand den „superlukration of wealth" ergibt. The land is to yield the product which product is to yield the wealth (I/174). Der Boden ist für Davenant letzte Quelle aller Gütererzeugung, die Bedingung für jede Produktion überhaupt. Seine Ansichten sind an dem noch durchaus agrarischen Charakter des merkantilistischen England orientiert,

von dem das von ihm zitierte Kingsche Schema ein Bild gibt (vgl. II/216). Auf agrarischer Basis beruhte auch die Wolltucherzeugung, deren Ausbildung seit dem Mittelalter nachdrücklich betrieben wurde, wie auch die monopolartige Versorgung des europäischen Kontinents mit den Produkten der englischen Wollweberei. Die Ausdrücke „manufactures" und „Wollerzeugung" erscheinen als synonyme Begriffe; sie werden direkt als „product of the land" (I/256) bezeichnet.

Als die „principal constituent parts of England's strength" erscheinen ihm: „Wool, corn and our mines", und „it is by the well ordering and wise disposition of these branches of our wealth, that we are to be Gainers in the Balance of Trade" (II/174).

2. Das Land als räumliche Grundlage der Produktion ist Wertänderungen ausgesetzt, die ihre Ursache finden in der Parallelität der Bewegung zwischen Außenhandel und Landwirtschaft. Bei günstigem Handel erzielt der Landwirt höhere „rents", es kommt aber nicht auf die Privaterträge an, sondern den „general rental". Der „wealth which has flowed in to us by our Foreign Trade" (II/221) steht zu letzterem in kausaler Beziehung; der general rental stieg vom Elisabethanischen Zeitalter bis zum ausgehenden 17. Jahrhundert von 6 Mill. £ auf 14 Mill. £ (II/221). Dieser Zuwachs an Erträgen wird wie ein Wertzuwachs an Grund und Boden bewertet, proportional der Ertragssteigerung ging im Laufe des 17. Jahrhunderts eine Wertsteigerung des Grund und Bodens von 72 Mill. £ auf 252 Mill. £ (I/359 ff.), die als Beweis für das Gedeihen des Außenhandels gelten.

Wie ist der Begriff der „rents" und des „general rental" zu fassen? Auf Davenant trifft auch das Urteil Schachts zu, daß man bezüglich der merkantilistischen Anschauungen von der Grundrente sagen könne, daß dieselben nur einen landwirtschaftlichen Reinertrag im ganzen kennen (Schacht, a. a. O., S. 80)[1]).

a) Das durch den günstigen Außenhandel einströmende Geld wird in erster Linie in Grund und Boden angelegt, wird vor allem verwandt zur Ausweitung der Weidewirtschaft, um mehr Rohstoffe für die auf den Export ausgerichtete Wollmanufaktur zu schaffen. Die Steigerung der Reinerträge, herbeigeführt in horizontaler Richtung durch Ausweitung der Erzeugung, erscheint ursächlich bedingt durch die Bevölkerung in ihrer Eigenschaft als Inbegriff von Arbeitskräften. Rentensteigerung durch ver-

[1]) Auch Petty erklärt die Rente als landwirtschaftlichen Reinertrag (vgl. Taxes and Contr., S. 29).

mehrte Getreideproduktion erscheint sekundär gegenüber jenem primär zu verfolgenden Ziel[1]).

b) Es ist zu untersuchen, ob Davenant dem Konsum der Bevölkerung einen bestimmenden Einfluß auf den landwirtschaftlichen Reinertrag zuschreibt. Nach Schacht ist er einer der späteren merkantilistischen Schriftsteller, bei dem der Konsumtionsbegriff aufdämmert und der, allerdings ohne seine Gedanken weiter auszubauen, zum ersten Male die Bedürfnisse des Menschen als das treibende Element, die Grundlage aller Wirtschaft hinstellt (vgl. Schacht, a. a. O., S. 96; 101).

Eine Einsicht in das Wesen der Konsumtion glauben wir nach zwei Richtungen feststellen zu können:

aa) Davenant erkennt die Bedeutung des ausländischen Konsums für den heimischen Gewerbefleiß, ist jener nicht vorhanden, so kann das Heimatland nicht exportieren und muß einen Preisfall seiner Exporte hinnehmen. Die Nachfrage des Auslandes hielt den Preis der Manufakte in der Kriegszeit hoch (vgl. I/379).

bb) Der Konsum des Inlandes ist, wie Davenant wiederholt nachdrücklich betont, bedeutungslos für den heimischen Gewerbefleiß (z. B. I/99; II/147); umgekehrt erscheint der Absatz der Manufakturerzeugnisse innerhalb der eigenen Grenzen als unproduktiv. Davenant erkennt jedoch den Einfluß des Verbrauchs der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf den Reinertrag, steigende Bevölkerung bewirkt Rentensteigerung in vertikaler Richtung durch Preiserhöhung. Es heißt I/46/47: „Where the numbers of people are, generally speaking, there are the manufactures and consumption of home commodities; there is the wealth and trade, and there land improves and rents are highest.“ Hier ist die Wirkung der Bevölkerung auf den Reinertrag in zweifacher Hinsicht zum Ausdruck gebracht.

I/59 f. gewinnt Davenant neben Beweisen aus der Antike ein Argument gegen die damals häufige Meinung, daß London ein zu großer Kopf für den Staatskörper sei (vgl. An-

[1]) Unklar erscheint die Stelle I/16: The price of land, value of rents and our commodities and manufacturies will rise and fall as it goes well or ill with our foreign trade. Renten- und Bodenwertsteigerung erscheinen als Folge der Produktionsausdehnung durch erhöhte Kapitalanlagen, die durch größere Geldzuflüsse ermöglicht werden. Letztere bedingen aber auch ein von dem normalen abweichendes Verhältnis der Geldmenge zu den umzusetzenden realen Objekten. Es resultiert also eine Warenpreissteigerung.

derson, a. a. O., II/617). „There is not an acre of land in the country be it never so distant, that is not in some degree bettered by the growth, trade and riches of that city." Es kann zweifelhaft sein, ob er der größeren Konsumkraft der dort zusammengeballten Menschen diesen Einfluß zuschreibt oder der Eigenschaft der Stadt als Sammelpunkt der im Handel gemachten Gewinne, die von dort dem Lande als Geldkapital wieder zuströmten.

Die Rentensteigerung durch Konsumausweitung tritt jedoch weit zurück gegenüber jener durch Ausdehnung der gewerblichen Produktion. Eine Kollision ergibt sich durch das von Davenant propagierte Akzisenwesen, das bestimmt ist, die auf dem Lande ruhenden direkten Lasten zu mindern, aber, da es Konsumeinschränkungen zur Folge hat, wieder Rentenminderung bedeutet (siehe unten S. 96 f.).

3. Zu einer weiteren Differenzierung der den landwirtschaftlichen Reinertrag bildenden Faktoren gelangt Davenant nicht, insbesondere erkennt er nicht die Natur der Grundrente als Differentialerscheinung im Einkommen der Grundbesitzer, wenn ihm auch die Faktoren, die das Entstehen von Bodenrenten hervorrufen, teilweise bekannt sind.

Er ist sich der Tatsache bewußt, daß auf einer gegebenen Fläche Landes durch Mehraufwand von Kapital und Arbeit sich bestimmte Mehrerträge gewinnen lassen. Es ist bei Davenant aber nicht davon die Rede, daß diese Steigerungsfähigkeit der Produktivität eine bestimmte Grenze hat, von der ab sie nicht mehr im Verhältnis zum quantitativen Aufwand wächst. Er konnte auch gar nicht zu dieser Erkenntnis kommen, da die Möglichkeit einer Produktionssteigerung nicht ausschließlich von dem Maße abhing, in dem es gelang, auf dem gleichen Boden erhöhte Erträge zu erzielen, solange es eine vor Augen liegende Tatsache war — und diese interessierte die Merkantilisten in erster Linie —, daß eine Vermehrung der Bodenprodukte durch Heranziehung noch unbebauten Bodens zu erreichen war (vgl. das Kingsche Schema II/216). Zunehmender Handel und wachsende Bevölkerung werden nicht zu zusätzlichen Aufwendungen auf dem alten Boden führen, sondern neue Böden in Kultur nehmen lassen: „There is hardly, any sort of ground which numbers of men will not render fertile" (II/221), heißt Urbarmachung bisher wüster Flächen. Andererseits ist zu bedenken, daß die Davenantsche Parallelbewegung von Handel und Landwirtschaft grundsätzlich abgestellt ist auf Ausweitung der Wollerzeugung, diese konnte nur stattfinden

durch Inangriffnahme neuer Böden, d. h. Schaffung neuer Weiden.

Wohl ist Davenant bekannt, daß die Fruchtbarkeit der Böden eine verschiedene ist, er erkennt jedoch nicht hierin den Grund für das Entstehen einer Rente, sondern spricht nur von relativ geringeren Erträgen der schlechteren Böden. Daraus folgert er, daß ein Steigen des general rental parallel gehen kann mit teilweise sinkenden Privaterträgen, und erklärt die ständigen Klagen über sinkende Erträge von 1666—1688 als von sekundärer Bedeutung gegenüber dem Ansteigen des Gesamtreinertrages (I/361 ff.).

Verschiedenheit der Lage des Bodens erregt Davenants Interesse nach zwei Richtungen:

a) Er deutet eine relativ größere Reinertragssteigerung an, die von in der Nähe einer großen Stadt gelegenen Grundstücken zu erwarten ist (I/74). Er scheint damit hinzuweisen auf eine Einwirkung der starken Konsumkraft einer konzentrierten Bevölkerungsmasse auf die Reinerträge; es kommt aber auch eine Anlehnung an das schon von Petty erwähnte Argument in Betracht, daß die Renten dort mehr steigen „by reason of the pleasure and honour extraordinary of having land there" (vgl. Petty, Taxes and Contr., S. 36).

b) Die Unterscheidung von Highlands und Lowlands gibt die Gewähr, daß eine Mißernte sich nicht auf das ganze Land erstrecken kann, versagen die einen, so liefern doch die anderen Erträge, die nicht die Kingsche Regel eintreten lassen, d. h. die Tatsache, daß bei einem bestimmten Ernteausfall eine progressive Preisverschiebung stattfindet (II/224). Sich wiederholende Mißernten können trotzdem die Einfuhr vom Getreide zu hohen Preisen unter entsprechend starker Belastung der Handelsbilanz möglich machen, und sehr zum Vorteil der Holländer, die das englische Getreide billig aufkaufen, um es in Notzeiten wieder teuer abzugeben. Damit begründet Davenant seine Forderung nach Errichtung von Getreidemagazinen, die im Falle von Mißernten einerseits das Geld im Lande halten, andererseits eine Verteuerung des Lebensunterhaltes und damit auch Produktionskostensteigerung in der Manufaktur verhindern (II/226).

Davenant lehnt damit die von Wilhelm III. 1689 inaugurierte Getreidehandelspolitik ab, die davon ausging, daß die Ausfuhr bei niedrigen Inlandspreisen von Vorteil sei und bei dem Heruntergehen unter einen bestimmten Satz sogar prämiiert werden müsse. Davenant will einer solchen Ausfuhrprämienpolitik die Errich-

tung von Kornhäusern durch Privatunternehmer, denen er, vorausgesetzt daß sie das öffentliche Wohl im Auge haben, ihren Gewinn gönnen will, vorziehen (II/226). Der Getreidepreis ist also durch eine innere Getreidehandelspolitik zu regeln (vgl. auch V/424 ff.) [1]).

Interessant ist die Benutzung der Kingschen Regel zur Feststellung der fehlenden Getreidequantitäten; Davenant schließt also z. B. bei einer 10 proz. Preissteigerung auf einen Ausfall von 5 %, bzw. bei einer 30 proz. auf einen solchen von 10 %. Wenn auch erfahrungsgemäß von einer derartigen progressiven Steigerung der Getreidepreise keine Rede sein kann, so wird doch die Regel damals bei Berücksichtigung psychologischer Motive, der geringen Mannigfaltigkeit der angebauten Bodenfrüchte und den unausgebildeten Verkehrsmitteln, eine gewisse Berechtigung gehabt haben; die Verwendung der Regel in dieser Richtung bezeugt die Unvollkommenheit der damaligen statistischen Hilfsmittel.

4. Das Kingsche Schema macht die Bedeutung der Viehzucht in der damaligen Zeit klar. Die Renten vom Weideland übertrafen die vom Kornboden um mehr als das Doppelte (5,2 bzw. 2,2 Mill. £). Dieses Verhältnis veranlaßt Davenant zu der Forderung, den Boden mehr als Weideland zu benutzen statt als Anbaufläche. Als Antriebsmittel kommt für Davenant der Import billigen irischen Viehs in Frage, „it will encourage improvements and melioration of barren land“ (II/257) und gleichzeitig die in den Manufakturen Beschäftigten mit billigem Fleisch versorgen.

Besonderes Interesse erregt die Pferdezucht um der günstigen Exportmöglichkeiten willen (II/229), die Schafzucht als Rohstofflieferant für die Wollmanufakturen.

5. Von Bedeutung erscheint auch das Land als Träger nicht ersetzbarer Stoffe, die Minen sind die „Eltern“ des Handels. Wenn der Wert der bergbaulichen Produktion nur 800 000 £

[1]) Nach Davenants Angaben hat Holland im Durchschnitt der Jahre 1699—1710 für 150 000 £ englisches Getreide bezogen (V/424).

Der Zweck der Getreidemagazine erscheint ein anderer als bei Petty, der aus der Verschiedenheit der Auffassung beider über die Inzidenz der Verbrauchssteuer resultiert. Nach Petty sollen sie einen hohen Preis des Getreides garantieren, da nur dann die Arbeiter zur Arbeit angetrieben werden; nach Davenant ist aber ein niedriger Getreidepreis das durch die Errichtung von Getreidemagazinen angestrebte Ziel, da andererseits Lohnerhöhungen folgen müssen (vgl. Petty, Pol. Ar. Ch. II).

beträgt, so scheint sie Davenant großer Verbesserungen fähig zu sein. Allerdings hat sich die öffentliche Hand für die Ausbeutung zu interessieren und gegebenenfalls durch Anleihen das nötige Kapital zusammenzubringen (II/231[1]).

6. Die hohe Bedeutung, die Davenant dem Fischfang zukommen läßt, wurde bereits erwähnt, wie überhaupt die Fischerei für die Entwicklung der westeuropäischen Länder im Zeitalter des beginnenden Kapitalismus eine ziemliche Bedeutung gehabt hat. Für Holland sieht Davenant in ihr „the golden mine of the commonwealth". Hebung der Fischerei würde bedeuten Schaffung eines idealen Exportartikels, der keine erheblichen Produktionskosten verursacht (vgl. I/427 ff.).

C. Das Gewerbe.

1. Davenants Erörterungen über das Gewerbe sind an der Tatsache orientiert, daß es der englischen Politik seit dem Ausgang des Mittelalters gelungen war, den einheitlichen Wirtschaftsvorgang der Tucherzeugung von der Wolle bis zum Absatz für das Land zu behalten, und den ganzen Ausfuhrhandel durch Überwachung und Reglementierung auf den Export dieses nationalen Produkts, von Davenant als „basis of our trade and first spring of our dealings" (I/88) bezeichnet, einzustellen[2]).

Die Bedeutung der Wollmanufakturen sieht er in folgenden Faktoren:

a) Der Rohstoff wird im Lande erzeugt, die Wollschafzucht ist der hauptsächlichste unter den erwerbswirtschaftlichen Zwecken der englischen Landwirtschaft. Geld für Materialbezug braucht nicht ins Ausland zu gehen, in dieser Hinsicht wird die Abhängigkeit von fremden Staaten nicht vermehrt.

b) Die Verarbeitung des Rohstoffes im eigenen Lande schafft der Bevölkerung Arbeit, insbesondere können bisher untätige Arbeitsfähige und Immigranten herangezogen werden. Den 2 Mill. £ jährlicher Rohstofferzeugung wird durch Arbeitsaufwand ein Wert von 6 Mill. zugesetzt: „This branch of our product is very large, and of the highest importance" (II/234).

---

[1]) Später jedoch sollte das englische Zinn dank der geänderten Geschmacksrichtungen Absatzschwierigkeiten im Auslande begegnen mit entsprechendem Preisfall (vgl. V/421).

[2]) Die Wollwarenausfuhr macht nach Davenants Angaben $^2/_3$ des Gesamtexports aus, der Anteil des Tuches am aktiven Handelsverkehr mit Holland steigt beispielsweise von 52% 1669 auf 95% 1703 (vgl. II/200; II/234; V/405 ff.).

c) Klimatische Vorzüge geben dem Lande ein natürliches Monopol in der Herstellung von feinen Tucherzeugnissen, deren Güte in keinem anderen Lande erreicht werden kann.

Besondere Bedeutung schreibt Davenant dem Monopolwesen in der Förderung der Manufakturen zu, ohne das England wahrscheinlich noch auf der Stufe des reinen Agrarstaates stehen geblieben wäre (V/148).

2. Der heimische Konsum ist für Davenant von keinerlei Bedeutung für die Entwicklung der Wolltuchherstellung, nur die Exportproduktion bringt nationalen Gewinn[1]), nur in diesem Sinne ist das Gewerbe eine der drei Säulen, auf denen das Wirtschaftsleben des ganzen Landes ruht (I/269); in diesem Sinne ist es wie das Brot für den menschlichen Körper von vitaler Bedeutung für die Ernährung des staatlichen Körpers.

3. Ist somit der Wollwarenexport lebenswichtig für Bestand und Entwicklung der heimischen Volkswirtschaft, so kommt Davenant auch zu der Erkenntnis, daß ungünstige Produktionsbedingungen zu ungünstiger Beeinflussung der Handelsbilanz führen müssen. Sein Hauptaugenmerk konzentriert sich auf das Problem, die Produktion so zu gestalten, daß die Konkurrenzfähigkeit der englischen Wollmanufakte gewahrt bleibt. Erst in seinem letzten Werk erkennt er die Tatsache, daß die einseitige Einstellung der Produktion auf einen bestimmten Zweig Gefahrenmomente in sich trägt und etwaige Absatzstockungen wie in Kriegszeiten zu krisenhaften Erscheinungen und sozialen Umwälzungen in der ganzen Volkswirtschaft führen müssen. In diesem Werk fordert er „diversity of employments" (V/462).

4. Die bereits erwähnte auf natürlichen Gegebenheiten begründete Monopolstellung der englischen Wollmanufakturen scheint ihm doch auf die Dauer nicht die Gewähr für Offenhaltung des Weltmarktes zu bieten. Die damals weitverbreitete Ansicht, daß das englische Wollgewerbe zu teuer arbeitete, spielt hinein (vgl. I/100)[2]). Während Pollexfen aber die Hauptursache in den Belastungen des Handels durch Abgaben und den Kosten der Verschiffung erblickt, ferner in den gestiegenen Löhnen und Materialpreisen, Child das Grundübel in der trotz aller Verbote noch

[1]) It is its exportation abroad and not the consumption of it, that must bring profit to the kingdom (I/88, I/99).

[2]) Pollexfen zeichnet die Konsequenzen wie folgt: If other nations can afford . . . other goods, that may serve for the same uses cheaper than we can, such will be spent and ours will lye by the walls (a. a. O., S. 54).

immer besonders nach Holland stattfindenden Wollausfuhr erblickt, die dort billiger als in England verarbeitet werde (a. a. O., S. 128 ff.), spielt bei Davenant der Kostenfaktor Arbeit eine entscheidende Rolle. Es muß ein Produkt hergestellt werden, das durch seinen Gehalt an billiger Arbeit besonders konkurrenzfähig ist [1]).

Das niedrige Lohnniveau wird erreicht:

a) durch Errichtung von Arbeitshäusern (siehe oben S. 51 f.);

b) durch einen niedrigeren Lebensstandard der Zuwanderer (I/74 ff.);

c) durch Billigkeit der Unterhaltsmittel [2]).

Schwierigkeiten ergeben sich hier nach zwei Richtungen durch die Kollision des Interesses an billigen Arbeitskräften durch Wohlfeilheit der Unterhaltungsmittel und des Interesses an der Verbrauchsbesteuerung mit daraus resultierender Verteuerung der Nahrungsmittel

aa) Holland gegenüber. Wenn auch hier Akzisenbesteuerung herrscht, so verhindert doch die — auch von Petty schon hervorgehobene — bescheidenere Lebensführung seiner Bewohner eine starke Steigerung der Produktionskosten; die englische Konkurrenzfähigkeit auf fremden Märkten mit den Holländern wird dadurch schwer bedroht, zumal in Holland die natürlichen Bedingungen jedenfalls zur Herstellung gröberer Wollsorten gegeben sind (II/200). Den Ausweg sieht Davenant in der Spezialisierung auf den Export von Tuchen aus feiner Wolle, an Stelle wie bisher die auch in anderen Ländern herstellbaren gröberen Sorten auszuführen.

bb) Irland gegenüber. Aus der Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten in England die doppelte Höhe wie in Irland erreichen, ergeben sich für Davenant schwere Bedenken hinsichtlich einer etwaigen irischen Konkurrenz im Wollwarenexport, zumal die irische Wolle in der Qualität der englischen nicht nachsteht und die gleichen günstigen Verarbeitungsbedingungen findet. Der extensive Wirtschaftsbetrieb der Viehzucht ist der geringen Bevölkerungszahl angepaßt, der Boden ist günstig für die Weidewirtschaft und die „stocks of money“ werden nicht zögern zu

[1]) To make England a true gainer by the woollen manufacture, we should be able to work the commodity so cheap as to undersell the market abroad (I/100): . . . to have the woollen manufacture so cheap as that great quantities of our cloth may be exported (I/101, ferner I/109, II/199).

[2]) Er spricht von den Manufakturerzeugnissen, daß sie „must be dearly or cheaply wrought, as corn comes dear or cheap to the common people here“ (V/426).

kommen, da hohe Gewinne locken. Diese Tatsachen lassen eine schwere Schädigung des englischen Außenhandels befürchten, mithin hat die Legislative Präventivmaßnahmen zu treffen (II/252ff.)[1]. Diese von Petty ererbte unfreundliche Haltung Irland gegenüber ist typisch für die damalige Zeit, die jenes Land als „zollpolitisches mißhandeltes Ausland" (Schmoller) anzusehen gewohnt war[2].

5. Neben dem billigen Kostenfaktor Arbeit kommt eine Bereitstellung billiger Rohstoffe in Betracht. Dieses Argument mußte naturgemäß gegen die privatwirtschaftlichen Interessen der Grundbesitzer gehen, die für ihre Renten fürchteten. Aus Davenants Ursachenkonstruktion: Blühender Handel — blühende Landwirtschaft geht aber hervor, daß auf die Dauer hohe Rentenbezüge nur dem durch niedrige Materialkosten der Wollmanufaktur blühenden Exporthandel entspringen können; durch hohe Wollpreise erzielte Renten werden sich selbst aufheben, „it must certainly be prudent in any trade, manufacture or business to render the first material as cheap as possible" (II/38); (vgl. auch II/148).

6. Unter Umständen ist zur Gewinnung neuer Absatzmärkte an eine Prämienpolitik zu denken (II/258ff.).

7. Große Bedeutung kommt auch den amerikanischen Kolonien als Absatzmarkt für Wollerzeugnisse zu. Alles kommt für ihn darauf an, jene „Gottgewollte Abhängigkeit der Kolonien vom Mutterlande" (Brinckmann) in der Versorgung mit Manufakturerzeugnissen aufrecht zu halten, um so dem heimischen Gewerbe enorme Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Es ist ja überhaupt ein charakteristisches Merkmal englischer Kolonialpolitik in der beginnenden Neuzeit, nicht Gold und Silber dem kolonialen Erdboden zu entreißen wie die Spanier, sondern den Absatz englischer Produkte zu erzwingen. Dieses System sieht Davenant gefährdet durch die starke Inanspruchnahme Englands durch seine kriegerischen Verwicklungen und erblickt schwerwiegende politische Folgen durch die Hinwegentwicklung der amerikanischen Kolonien vom Mutterlande, die aus der An-

[1]) No wise state if it has the means of preventing the mischief, will leave its ruin in the power of another country . . . nor can this be thought vigour, it is but a reasonable jealousy of state and only severe wisdom (II/254).

[2]) 1698 begrüßte das House of Peers in einer Entschließung die Entmutigung des irischen Wollgewerbes; 1699 fand jene ihren positiven Niederschlag in der Bestimmung, daß irische Wolle und Wollwaren nur nach England ausgeführt werden dürften (vgl. Anderson, a. a. O., II/642—644).

knüpfung vorteilhafterer Einfuhrbeziehungen entsteht. Noch bedrohlicher ist eigene Industrialisierung und die dadurch dann dem Mutterlande drohende Konkurrenz als industrielles Ausfuhrland. Besonders in Neu-England sind günstige Vorbedingungen zum Aufbau eigener Wollmanufakturen gegeben. Die Voraussetzungen der Weidewirtschaft sind dort günstig; es drohen der englischen Wollwarenausfuhr dorthin schwere Schädigungen nicht allein dadurch, daß die nördlichen Staaten zur Selbstversorgung gelangen, sondern auch die Belieferung der Südstaaten in Angriff nehmen würden. „Frugality and temperance of living" verbürgen niedrige Produktionskosten, der Wegfall der englischen Frachtkosten erhöht die Konkurrenzfähigkeit. Freilich liegt die Ausbildung des eigenen kolonialen Gewerbefleißes, der für ihn ein „Greuel" (Roscher) ist, noch in weiter Ferne, so daß Vorbeugungsmaßnahmen einstweilen nicht nötig sind. Erst nach Ablauf geraumer Zeit gelangt die im jungfräulichen Lande zuerst den Ackerbau betreibende Bevölkerung durch Wachstum und Raummangel zur Errichtung von Manufakturen — anders als List sich den Übergang vom Agrarstaat zum Manufakturstaat denkt: Hier wird das den Ackerbau betreibende Volk durch eingeführte Manufakturwaren zu höheren Lebensansprüchen gebracht, technische Aufgaben werden gestellt, die die Fähigkeit zum Aufschwung zur nächsten Stufe entwickeln, die dann den Bedarf an gewerblichen Erzeugnissen im Lande selbst befriedigt.

8. Historisch gesehen ist die Propagierung der Tuchausfuhr orientiert an der nachlassenden Kriegskonjunktur nach dem Ryswicker Friedensschluß. In den Discourses of the Public Revenues spricht Davenant die Befürchtung aus, daß die gesteigerte Nachfrage nach den Erzeugnissen der englischen Landwirtschaft und Manufaktur nachlassen werde nach dem Eintritt normaler Verhältnisse (I/379). Die einschneidenden Veränderungen in den auswärtigen Absatzgelegenheiten ließen einmal den Gedanken aufkommen, die Kolonien stärker zu beliefern, andererseits eine größere Gewißheit des auswärtigen Warenabsatzes herbeizuführen durch Herabdrückung der Produktionskosten.

9. Interessant ist vom Gesichtswinkel der Unproduktivität des heimischen Konsums aus das Streben, die diesem zugeführten Erzeugnisse der Manufakturen dem Ausfuhrhandel zur Verfügung zu stellen[1]) durch Bezug billigerer, aber das Bedürfnis in dem-

[1]) The natural way of promoting the woollen industry is not to force its consumption at home (I/99); daher konnte Davenant auch die bekannte Ver-

selben Maße befriedigender ausländischer Manufakte. Der Gedanke bricht noch nicht durch, daß der Inlandsverbrauch fördernd und befruchtend auf das Gewerbe einwirken kann. Nur der Außenhandel bringt nationalen Gewinn, Verkauf an das Ausland steht wie bei Mun und Child an erster Stelle, „by what is consumed at home, one loseth only what another gets and the nation in general is not at all the richer“ (I/102).

Ersatz des inländischen Tuchverbrauchs durch importierte indische Textilien ermöglicht durch deren Billigkeit Verbilligung des Lebensunterhaltes der produktiv Tätigen und damit Produktionskostendrückung in der Ausfuhrproduktion. Es ist das grundsätzliche Interesse aller Handelsstaaten, „that their home consumption should be little, of a cheap and foreign growth, and that their own manufactures should be sold at the highest markets and spent abroad“ (I/102). Die somit erzielte Mehrausfuhr ist zum großen Teil reiner Gewinn: „If the people of England are willing and pleased to wear Indian silks and stuffs of which the prime cost in India is not above a fourth part of what their own commodities would stand them in here; and if they are thereby enabled to export so much of their own products, whatever is so saved is clear gain to the kingdom in general“ (I/102).

4. Teil.

Der Luxus.

Die Gesamtbilanzidee bei Davenant steht in genetischem Zusammenhang mit dem aktuellen Tagesstreit um den Geldentzug seitens der Ostindischen Companie. Desgleichen spiegeln sich in seinen Ansichten über den Luxus die Vorwürfe wider, die man den indischen Importen als Luxuszwecken dienend, machte[1]).

Davenant identifiziert sich nicht mit der damals fast allgemein üblichen Anschauung, daß der Luxus abgesehen von den Gefahren für die dem Menschengeschlecht innewohnenden ethischen Werte aus ökonomischen Gründen zu verwerfen sei, „parsimony und frugality als ein bewegender Faktor im Leben der Völker“

---

ordnung Carls I. Leichen in Wollstoffen zu bestatten, um damit den Wollmanufakten erweiterten Absatz zu sichern, nicht billigen (I/99).

[1]) In der Tat fanden die indischen Manufakte großen Anklang dadurch, daß sie den verfeinerten Geschmacksrichtungen besser genügen konnten (vgl. Pollexfen, S. 99: „As ill Weeds grow apace, so these Manufactured Goods from India met with such a kind reception, that from the greatest Gallants to the meanest Cook-Maids nothing was thought so fit, to adorn their persons as the Fabricks of India“).

gelte. (Schacht, a. a. O., S. 94). Das merkantilistische Zeitalter hatte dabei vornehmlich den durch Bezug ausländischer Luxuswaren getriebenen Aufwand im Auge, der im Widerspruch stand zu dem Dogma, daß das Geld im Lande bleiben müsse, bzw. nicht nutzlos ins Ausland strömen dürfe, weniger den mit inländischen Waren getriebenen Luxus. Auch Davenants Äußerungen über den Luxus beziehen sich auf den Gebrauch ausländischer Waren, die er vom Standpunkt seiner Kulturstufe aus als Luxus bezeichnet (vgl. I/391). Seine grundsätzliche Stellungnahme besteht in dem resignierenden Eingeständnis, daß dieser Luxus einmal da sei und daß es unmöglich erscheine, eine Rückkehr zu der einfacheren Lebensweise der Vorfahren durchzuführen, wenn der Trieb zur Verfeinerung der Bedürfnisbefriedigung mit Hilfe ausländischer Erzeugnisse erst einmal festen Fuß gefaßt hat (I/348). So wäre diese Fernhaltung fremder Waren von England wohl in der ersten Zeit seines Eintritts in den Welthandel möglich gewesen, wenn Davenant aber von dem Luxus spricht als einem Übel „grown above the correction of wisdom and the laws", so schiebt er die Hauptschuld dem Staate zu. Dieser hatte aus steuerlichen Gründen ein nicht geringes Interesse an der Einfuhr fremder Waren, die allmählich zu Gegenständen des gemeinüblichen Bedarfs wurden, und die er am leichtesten einem Abgabenzwang unterwerfen konnte (vgl. II/12). Wenn Davenant trotzdem von der Notwendigkeit einer Eindämmung des Luxus spricht[1]) und die Forderung aufstellt, daß eine Nation, die sich diesem Triebe ergibt, von einer Regierung beherrscht werde, „wich may reform their manners and at the same time both promote and direct their industry" (II/32) und dieses Streben einen positiven Niederschlag in der Gesetzgebung finden müsse, so gelten diese Argumente bei ihm nur in einem ganz bestimmten Falle, wenn dieser Luxus sich als „splendid beggary" (I/390) offenbart, wenn sich ein einseitiger Luxus ausbildet, der die unteren Klassen zu unzureichender Lebenshaltung verurteilt, während die oberen Klassen durch verstärkten Bezug ausländischer Befriedigungsmittel ihren Luxus zu steigern vermögen.

Durch den Handel reich gewordene Länder gelangen nach ihm aber unabänderlich zu einem „plentiful way of living", zu einer Verallgemeinerung des ausländischen Güterkonsums, der qualitativ höher steht und dann Bestandteil der normalen Lebenshaltung

[1]) To cure luxury is the honestest and wisest thing in the world (I/391). To banish luxury quite is certainly the most advisable (I/392).

der ganzen Bevölkerung wird; Luxus ist für Davenant also das Ergebnis einer natürlichen Entwicklung.

In beschränktem Maße können auch Länder, die über einen guten Boden verfügen, der Erzeugnisse über den Bedarf der Einwohner hinaus hervorbringt, sich eine Verfeinerung ihrer Lebensgewohnheiten leisten, da der zu Ausfuhrzwecken zur Verfügung stehende Überschuß den Geldabfluß kompensiert (I/348). Ein Handelsstaat wie Holland darf trotz seiner großen Handelsgewinne aus politischen Gründen diese nicht vollständig für Luxuszwecke wieder außer Landes gehen lassen; ein Land aber wie England, — hier liegt der springende Punkt — das derartige Rücksichtnahmen bei seiner isolierten Lage nicht kennt, das große Mengen eigener Erzeugnisse zu Ausfuhrzwecken zur Verfügung hat, das vor allen Dingen in dem Zwischenhandel die Möglichkeit hat, große Gewinne zu machen, kann ohne Gefahr Luxuswaren importieren[1]). Davenant macht hier eine Ausnahme von seinem allgemeinen Grundsatz. Luxusgesetze würden nicht helfen, würden vielmehr Diebstahl und Schmuggelei begünstigen. Hat dieser Drang zur Bedürfnisverfeinerung festen Fuß gefaßt, ist es unmöglich ihn auszurotten, gereicht aber auch nicht zum Schaden, ist vielmehr dank der Stärke seines Auftretens geeignet, den Drang zum Reichtumserwerb im Außenhandel zu stimulieren[2]). Dem Luxus wird also von Davenant ein starker Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung zugerechnet, er ist mit ein wesentliches Mittel zur Hintanhaltung wirtschaftlicher Stagnation und damit wirtschaftlichen Rückschritts.

In seinen späteren Untersuchungen über die römischen Staatsausgaben streift Davenant den Gedanken, daß zunehmender Luxus sich auch negativ auswirken kann, das ausgehende Römertum liefert dem historisch gebildeten Davenant den Beweis, daß er zur Entsittlichung ganzer Gesellschaftsklassen führen kann (vgl. III/50) mit nachfolgender Unterwerfung durch jugendstarke Völker. Emporentwicklung der Nation bedeutet für Davenant ein Ringen zwischen den frischen Impulsen, den zunehmender Luxus der Wirtschaft gibt, und den Hemmnissen, die in der Möglichkeit der Verweichlichung liegen. Aus diesem Grunde erscheint denn auch seine Forderung verständlich, den kriegerischen

[1]) In such a nation, some excess and luxury is rather the sign and effect of great present wealth than the cause and forerunner of future poverty (I/390).

[2]) We should not be so stirring and inventive but for our inclination to foreign vanities (I/391).

Geist in der Bevölkerung wachzuhalten, „for if they are grown soft and luxurious by a long peace their wealth will invite over to them invaders from abroad and their being effeminate will make the conquest easy“ (I/353).

5. Teil

Das Freihandelsargument bei Davenant.

A.

1. Ausgangspunkt der freihändlerischen Ideen Davenants ist sein Streben, den heimischen Wolltuchkonsum, der als unproduktiv erkannt wird, durch billigere indische Textilerzeugnisse zu befriedigen. Die freigesetzten Mengen der Wollmanufakte können gewinnbringend exportiert werden und kompensieren die Kosten der an ihrer Stelle bezogenen indischen Kattune und Seidenwaren um ein Vielfaches. Parallel geht eine Verbilligung der Lebenshaltung, die — nicht Selbstzweck — die Möglichkeit der Herabdrückung der Produktionskosten im Exportgewerbe gibt.

2. Unmittelbarer Anlaß zu den freihändlerischen Gedanken Davenants wurde die Überschwemmung des englischen Marktes mit indischen Stoffen um die Wende des 17. Jahrhunderts, besonders dank des Konkurrenzkampfes der alten Ostindischen Companie und der 1698 privilegierten English Company trading to the East Indies. Protektionistische Stimmen wurden in erhöhtem Maße laut, die an den Gedankengängen des orthodoxen Merkantilismus orientiert, die Handelspolitik auf die Fernhaltung aller fremden Manufakturerzeugnisse abgestellt wissen wollte. Eine ganze Flugschriftenliteratur, Pollexfen an der Spitze, einer der einflußreichsten Feinde der Ostindischen Companie (Wissel, Compendium on East India Affairs, zit. bei Thomas, a. a. O., S. 69), wies auf die Schädigungen hin, die dem heimischen Gewerbefleiß durch die Einfuhr fremdländischer billiger Stoffe erwachsen mußten. Die bisher die Nützlichkeit dieses Imports rechtfertigtenden Beweisgründe Davenants konnten nicht mehr durchdringen: Daß das reiche England sich diesen Luxus erlauben könne und ein Kampf gegen diesen aus psychologischen Gründen aussichtslos sei, daß das als Gegenwert abfließende Edelmetall im Rahmen der Gesamtbilanz vervielfältigt wieder hereinströmen würde. Die Erregung über die um die Jahrhundertwende stark zunehmenden Gold- und Silberexporte nach Indien mußte mit stärkeren Argumenten niedergekämpft werden.

3. Freier, d. h. von Verboten bzw. prohibitiven Maßnahmen unbeschwerter Handel mit den Erzeugnissen Indiens wird für Davenant direkt durch die göttliche Vorsehung gefordert. Diese schuf differenzierte Produktionsbedingungen in den verschiedenen Ländern und gestaltete besonders die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit sehr unterschiedlich. Damit deutete sie positiv an, daß dank der verschiedenen Ausstattung der Erdräume die Produktion an der Ausnutzung der günstigsten Produktionsbedingungen orientiert sein müsse, negativ, daß die Entwicklung von Manufakturzweigen, zu denen das Land von der Natur nicht bestimmt ist, trotz protektionistischer Maßnahmen von Anfang an zur Verkümmerung verurteilt sei[1]).

In der ihm eigentümlichen deistischen Anschauung, daß Gott jedem Lande verschiedene Gaben und Produkte zugeteilt habe, berührt sich Davenant mit anderen Vertretern des späteren englischen Merkantilismus (vgl. Mombert, Geschichte der Nationalökonomie, S. 143).

Aus dem Gedanken der internationalen Produktionsdifferenzierung zieht Davenant folgende Konsequenzen:

a) England ist von der Natur in erster Linie zum Standort der Wollmanufaktur ausersehen worden, die klimatischen Verhältnisse gestatten die Herstellung eines sehr feinen Tuches, die günstige geographische Lage erleichtert den Transport ins Ausland. Auf dieses Ausfuhrprodukt hat England sich zu spezialisieren, die Produktivkräfte zu entwickeln, die eine gütige Vorsehung ihm verliehen hat. Englische Qualitätstuche sind herzustellen, die die Gewißheit des Absatzes im Auslande haben. Davenant weist dem Staate die Aufgabe zu, zu veranlassen, daß Arbeit und Kapital dem Wollgewerbe in erster Linie zufließen und nicht „objects unprofitable and perhaps dangerous to the public“ (I/107).

b) Negativ ergibt sich die Forderung, den weisen Anordnungen der Vorsehung nicht zu widersprechen und sich auf die Entwicklung der Produktivkräfte zu beschränken, die das Land einer besonderen Gunst der Natur verdankt. Es erscheint Davenant in höchstem Grade unproduktiv, die Arbeitskräfte einem Produktionszweig zuzuführen, dessen Erzeugnisse in geeigneteren Ländern

[1]) And as it is a great folly to compel a youth to that sort of study to which he is not adapted, so it can never be wise to endeavour the introducing into a country either the growth of any commodity or any manufacture for which nor the soil nor the general bent of the people is proper (I/104 f.).

mit der gleichen Zahl der Arbeitskräfte zu relativ geringeren Kosten hergestellt werden können. Die Wirtschaft wird um so viel ärmer, als Arbeit und Kapital in dem künstlich gehaltenen Wirtschaftszweig geringeren Nutzen bringen, als sie an der von der Natur zugewiesenen Stelle, produktiver verwandt, bringen würden. Solche Waren sind zu importieren, die bisherige eigene Produktion derselben aufzugeben, die Arbeitskräfte in der dem Lande angepaßten Manufaktur zu verwenden. Die Spannung zwischen den höchsten und niedrigsten Produktionskosten eines einzelnen Produktionszweiges in verschiedenen Ländern findet ihre Ursache in der Ungleichheit der Arbeitsverhältnisse und den Bedingungen, zu denen die Sachunterlagen der Produktion zur Verfügung stehen.

4. Aus obigem ergibt sich, daß

a) die Aufrechterhaltung der Seidenindustrie in England etwas Unnatürliches ist, Seide ist das Erzeugnis eines wärmeren Klimas — being not calculated for our meridian — (I/108), so daß in England hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit der Seidenmanufakte die Frachtkosten des Rohstoffes entscheidend ins Gewicht fallen. Andererseits sind andere Länder wie Frankreich, Holland und Italien durch ihre billigeren Arbeitskräfte stets in der Lage, Seidenerzeugnisse billiger herzustellen als England. Das Wohl der Nation erfordert, die Seidenmanufaktur im Lande ganz aufzugeben, die dort verwendeten Kapitalien und die Arbeitskräfte in nutzbringenderen Manufakturen, also besonders der Wollindustrie, zu verwenden. Da die Bevölkerung auch noch fernerhin Seidenerzeugnisse verlangen wird und Luxusverbote kaum Wirkung haben werden, ergibt sich die Forderung, den englischen Markt den indischen Seidenwaren nicht zu verschließen, denn diese sind noch billiger als die Hollands, Frankreichs und Italiens (I/107 ff.).

b) Auch die Leinenmanufaktur ist um des Gedankens der internationalen Produktionsdifferenzierung wegen aufzugeben: „This manufacture is proper only for countries where they can have flax and hemp cheap, and where the common people work at very easy rates“ (I/110). Lieber sollen die Arbeitskräfte zur Wollwarenerzeugung verwandt werden, lieber sind in diesem Manufakturzweig, der in England äußerst günstige Bedingungen findet, Verbesserungen anzubringen, statt diese in der Leinenmanufaktur zu versuchen, die der Nation doch nicht zum Vorteil gereichen würden. Hinzu kommt, daß die Errichtung eigener Leinenmanufakturen dem Absatz der Wollwaren in einigen Ländern Schwie-

rigkeiten bereiten würde, deren Ausfuhr ganz auf den Export von Leinenwaren eingestellt ist, und die, wollte England dieses Produkt nicht aufnehmen, auch auf den Import englischer Wollmanufakte verzichten müßten. Die Erkenntnis, daß eine Basierung des Außenhandels auf einseitig aktiven Ausfuhrbeziehungen unmöglich ist, erfährt ihre Begründung vom Standpunkt der internationalen Produktionsdifferenzierung.

c) Interessant ist die Überschneidung der in freiheitlicher Richtung gehenden Gedanken Davenants durch die auch ihn beherrschende Idee der kolonialen Ausbeutung, die er auch Irland gegenüber in Anwendung bringen will. Er spricht angesichts des damals populären Strebens nach Freimachung von französischen Importen von einer evtl. Ermutigung des irischen Flachsbaues zwecks Verringerung der französischen Leineneinfuhr[1]). In der Tat scheint die gegenseitige Sperrung des englischen und französischen Marktes schutzzollartig die Entwicklung einer irischen Leinenindustrie, begünstigt durch England, gefördert zu haben, denn im ersten Report to the Commissioner spricht er von ihrem ständigen Wachstum und daß sie geeignet sei, die Zufuhr französischer Leinenwaren zu ersetzen (V/371; I/453).

d) Schwierigkeiten werden sich dem Übergang der Arbeiter von dem Gewerbezweige, in dem das Ausland England durch Nutzung günstiger Produktionsbedingungen überlegen ist, zu der Wollmanufaktur kaum in den Weg stellen, wenngleich das Interesse der Arbeiter mehr gewahrt bleibt, wenn dieser Übergang in Zeiten des Aufschwungs erfolgt und nicht in Zeiten krisenhaften Gepräges, „when business is scarce and trading dull" (I/95).

Mit diesen Argumenten wird die schon von Petty erhobene Forderung erfüllt, fremde Waren nicht zu verbieten, die im Lande nicht produziert werden können, wenn die Arbeitskräfte auf die Produktion von exportablen Waren umgestellt werden können, die noch mehr als jene kaufen können (Pol. Anat., S. 356).

5. Davenant erkennt jedoch, daß dem Wolltuchexport trotz der günstigen Produktionsbedingungen kein unbegrenzter Spielraum gegeben und eine Gewißheit des Absatzes nicht immer vorhanden ist; er sieht die Möglichkeit eines Wandels in der Aufnahmefähigkeit und Aufnahmewilligkeit der bisherigen Absatzgebiete durch die Errichtung eigener Wollmanufakturen, die jedoch niemals die englische Qualitätsarbeit erreichen und das feine

[1]) Auch das House of Peers begrüßte in einer Resolution die Ermutigung des irischen Flachsbaues (vgl. Anderson, a. a. O., II/642).

englische Tuch nachahmen können, wohl aber gröbere Sorten fabrizieren können, die, sollten erstere einen übermäßig hohen Preis erreichen, die bisherigen Absatzgebiete veranlassen könnten, „to content themselves with what they can make at home" (I/101). Besondere Sorge bereiten Davenant die neuen Erwerbungen Hollands in Flandern, da der Boden dort als zur Schafzucht günstig geeignet erscheint (V/459).

Niedrige Produktionskosten, vor allem billige Arbeit, sind nicht nur erforderlich, um den Absatz zu heben, sondern auch um etwaigen Gegenmaßnahmen der Empfangsländer, die zu einer Quelle krisenhafter Erscheinungen in der eigenen Volkswirtschaft werden könnten, entgegenzutreten, „that we may be able to under-sell all nations and discourage all people from setting it up" (I/101). Freie Einfuhr indischer Textilerzeugnisse gewinnt also um ihrer die Produktionskosten senkenden Wirkung willen eine erweiterte Bedeutung.

6. Die gleichen Argumente, die oben die Einfuhr indischer Erzeugnisse willkommen heißen ließen, gelten auch für den Fall, daß der Import unter dem Gesichtswinkel der internationalen Produktionsdifferenzierung gewünscht wird: Daß Verbilligung des heimischen Konsums mit entsprechender Produktionskostensenkung in der Wollindustrie eintritt, daß größere Ausfuhrquantitäten in letzterer geschaffen werden, daß dank des traditionellen englischen Freiheitsgefühls Luxusgesetze eine enge Grenze finden und trotz des Verbots, durch den Schmuggelhandel stark verteuert, indische Waren fernerhin auch noch importiert werden, daß sie große Bedeutung für den gewinnbringenden Zwischenhandel haben[1]).

7. Davenant stellt sich den um die Wende des 17. Jahrhunderts besonders stark hervortretenden protektionistischen Ansichten orthodoxer Merkantilisten entgegen: Diese erstrebten Erhaltung aller bestehenden Gewerbezweige, Davenant nur derjenigen, die auf Grund der internationalen Produktionsdifferenzierung zur Existenz berechtigt sind. In betonter Anlehnung an

[1]) If 100 000 £ prime cost to India brings home so many goods as stand in the stead and supply the room of 400 000 £ of our own manufactures, it must certainly be advisable not to prohibit such a trade, but rather to divert the wool used in these our home manufactures, and craft, labour and industry employed about them, to the making fine broad cloth, coarse and narrow cloths, stuffs and other commodities fit for sale in foreign markets; since it is an indoubted truth, that 400 000 £ worth of our native goods sold abroad does add more to the nation's general stock and wealth than 4 Millions worth of our home product consumed within the kingdom (I/103/4).

die dem Merkantilismus eigentümliche universalistische Grundrichtung haben privatwirtschaftliche Interessen gegenüber dem überindividuellen Staat zurückzutreten. Versorgung der Volkswirtschaft mit billigen Konsumartikeln ist das primär zu verfolgende Ziel. I/103: „The body of a trading nation collectively considered is to look out where foreign goods are to be had at the lowest prime cost" (vgl. V/378).

Die verschiedene Ausstattung der Erdräume ist für Davenant eine bewunderungswürdige Einrichtung der Vorsehung, daraus folgt in logischer Folgeziehung die deistische Begründung des free-trade: „Providence intended they should be helpful to each other and mutually supply the necessities of one another" (I/104).

a) Wegen der naturgesetzlichen Bedingtheit des Handels ist jedes Eingreifen der gesetzgebenden Gewalt, um ihn aus seinen natürlichen Bahnen zu drängen und ihm eine andere Richtung zu geben, zu verurteilen (V/452)[1]). Die Ordnung der Vorsehung, das Walten der Natur wird ihn seinen Weg finden lassen, der für den Staat am vorteilhaftesten ist, mögen private Interessen auch zuweilen darunter leiden.

b) Das Bestehen weniger sich auf den Handel beziehender Gesetze ist ein Zeichen, daß die Nation gedeiht (I/99), und um eine günstige Bilanz zu erzielen, dürfen prohibitive Maßnahmen und starke Zollbelastungen nur dort angewandt werden, wo sie unumgänglich nötig sind, beispielsweise Vergeltungsmaßnahmen darstellen (V/391). Beide sind immer geeignet, ein Glied aus jener Kette zu sprengen, die alle Handelszweige der Erde umschließt (V/379); solche Maßnahmen bedürfen gründlicher Überlegung, denn ihre Wirkung ist immer eine Ablenkung der von der Natur geschaffenen Kanäle des Handels, die dem Lande sehr zum Schaden gereichen kann (V/383).

B.

1. Aus praktischen Erwägungen heraus kommt Davenant auf einem Teilgebiet des auswärtigen Handels zur Abkehr von dem doktrinär-merkantilistischen Produktionsstandpunkt mit der Tendenz, die Einfuhr indischer Textilmanufakte zu begünstigen, einmal um innerwirtschaftlicher Wirkungen willen, dann um des gewinnbringenden Zwischenhandels wegen. Diese liberalen Ge-

[1]) Wisdom is most commonly in the wrong, when it pretends to direct nature (I/104).

dankengänge wurden nunmehr auch in den Bereich der sich an den französischen Handel anschließenden Kontroversen gezogen.

2. Die kriegerischen Verwicklungen mit Frankreich im 17. und 18. Jahrhundert fanden auf wirtschaftlichem Gebiet eine Parallele in der offiziellen gegenseitigen Sperrung des englischen und französischen Marktes (1678—1786; vgl. Schmoller, a. a. O., S. 18) vermittels Verboten bzw. prohibitiven Zollbelastungen des Warenverkehrs. In diesen Maßnahmen fanden die in der damaligen Literatur, in der sich der wirtschaftliche Kampf mit Frankreich widerspiegelt, vertretenen Ansichten von der Schädlichkeit des französischen Handels ihren positiven Niederschlag (vgl. Schacht, a. a. O., S. 22).

Auch Davenant gibt zu, daß aus dem beiderseitigen Handelsverkehr ein Aktivsaldo zugunsten Frankreichs resultiert hätte, England jedoch eine Kompensation dieses Verlustes in anderen Handelszweigen möglich gewesen wäre, der Außenhandel in seiner Gesamtheit sich für England günstig gestaltet hätte (V/382).

a) Davenant schreibt diesen Bilanzverlust der Nachlässigkeit der eigenen Verwaltung zu, die auf die hohen Zollbelastungen, mit denen die Franzosen die englischen Wollmanufakte und reexportierten indischen Textilien belegt hatten, nicht mit entsprechenden Gegenmaßmahmen geantwortet hätten, so daß die französischen Erzeugnisse, die vornehmlich der Befriedigung von Luxusbedarf, aber ohne die günstigen Wirkungen wie bei den indischen Importen, dienten, ungehindert und zuungunsten der Handelsbilanz ins Land hätten strömen können (I/453, V/376, 383, I/395).

In diesem Falle wären Vergeltungsmaßnahmen angebracht gewesen, zumal eine Abkehr von der verfeinerten Bedürfnisbefriedigung mit ihrem Luxusstreben nicht möglich ist, wenngleich ihre Verwirklichung eine ideale Methode der Einfuhrbeschränkung wäre (V/379). Grundsätzlich jedoch ist jede Belastung bzw. Verhinderung der Einfuhr ein notwendiges Übel, weil sie störend auf die dem Handel von der Natur zugewiesenen Kanäle einwirken und geeignet sind, ihn aus den Bahnen zu werfen, die auf der verschiedenen natürlichen Ausstattung der Erdräume beruhen[1]). Die Verhinderung der französischen Wareneinfuhr widerspricht der Forderung nach Aufsuchen der günstigsten Bezugsbedingungen; es ist nach Davenants Meinung widersinnig, französische Weine, die nach seinen Angaben für die Jahre 1662/63

[1]) I have always thought Prohibitions hurtful to the general Trade of any Country (New Dial., S. 239).

und 1668/69 (V/355) fast die Hälfte der Gesamteinfuhr Englands aus Frankreich ausmachten, zu verbieten, sie aber, weil ein Verzicht der Konsumenten nicht in Frage kommt, aus anderen Ländern unter entsprechenden Mehrkosten zu beziehen.

Allerdings sind es nur die Angehörigen des middle rank of men, die ihren Bedarf an Weinen aus Spanien, Portugal und Italien beziehen (V/384).

Die bedenklichste Konsequenz dieser Prohibitionspolitik ist die Errichtung eigener Wollmanufakturen in Frankreich mit Hilfe staatlicher Unterstützung, das unter Umständen den Levantehandel an sich reißen kann. Insgesamt kommt Davenant zu dem Schluß, daß die feindselige handelspolitische Haltung Frankreich gegenüber diesem weniger geschadet hätte als England selbst (New Dial., S. 237).

b) Dieser Vorgang wird überschnitten durch Wandlungen struktureller Art. Wir erwähnten bereits die Bedeutung, die Davenant der irischen Leinenmanufaktur zuerkennt, die sich, geschützt vor der französischen Konkurrenz, gut entwickeln und die Versorgung Englands mit Erfolg in die Hand nehmen konnte. Die Erschwerung bzw. Verhinderung der französischen Weineinfuhr begünstigte die Entstehung eigener Branntweinbrennereien, die heimische Rohprodukte verarbeiten konnten (V/374).

3. In dem nach dem Ryswicker Friedensschluß geschriebenen Essay on the Protection and Care of Trade fordert Davenant einen Handelsvertrag mit Frankreich, der dem Gedanken des Freihandels in Anlehnung an den von Davenant im Wortlaut zitierten freiheitlichen französisch-holländischen Handelsvertrag Raum gibt (II/98ff.). England würde die Erzeugnisse Frankreichs unbehindert ins Land hineinlassen, falls jene Nation sich zu den gleichen Maßnahmen gegenüber den englischen Wollmanufakten verstehen, und insbesondere auch der Einfuhr indischer Erzeugnisse, englischer Kolonialprodukte und Gegenständen des Levantehandels keine Schwierigkeiten in den Weg legen würde (I/454). Ein solcher Handelsvertrag kam nicht zustande, im Gegenteil, der Wiederausbruch des Krieges führte zu noch intensiveren Absperrungsmaßnahmen; nach dem Friedensschluß zu Nymwegen fordert auch Davenant wieder den freien Handelsverkehr mit Frankreich. War er noch 1698 der Meinung gewesen, daß trotz des Freihandels die Bilanz etwas günstig für England sein würde (I/454), so hatten sich jetzt die strukturellen Wandlungen des Außenhandels eingeprägt, waren die neuen

Kanäle des Handels ausgefahren, so daß England beim Übergang zum Freihandel mit Frankreich sich in einer günstigeren Lage befinden würde, da seinen Exporten dorthin geringere Importe von dort gegenüberstehen würden. Ein freier Handel mit Frankreich kann nicht gefährlich sein, und ein darauf abzielender freihändlerischer Handelsvertrag ist geeignet, für die fernere Zukunft die Gefahr einer für Frankreich günstigen Bilanz zu bannen. England wird eine weit geringere Nachfrage nach französischen Waren als wie vor dem Kriege entwickeln, hat aber ein großes Interesse daran, daß seinen Wollmanufakten und den Erzeugnissen Indiens der französische Markt geöffnet wird (V/385 ff.); aber auch wenn wider alles Erwarten die Partikularbilanz mit Frankreich sich zuungunsten Englands stellen würde, so könnte doch ein Teil des Einfuhrüberschusses wieder ausgeführt werden.

Charakteristisch ist, daß Davenant in echt merkantilistischer Weise einen Handelsvertrag selbst auf freiheitlicher Basis nur dann als günstig ansieht, wenn der Gegenkontrahent von ihm als in die Lage des Übervorteilten versetzt angesehen wird.

4. Es finden sich bei Davenant Anklänge an eine Interessengemeinschaft der am Welthandel beteiligten Nationen, daß die gegenseitigen Handelsbeziehungen auf Grund der differenzierten Produktionsbedingungen allen Ländern zum Vorteil gereichen. Unterbindung eines Handelszweiges muß ihre Wirkung auf die Gesamthandelsbeziehungen ausüben. Kann beispielsweise Frankreich nach England exportieren, so kann es auch mit anderen Ländern Handel treiben, die ihrerseits dann wieder in entsprechendem Verhältnisse ihre Handelsbeziehungen zu England ausbauen können.

Diese Argumentation Davenants macht jedoch auf Allgemeingültigkeit keinen Anspruch; sie bedeutet nur eine gelegentliche auf den Einzelfall zugeschnittene Durchkreuzung der Davenant grundsätzlich eigentümlichen privatwirtschaftlichen Auffassung des Verhältnisses der einzelnen Volkswirtschaften zueinander.

C.

1. Die innerwirtschaftlichen Wirkungen der freien Einfuhr indischer Erzeugnisse erfahren vom Standpunkt der internationalen Produktionsdifferenzierung eine vertiefte Bedeutung. Die einseitige Einstellung des ganzen wirtschaftlichen Lebens auf das Gedeihen eines Exportzweiges birgt Gefahren in sich, wenn die Produktionskosten so hoch steigen, daß die bisherigen Absatz-

gebiete zur Eigenproduktion von Ersatzstoffen schreiten. Die Gefahr der Produktionskostensteigerung ist in England eine große wegen der Notwendigkeit der Akzisenbesteuerung; die günstige Wirkung des Freihandels mit Indien liegt in der Verbilligung des Konsums mit entsprechender Produktionskostendrückung, andererseits ermöglicht er den stärkeren Ausbau des Zwischenhandels, der zum Zufluchtsort werden würde, wenn der Absatz der eigenen Erzeugnisse unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenübertreten würde (V/411).

2. Freier Handel mit indischen Textilien ermöglicht es, England zu einem großen Warenmagazin zu machen. Implicite ist der Gedanke ausgedrückt, durch Ausbau des eigenen Zwischenhandels den Holländern den Rang abzulaufen. Haben sich auch Davenants Befürchtungen, daß Holland durch seine starke Aktivität in Ostindien die Engländer dort vertreiben und den Handel mit jenem Lande ganz an sich reißen würde, nicht bewahrheitet, so ist doch ihr nationales Streben, „that they will try with their great stock to under-sell us, beat us out and bear us down in all the foreign markets" (I/417) geblieben. Eigenes Verschulden, das nach langen Kämpfen doch ergangene Konsumverbot für indische Kattune, ließ Holland zum tertius gaudens werden und Rotterdam und Amsterdam zum Stapelplatz für indische Waren anwachsen. Hinzu kam, daß die durch den spanischen Erbfolgekrieg erfolgte Unterbindung der Handelsbeziehungen mit den Kriegsgegnern Holland günstige Gelegenheit gab, seinen Zwischenhandel auf Kosten Englands auszudehnen und insbesondere spanisches Gold an sich zu ziehen (V/437). Fast $^1/_3$ der englischen Gesamtausfuhr ging 1703 nach Holland (V/436), die Bilanz mit jenem Lande war nominell aktiv, war aber trotzdem ein ungünstiges Zeichen für England, andererseits wurde vom holländischen Standpunkte aus die Passivität in der Einzelbilanz durch Wiederausfuhr des Importüberschusses kompensiert.

Typisch merkantilistische Eifersucht läßt Davenant Hollands aufblühenden Handel beargwöhnen: „The world is large enough to employ the industry and wealth of both the nations" (V/454) gilt nur solange, wie England durch die Kriegsereignisse ins Hintertreffen geraten ist, hat nur Geltung, solange Holland noch mehr derartige Gold- und Silbermengen ins Land zieht, daß die Bank von Amsterdam mehr davon enthält als das übrige Europa an Umlaufsmitteln (V/451), und solange die Holländer durch ihren Geldreichtum als ständige Käufer englischer Wertpapiere

auftreten und Zins- bzw. Dividendenzahlungen in barem Gelde oder in Form von Waren empfangen (I/437), darf jenes Land es nicht übelnehmen, daß England seinen Handel mit allen Mitteln auszudehnen trachtet, um die verlorene Position wiederzugewinnen. „It will become good patriots to look about them and to take care lest in time England should be in a manner excluded from the commercial World" (V/455) gibt den moralischen Hintergrund für die Niederschlagung des holländischen Konkurrenten trotz der Betonung der religiösen Bande (V/458).

Dem Gedanken des Freihandels wird Holland gegenüber eine ganz andere Richtung gegeben. Er erscheint hier als Konsequenz des freien Handels mit indischen Erzeugnissen, und Niederschlagung des Handelskonkurrenten ist letztes Ziel, er erscheint hier nicht als Voraussetzung zur Verwirklichung der internationalen Arbeitsteilung.

D.

1. Unberührt von der Freihandelsforderung bleibt das Ausbeutungsverhältnis den Kolonien gegenüber. Davenant erkennt, daß diese vom Standpunkt der zwischenstaatlichen Produktionsdifferenzierung aus zur Herstellung von Gütern befähigt sind, deren Produktion anderswo unmöglich erscheint (I/106). Dieser Gedanke bildet nun aber nicht die ökonomische Fundierung einer Freihandelsforderung, sondern erweckt die Furcht, daß die Kolonien auf Grund ihrer günstigen natürlichen Produktionsbedingungen eine eigene Handelspolitik zum Schaden des englischen Zwischenhandels treiben könnten (I/106). Eine einseitige Festlegung der Ausfuhrrichtung kolonialer Produkte ist nötig. Das Mittel sieht Davenant in der strikten Durchführung der Navigationsakte. Letzter Grund ist die Furcht vor etwaigen Unabhängigkeitsbestrebungen, denn „colonies are a strength to their mother country while . . . they are kept dependent on it" (II/10).

2. Billigkeit der kolonialen Erzeugnisse ist für Davenant ein unbedingtes Erfordernis. Diese wird erreicht:

a) durch Abwesenheit von Zöllen auf westindischen Erzeugnissen;

b) durch weitgehende Verwendung von billiger Sklavenarbeit in den Kolonien (II/38). Es folgt hieraus, daß für möglichst reiche Zufuhren von schwarzem Menschenmaterial nach Amerika zu sorgen ist. Dabei sind Manipulationen zu vermeiden, die auf Preissteigerung der Sklaven abzielen.

aa) In der Abhandlung über den Kolonialhandel erwartet Davenant alles Heil von der freien Konkurrenz der Kaufleute und nicht von der monopolistischen Beherrschung dieses Handelszweiges durch Companien. Die alte Royal African Company gibt ihm Beweise von Preissteigerungen durch Beschränkung und Regelung des Angebots mit entsprechender Wirkung auf den Preis der mit Hilfe von Sklavenarbeit erzeugten Güter [1]).

bb) Die offizielle Freigabe des Negerhandels (1698) — de facto war er schon immer frei gewesen — findet dann ihr Urteil in den Reflections on the African Trade: „We see that the success thereof falls so far short of our expectations" (V/78). Negativ ergibt sich, daß der freie Handel die Interessen der Nation nicht gewahrt hat. Ausführlich legt Davenant die Gründe dar, die ihn zur Aufgabe seines ursprünglich eingenommenen Standpunktes bestimmen, ergänzt durch polemische Äußerungen gegen die Befürworter eines freien Handels nach Afrika (V/165—343). Positiv ergibt sich die Forderung einer Companie mit ausschließlichen Handelsrechten aus folgenden Gründen: „The charge and management of all difficult undertakings should be confined to certain sets of men" (V/149), besonders aber der Grund des vis unita fortior ist maßgebend. Davenant weist hin auf die holländischen Erfahrungen (V/133), nur Companien können einen regelmäßigen Zufluß an Sklaven garantieren, ihre Berichte können einen besseren Überblick über den Stand dieses Handels geben [2]).

E.

Die Freihandelsforderung Davenants ist keine allgemeine, sondern erleidet Beschränkungen in zwei Richtungen:

1. Sie gilt nur für Teilgebiete des auswärtigen Handels, Frankreich gegenüber und in bezug auf den indischen Handel.

2. Freihandel bedeutet in dieser Beschränktheit nur Abwesenheit von Zöllen bzw. Verboten, bedeutet aber nicht Ver-

---

[1]) Vgl. die Klagen der Farmer in den amerikanischen Kolonien in den „Groans of the Plantations", 1689 (cit. bei Cunningham, Edit. 1892, S. 278).

[2]) Davenant versucht die Rehabilitierung des Monopols der Afrikanischen Companie nach ihrer vergeblichen Petition von 1707, die ebenso vergeblich war, wie die von 1698. Man erwartete günstigere Wirkungen von der freien Konkurrenz der Kaufleute; 1698 konnte die Companie nur einen Abgabenzwang der Außenseiter an sie durchsetzen; erfolglos war auch eine weitere Petition um Verleihung des ausschließlichen Handelsrechtes im Jahre 1711 (vgl. Cunningham, a. a. O., S. 272; Anderson, a. a. O., II/641; III/42; Scott, a. a. O., II/25 ff.).

wirklichung des Prinzips der freien Konkurrenz im Außenhandel. Privilegierte Handelsgesellschaften sind aufrechtzuerhalten bei fremden Ländern, die nicht der abendländischen Kulturgemeinschaft angehören und in denen die Staatsgewalt des Heimatstaates nicht durch Gesandtschaften vertreten ist (II/129 und 134). Die Begründung ist

a) eine politische. Davenant erkennt die Bedeutung der durch Staatsurkunde verbrieften Rechtsstellung öffentlicher Korporationen für die Handelsgesellschaft in einer Zeit, in der es noch keine Sicherung völkerrechtlicher Verträge mit fernen Ländern geben konnte und ein Eintreten des Heimatstaates mit den Waffen für die Erfüllung vertraglicher Bindungen nicht in Frage kam[1]).

Die holländische Companie ist der Beweis, wie Staatsaufgaben durch privilegierte Handelsgesellschaften erfüllt werden können (II/143). Der Hinweis auf die weltpolitische Bedeutung der monopolisierten Companien, die auch Child hervorhebt, ist die Antwort auf Pollexfen, der wegen der Schwerfälligkeit der Gesellschaften die Erfüllung jener Aufgaben bezweifelt hatte (a. a. O., S. 131).

b) Eine ökonomische. Ausschließliches Monopol der Gesellschaft bewirkt eine stabilere Preisgestaltung, die besonders im indischen Handel von Bedeutung ist. Freie Konkurrenz im Einkauf führt zu Preissteigerungen, also zu höheren Gestehungskosten als bei den Käufen der holländischen Companie, freie Konkurrenz im Verkauf führt zu Preisunterbietungen und Verlustverkäufen. Der indische Handel wird dadurch leicht in Mißkredit gebracht, wenn „äußerste Überfüllung und Entleerung der Konkurrenz miteinander wechseln" (Roscher, a. a. O., S. 115), (II/128ff.). Das ausschließliche Monopol der Ostindischen Companie vermag den englischen Tuchen im fernen Osten einen größeren Absatz zu verleihen (II/151).

Das Prinzip der Stetigkeit steht aber im Widerspruch zu der Forderung, den heimischen Konsum mit billigen indischen Erzeugnissen zu versorgen (siehe unten S. 84).

c) Eine finanzpolitische. Besondere Bedeutung kommt als Entgelt für die Delegierung von Souveränitätsrechten der Auferlegung von Verpflichtungen zur Darlehnsgewährung an den Staat zu (II/154; I/292).

d) Allgemein gesprochen wird durch die Kontrolle der Öffent-

[1]) A treaty of commerce and alliances would be absurd and fruitless between Princes, who in case of a breach are so distant that they cannot make war the one upon the other (II/133); (vgl. auch V/453).

lichkeit das Allgemeinwohl durch die bevorrechtete Companie mehr gewahrt als durch die einzelnen Kaufleute (II/157).

F.

1. Davenants liberale Gedankengänge sind fraglos tiefergehend als die in Pettys Schriften zusammenhanglos verstreuten, in freihändlerischer Richtung gehenden Äußerungen, die sich am meisten in seiner Abhandlung über die Steuern finden (Taxes, S. 41 ff.). In der Befürwortung des Imports von im Lande nicht herstellbaren Waren deutet er, wenn auch recht vage, die verschiedene natürliche Ausstattung der Erdräume an und scheint auf dieser Basis von dem Nutzen des durch Zollbelastungen unbeschwerten auswärtigen Handels überzeugen zu wollen; weitergehende Ausführungen finden sich jedoch nicht. Davenants freihändlerische Ideen werden systematischer vorgetragen; insbesondere findet sich Petty gegenüber ein Fortschritt in der Erkenntnis, daß die Umstellung innerhalb der Gewerbezweige, hervorgerufen durch billigere Auslandseinfuhr, die einen Teil der heimischen Produktion unrentabel gestaltet, nicht nur keine Minderung der Gesamtproduktivität bedeutet, sondern im Gegenteil sie steigern hilft. Petty wie Davenant kommen im Gegensatz zu North nicht zur Überwindung ihres nationalistischen Standpunktes, die Idee der Handelsbilanz ist der Zentralpunkt ihres Gedankenkreises, um den sich ihre Erörterungen gruppieren. Barbon und North haben fraglos eine tiefere Auffassung der Phänomene des auswärtigen Handels, letzterer kommt zu einer Betrachtung der Verkehrserscheinungen vom weltwirtschaftlichen Standpunkt, die naturgemäß den Handelsbilanzgedanken ad absurdum führen mußte. Auch für Barbon ist der auswärtige Handel nicht der Bringer von Geld, sondern das Instrument, um den Austausch der überschüssigen Produkte des Landes gegen die fehlenden vorzunehmen, wenngleich die kosmopolitische Einstellung bei ihm noch nicht zu finden ist (vgl. Roscher, a. a. O., S. 85 ff.; Bickel, Die ökonomische Begründung der Freihandelspolitik, S. 59 I ff.; Becker, Zur Entwicklung der englischen Freihandelslehre, S. 28 I ff.).

Es ist also Bickel (a. a. O., S. 57 Anm.) beizupflichten, daß Davenant kein wesentliches Interesse für die Entwicklung der Freihandelslehre bietet. Bickel wendet sich gegen Roscher, der Davenant in den Ruf gebracht hätte, ein Vorläufer der Freihändler gewesen zu sein. Raffel (Engl. Freihändler vor

Ad. Smith, Tüb. 1905) erwähnt Davenant nicht, ebenso fehlt eine Behandlung in Beckers systematischer Darstellung der Freihandelstheorie in England.

Eine allgemeingültige Theorie des Freihandels stellt Davenant nicht auf, ein theoretisches Zuendedenken seiner in liberaler Richtung gehenden Ideen findet nicht statt. Man muß letztere werten als ein Andrängen gegen die traditionelle merkantilistische Politik; er ahnte den Weg, er hatte einen Blick dafür, daß der merkantilistischen Prohibitionspolitik Schwächen innewohnten; allerdings war von seiner merkantilistisch-universalistischen Einstellung aus und der auf den Einzelfall zugeschnittenen Argumentation noch ein weiter Weg bis zu der generalisierenden Betrachtungsweise eines Adam Smith. Davenant gelangte noch nicht in das Stadium kosmopolitischen Bewußtseins, das zur Forderung vollständigen Freihandels nötig war.

2. An theoretischer Gedankenschärfe kann sich Davenant nicht messen mit den zu seiner Zeit erschienenen anonymen Considerations upon the East India Trade (1701), die hinsichtlich der Freihandelslehre ein „wichtiges Glied in der Kontinuität ihrer Entwicklung darstellen" (Bickel, a. a. O., S. 57 Anm.). Auch dieses Werk ist eine Interessentenschrift, die aber in wissenschaftlicher Weise nachweist, daß keine Schädigung des heimischen Gewerbefleißes durch den indischen Handel eintritt. Der Gedankengang ist kurz folgender: Gleich den Wirkungen einer arbeitersparenden Maschine werden durch die Einfuhr indischer Erzeugnisse Arbeitskräfte freigesetzt (S. 56 ff.); gleichzeitig erfolgen Preissenkungen in den übrigen Manufakturzweigen. Die dort einströmenden Arbeitskräfte veranlassen Verbesserung der Arbeitsmethoden durch weitergehende Arbeitsteilung (S. 68), die eine weitere Preissenkung hervorruft. Die Folge ist Vergrößerung der Absatzmöglichkeit und Marktausdehnung, alle Arbeitskräfte können beschäftigt werden. Über den Weg des Preismechanismus findet also eine selbsttätige Umstellung auf die den natürlichen Gegebenheiten angepaßte Produktion statt.

Hier wird also gezeigt, wie der Freihandel höchste Produktivität zur Folge haben muß (vgl. Roscher, a. a. O., S. 118 ff.; Bickel, a. a. O., S. 63 ff.; Becker, a. a. O., S. 41 ff.).

Die Considerations dienen wirtschaftspolitischen Zielen, sie versuchen die Rechtfertigung des indischen Handels, bezwecken aber darüber hinausgehend von dem besonderen Fall abstrahierende ökonomische Theorie.

Davenant ist kein Theoretiker der Handelsfreiheit, in ihm wurzelt fest die Überzeugung von der Allmacht des Staates, der die Produktivkräfte des Landes zielbewußt zu fördern und in den Dienst der staatlichen Zwecke zu stellen hat und entsprechend Eingriffe vornehmen muß, wenn Gewerbezweige betrieben werden, die im Verhältnis zu anderen sich als weniger produktiv erweisen.

Davenant ist ein Kind seiner Zeit, die von Cuningham treffend als Epoche des parlamentarischen Colbertismus gezeichnet wird, er selbst spricht bewundernd von den großen Staatsmännern Frankreichs Richelieu, Mazarin, Colbert, Louvoy (I/419): Der Anerkennung des Prinzips der Staatsintervention durch Davenant entspricht die Verneinung der freien Konkurrenz, die nach seiner Meinung nicht zum Staatswohl ausschlägt[1]); nicht die freie Konkurrenz ist die Voraussetzung zur Erzielung hoher Handelsgewinne als der Vorbedingung zu Bodenwertsteigerungen und Zinsfußsenkungen. In den Considerations wird in klassischer Weise dargelegt, wie die freie Konkurrenz selbsttätig Sinken des Zinsfußes und Steigerung der Bodenwerte bewirkt (S. 74).

Die freihändlerischen Gedanken Davenants stehen im Gegensatz zur Smithschen Freihandelslehre: Bei diesem ist der Freihandelsgedanke die Projizierung der Idee der freien Konkurrenz über den volkswirtschaftlichen Rahmen hinaus, die Idee der Nation tritt zurück, eine kosmopolitische Betrachtungsweise wird angebahnt, die einzelnen Länder werden Glieder eines größeren Ganzen, die Handelsbilanzidee wird ad absurdum geführt; die freie Konkurrenz im internationalen Verkehr wird Voraussetzung der internationalen Produktionsdifferenzierung durch das Streben des Kapitals nach Aufsuchung der bestmöglichen Verwertungsgelegenheiten. Smith fordert den Freihandel, weil er allen Nationen förderlich ist, Davenant unter Beibehaltung der typisch volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise, weil er die Handelsbilanz zugunsten Englands beeinflußt; diese bleibt der Zentralpunkt seiner Betrachtungen: „Il ne faut donc prendre en considération que la balance générale du commerce“ (Ballière, a. a. O., S. 180).

Smith konnte dem Monopolgedanken keinen Raum geben,

[1]) All things must succeed ill where good government is not and where men are left to take measures only from their private interest or appetite of gain (I/422). Most men, if they are left to themselves will be glad to save their money and will rather consult their private interest than the public good (I/56, vgl. auch I/89 und V/148).

Davenant steht der freien Konkurrenz ablehnend gegenüber; Smith kommt zur Forderung eines allgemeinen Freihandels, Davenant nur für Teilgebiet des Außenhandels. Eigentümlich ist Davenant die von Bickel (a. a. O., S. 13; S. 68 Anm.) allen vorsmithianischen Freihändlern nachgesagte deistische Begründung der Freihandelspolitik.

Aus Smiths Einstellung ergibt sich, daß alle Volkswirtschaften notwendigerweise aufeinander angewiesen sind. Die freihändlerischen Gedankengänge Davenants lassen seine Auffassung des privatwirtschaftlichen Verhältnisses der einzelnen Volkswirtschaften zueinander unberührt.

Die grundverschiedene Einstellung beider Schriftsteller läßt keine Verbindungslinie zwischen ihnen ziehen; diese würde ihren Ausgangspunkt von North zu nehmen haben, für den die einzelnen Volkswirtschaften bereits Teile eines größeren Ganzen sind, ein Gedanke, der Davenant überspringend sich bei Smith fortsetzt, um in der völligen Negierung der Nation durch den Manchesterliberalismus zu kulminieren.

G.

Es ist nicht das Bestreben Davenants, Beiträge zu liefern, die dann die Forderung einer allgemeinen Freihandelspolitik positiv begründen sollen, sondern Argumente zu widerlegen, die die Zollpolitik bzw. Prohibitionspolitik in den Dienst von Eingriffen in den Gang des Außenhandels zu stellen bemüht waren.

Die Freihandelsforderung an sich wie auch ihre Beschränkung ist aus der Tatsache erklärlich, daß Davenant im Auftrage der Ostindischen Companie schrieb, in deren Diensten er gleich Child stand. „The Company employed him for various transactions" (Thomas, a. a. O., S. 71). Helander leitet für Child die Tatsache, daß er Merkantilist und Freihändler zugleich ist, aus seinem Privatinteresse an der Erhaltung der Ostindischen Companie her (vgl. Weltw. Archiv 1923, S. 240 ff.). Analog können wir feststellen, daß die liberalen Gedankengänge Davenants an dem gleichen Interesse orientiert sind. Allerdings ist er nicht der skrupellose Geschäftsmann wie der „große Goliath" (Thomas), der wegen seines enormen Aktienbesitzes „Merkantilist und Freihändler je nachdem" war (Helander). Davenants den indischen Handel betreffenden Abhandlungen sind Gelegenheitsschriften, die im Auftrage der Companie, die am Ausgange des 17. Jahrhunderts um den Bestand ihres Monopols fürchten

mußte, verfaßt wurden[1]). Hauptanklagepunkte waren neben bullionistischen Gesichtspunkten vor allem die offensichtlichen Schädigungen heimischer Gewerbetreibender durch ihre Fabrikateinfuhr, die Commissioners of Trade and Plantations begannen bereits, sich der zunehmenden auf Erlaß von Einfuhrverboten abzielenden Petitionen an das Haus der Gemeinen anzunehmen (vgl. Thomas, a. a. O., S. 98 ff.; Chalmers, a. a. O., S. 77). Die hohen Dividenden der Companie, die schädigenden Wirkungen ihrer Monopolpreise wurden diskutiert (besonders in der „Britannia Languens", cit. bei Thomas, a. a. O., S. 20), angewandte Bestechungsmethoden aufgedeckt (Scott, a. a. O., II/160). Der literarische Wortführer war Pollexfen, einer der schärfsten Feinde der Companie, der mit seinem Discourse of Trade, Coyn and Paper-Credit Davenants Essay on the East India Trade angriff, insbesondere die Übervorteilung der heimischen Konsumenten durch Preistreibereien hervorhob (a. a. O., S. 96 ff.). Der von ihm gebrauchte Ausdruck „Companies have bodies, but it is said, they have no souls, no conscience" (cit. bei Scott, a. a. O., II/161) wurde zum Schlagwort, in dem sich der „general dislike against the Company" (Anderson, a. a. O., II/634) ausprägte.

Der Companie lag alles daran, den Nutzen ihrer Fabrikateinfuhr zu beweisen, der ersten Abhandlung Davenants folgte eine zweite mit verbesserten Berechnungen, in der auch eine Rechtfertigung des Monopols unternommen wurde.

Das Hochtreiben der Preise konnte Davenant nicht wegleugnen. Den Widerspruch, in den er mit seiner ursprünglich aufgestellten Behauptung geriet, daß die indischen Erzeugnisse gerade ihrer Billigkeit wegen für den heimischen Konsum in Frage kämen, suchte er durch den Hinweis auf die weltpolitische Bedeutung der Companie zu verdecken, die allerdings in der öffentlichen Meinung nach dem Friedensschluß mit dem Großmogul als weniger hervorragend angesehen wurde (vgl. Scott, a. a. O., II/161; Brentano, a. a. O., S. 344). Davenant weist darauf hin, daß sie dennoch vorhanden sei zwecks Bekämpfung der 1695 gegründeten Schottischen Companie; geschickt ist die Verknüpfung des Strebens nach Aufrechterhaltung der Charte der Englischen Companie mit dem politischen Streben „to crush this Company in its cradle" (Anderson, a. a. O., II/610).

[1]) The Company in their defence engaged the famous Dr. D'Avenant to write a laboured and ingenious essay on the East India Trade (Anderson, a. a. O., II/633).

Man war damals der Meinung, daß Patersons Projekt der erste Schritt zur vollständigen Trennung Schottlands von England wäre (vgl. Anderson, a. a. O., II/610). Privatwirtschaftlich gesehen, hatte die Konkurrenzgründung einen Kurssturz um fast die Hälfte der Anteile der Englischen Companie zur Folge gehabt, die sogar die Gefahr eines Aktienerwerbs unter pari seitens ersterer in die Nähe rückte. Die Zeit des Erscheinens der Davenantschen Verteidigungsschriften zeigt einen noch nicht dagewesenen niedrigen Kursstand, der bei der Regierung und in der öffentlichen Meinung ein starkes Mißtrauen gegen die Companie erweckte. Der Kurs mußte unter allen Umständen gestützt werden, zumal die Schotten gedroht hatten, Europa billiger zu beliefern als die Engländer, und die Wahrscheinlichkeit bestand, daß jene aus Konkurrenzgründen die Außenseiter der Englischen Companie begünstigen würden (vgl. Scott, a. a. O., I/362; II/161, 179, 213). Hinzu kommt noch die Furcht vor zunehmender französischer Konkurrenz in Indien (I/414 ff.) und den Anstrengungen der Holländer, den indischen Handel ganz an sich zu reißen (I/456; II/116).

Davenants Argumente konnten die Öffentlichkeit nicht überzeugen; die gewaltig gesteigerte Einfuhr, besonders nach 1698, veranlaßte das Gesetz von 1700, das Einfuhr nur zu Wiederausfuhrzwecken zuließ und das den Konsum indischer Stoffe verbot[1]). Die Folge war naturgemäß ein gewaltiger Schmuggelhandel; in den New Dialogues beklagt sich Davenant, daß dieser Holland bereichere, die Companie jedoch sich niemals an dem illegitimen Handel beteiligt hätte (S. 196 ff.). Das Interesse der Companie verlangte Aufhebung des Konsumverbots; in den Reports weist Davenant darauf hin, daß die Unterbindung des Handels lediglich dem holländischen Konkurrenten genützt hätte (V/437).

6. Teil.

Davenants Ansichten über das Besteuerungswesen.

A.

1. Der letzte Zweck, der hinter dem Streben nach Erweckung der nationalen Produktivkräfte steht, ist die Forderung, dem Staate die materielle Basis seiner Existenz zu gewährleisten, den Anforderungen des Staates an die Steuerkraft des Landes genügen zu können. Geldzustrom ist wichtig unter steuerpolitischem Gesichtswinkel: direkt um Barzahlung der Steuern, indirekt um Steuer-

[1]) It was now thought high time to remedy so great an evil (Anderson, a. a. O., II/646).

zahlung überhaupt zu ermöglichen. Daraus ergibt sich als Aufgabe der Steuerpolitik, die Besteuerung so auszurichten, daß sie den Handel möglichst wenig belastet als der Quelle, aus der der Staat seine Kraft schöpft [1]). Desgleichen muß der Staat ein Interesse an möglichst geringer Beschwerung der Manufakturen mit Abgaben haben (I/268 ff.).

2. Werden Maßnahmen in diesem Sinne getroffen, so wird der Grund und Boden befähigt, die auf ihn letzten Endes überwälzte Steuerlast zu tragen: „All taxes what-so-ever are in their last resort a charge upon land (I/77)" ist der Locke entlehnte Leitgedanke, ohne daß, wie Roscher hervorhebt (a. a. O., S. 117), er zu einer Weiterentwicklung dieses Gedankens kommt. Die Parallelentwicklung von Handel und Landwirtschaft gewinnt also auch Bedeutung in steuerpolitischer Hinsicht, hohe Finanzzölle erscheinen als nicht im Interesse der staatlichen Finanzwirtschaft liegend (vgl. I/273; II/275).

Besondere Bedeutung gewinnt diese Argumentation in den nach dem Ryswicker Friedensschluß geschriebenen Discourses on the Public Revenues, da nunmehr mit dem Aufhören des „call from abroad", der eine Steigerung der Ausfuhr heimischer Erzeugnisse zur Folge hatte, ein Fallen der rents die Steuerbelastung des Bodens sehr drückend machen mußte.

Parallel gehen muß eine Erleichterung des Grund und Bodens von den ihn bedrückenden direkten Steuern, die bisher zu einer steuerpolitischen Mißhandlung des landed-interest führten. Davenant sieht schwerwiegende Folgen politischer Art, eine Bedrohung der freiheitlichen Institutionen des englischen Verfassungslebens: „To preserve the rights of this nation, we should be represented by such as have the greatest share in property" (I/79), dieser Grundsatz des parlamentarischen Systems erscheint gefährdet. Starke steuerliche Belastung des Bodens wird den Landadel einerseits auf Korrumpierung des Parlaments abzielenden Bestrebungen geneigt machen, ihn andererseits in die Hände von Wucherern treiben, die ihn zum Verkauf seines Besitzes drängen werden. Die Folge ist, daß „we shall in a great measure be represented by such as have only the name and show of estates"

[1]) The Ways and Means to supply the government, in this war, should be such as may not too highly affect trade, upon the prosperity of which depends in so great a measure, the welfare of the nations (I/17) . . . for all ways and means whatsoever that raise great sums and drain the country of money, are and ever will be, thought burdensome to the whole (I/78; vgl. auch I/31; I/268 f.; II/267 f.; II/275).

(I/79), für den Tory Davenant eine unerwünschte Stärkung der Allianz monied interest — Whigpartei.

Die einseitige Belastung des Bodens bedeutet eine Verletzung des ethischen Prinzips der Allgemeinheit der Steuer, die beispielsweise in Frankreich und Holland als steuerpolitische Richtschnur gilt (I/142).

Jeder Steuerfähige hat nach Davenant die Pflicht, einen Anteil an der der gesamten Bevölkerung auferlegten Steuerlast mitzutragen; es ist nicht angängig, durch ein schlechtes fiskalisches System gewisse Gruppen von dem Zwange, an einer gemeinsamen Last mitzutragen, auszunehmen und dafür anderen einen größeren Anteil als den ihnen nach Billigkeit zukommenden aufzubürden.

Diesem allgemeinen Gerechtigkeitsprinzip widerspricht nun die in England gehandhabte einseitige Belastung von Handel und Boden: „Now, in taxing the people we have hitherto gone chiefly upon land, and foreign trade" (I/62), die vielleicht für ganz kurze Zeit zur Abwendung einer vorübergehenden Leere der Staatskasse angebracht ist, nicht aber als „constant ways and means of supplying the government" (I/18). Grundsätzlich haben aber die „usurers, lawyers, tradesmen, and retailers with all that troops that maintain themselves by our vice and luxury" (I/62) die gleiche Pflicht zur Steuerzahlung als selbstverständliches Korrelat zu ihren „easiest and most certain gain and profit in the commonwealth" (I/62); ihrer Steuerfreiheit fehlt jede innere Berechtigung. Das antike Griechenland stellt Davenant als leuchtendes Beispiel gleicher Behandlung aller Staatsbürger in steuerlicher Hinsicht hin; ironisch bemerkt er, daß Aristides, Cimon und Themistokles, könnten sie von den Toten auferstehen, sehr erstaunt sein würden, daß ein Land, das vorgibt für die Freiheit zu kämpfen, zu einem unparteiischen Besteuerungsmodus nicht gelangen könne (vgl. I/81).

4. Zu einem Begriff der Steuern kommt Davenant durch eine Betrachtung des „annual income", des Volkseinkommens, unter dem er den Ertrag der Volkswirtschaft versteht, d. h. ihren Zuwachs von Gütern durch produktive Tätigkeit. Ein Teil dieses „annual income" bildet nun „the revenue of the government" (I/242). Hier spaltet sich also der Einkommensbegriff, denn das Volkseinkommen ist, wie sich aus Davenants Definition des Volksvermögens, des „wealth or national stock" (I/357), ergibt, naturalwirtschaftlicher Art, während das Einkommen des Staates Geldeinkommen ist, beruhend auf dem autoritativen Prinzip. Daher

ist es notwendig, an den Geldwert der Steuerquelle bzw. des Gegenstandes, auf den sich die Steuer bezieht, anzuknüpfen.

5. Theoretische Ausführungen über den Grund der Besteuerung finden sich bei Davenant nicht. Er fällt letzten Endes mit ihrem Zweck zusammen, er liegt in der Notwendigkeit, den Staat mit den zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Mitteln zu versorgen. Und wie für den ganzen Merkantilismus, so ist auch für Davenant steigender Volksreichtum als Objekt und Ziel der volkswirtschaftlichen Politik das Mittel zur besseren Bedürfnisbefriedigung nicht des Individuums, sondern des Staates, d. h. das Mittel, um seine finanzielle Kraft durch hohe Steuererträge zu steigern dadurch, daß das Individuum einen größeren Teil seines Vermögens zu Steuerzwecken bereitstellt (I/253).

Ohne Steuern kann der Staat nicht bestehen, ohne Steuereinnahmen fehlt die wesentliche Voraussetzung politischer Machtentfaltung,

Wie die Steuerpflicht des einzelnen zu begründen ist, läßt Davenant unbeantwortet. Sie besteht eben, aber nicht unbeschränkt, und auch durch Davenants finanzwirtschaftliche Anschauungen zieht sich das Bestreben, dem Zugriff des Staates in die einzelnen Vermögen und Einkommen Schranken zu ziehen, ihn nicht zu sehr in das Heiligtum des Engländers, seine individuelle Freiheitssphäre, eingreifen zu lassen. Diese Idee mußte mit auf den Weg der Verbrauchsbesteuerung führen.

6. Die in der damaligen Zeit unverhältnismäßig starke Belastung des Grund und Bodens durch direkte Steuern läßt Davenant zum Verfechter einer gerechten Steuerverteilung werden. Seine Ausführungen über die monthly assessments and aids upon a pound-rate (I/32 ff.) tragen bei zur Kennzeichnung der Stimmung, die sich um die Wende des 17. Jahrhunderts in verstärktem Maße gegen die Methoden der direkten Besteuerung wandte. Nicht allein, daß die Höhe der Besteuerung, wie Dowell (History of Taxation and Taxes, II/47) hervorhebt, in den einzelnen Grafschaften, ja sogar Kirchspielen, eine ganz verschiedene war und zu Klagen Anlaß gab, viel bedeutsamer war das gänzliche Entschlüpfen der reichgewordenen Geldaristokratie, der „usurers, who are the true drones of a commonwealth, living upon the honey without any labour“ (I/57), während der Grund und Boden den Hauptteil der Lasten zu tragen hatte[1]).

[1]) Schon Petty bemängelte das Fehlen einer gleichmäßigen Landsteuer (Pol. Ar., S. 268).

a) Das Ideal einer allgemeinen direkten Besteuerung findet Davenant verwirklicht in den alten Subsidien der Tudors. Diese teilten die Gesamtheit der Steuerzahler in zwei Klassen unter Belastung von 4 s. bzw. 2 s. 8 d. in the pound unter Freilassung des geringwertigen Besitzes und Günstigerstellung gewisser Grafschaften. Bisweilen wurden die nicht durch die Subsidien anfaßbaren Personen mit einer leicht drückenden Kopfsteuer belegt (vgl. I/57; Dowell, I/151 ff.). Diese Art der Besteuerung erwies sich erst als ungenügend mit ihrer beginnenden Petrifizierung, die bei den alten Zehnten und Fünfzehnten schon vollzogen war, so daß die Auferlegung der Subsidie am Ende des Elisabethanischen Zeitalters soviel hieß wie Erhebung einer Summe von 80000 £. Naturgemäß fiel in dem mächtig reich werdenden Land diese Summe allmählich nicht mehr ins Gewicht, der Engländer war „the least bitten in purse of any nation in Europe" (Dowell, a. a. O. I/158), weil bei dem feststehenden Gesamtertrag die Repartierung auf die einzelnen Grafschaften das finanzielle Resultat dieser Steuer sehr in Frage zog. Die Regierung Wilhelms III. mit ihren starken finanziellen Bedürfnissen, konnte nicht umhin, auf die monthly assessments der Aera Chromwell, d. h. die Besteuerung des Einkommens aus beweglichem und unbeweglichem Vermögen zurückzugreifen, unter Ergänzung dieser Repartitionssteuer durch eine Quotitätssteuer. Davenant bezeichnet beide Arten von Abgaben als „aid by a monthly assessment" oder „aid of x s. per pound" (I/38); die Tendenz seiner Ausführung geht dahin, zu zeigen, daß auch nachdem man 1692 die monthly assessments hatte fallen lassen und nach Maßgabe von 4 s. per £ eine alleinige Quotitätssteuer dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen auferlegt hatte, die Schwierigkeiten, die sich bei den damaligen unvollkommenen steuertechnischen Hilfsmitteln hinsichtlich der Besteuerung des beweglichen Vermögens ergaben, diese aid allmählich zu einer Grundsteuer gestalteten.

Bedenklich aber erscheint Davenant auch, daß die Verteilung dieser Grundsteuer, die schematisch nach der Repartierung von 1692 auch weiterhin ohne Rücksicht auf die verschiedene Entwicklung der Vermögensverhältnisse in den einzelnen Grafschaften erhoben wurde, wenig mehr mit den tatsächlichen Renteerträgen zu tun hatte und ungleich und ungerecht wurde. „Since the late war with France, land has been taxed in different manners, by an assessment and by a pound rate, but both ways it will perhaps appear, that the north and west have not born their due share

and proportion of the common burthen" (I/38). Damit zeichnet Davenant seinen Gedankengang vor: Die jetzigen Beitragsgrößen der nördlichen und westlichen Grafschaften entsprechen durchaus nicht mehr ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, sie tragen weniger als den ihnen billigerweise zukommenden Anteil am Steueraufkommen: „That which angers men most, is to be taxed above their neighbours" (Petty, Taxes and Contr., S. 18).

Damit ergibt sich für Davenant die Notwendigkeit festzustellen, daß die Ertragsfähigkeit des dortigen Grund und Bodens sich weit mehr gesteigert hat, als in den 11 home counties, in denen „land seems to have been almost at the height of its improvement and near the rack-rent, about the year 1636 ... and in the north and west it has been ever since improving" (I/46). Doch auch schon das Repartierungsverhältnis von 2 : 1 des Nordens und Westens zu den home counties, das Davenant für das Jahr 1692 aus gewissen Anzeichen (vgl. I/42), insbesondere aus der Repartierung des Schiffgeldes 1636 bzw. der in Anlehnung an diese erfolgten Umlage der assessments der restaurierten Stuarts (1660) als das Normale ansieht, ist nicht in dem Maße angewandt worden (vgl. die Beispiele I/35). Davenant vermutet, daß der Ursprung dieser steuerlichen Begünstigung in politischen Motiven zu suchen sei. Es wäre den Nord- und Westgrafschaften sicherlich nicht so gut ergangen, „if their cause had not been maintained in the House of Commons by a sufficient number of friends and advocates" (I/34).

Eine noch viel wesentlichere Verschiebung des Bildes ergibt sich, wenn Davenant zu einem Repartitionsverhältnis von 1 : 3 gelangt, das er daraus entnimmt, daß sich das Verhältnis von Steuerumlegung und Steuerobjekt in den nördlichen und westlichen Grafschaften gegenüber dem 1692 fixierten sehr zugunsten des Steuerobjekts gewandt hat.

b) Die Methode, mittels derer Davenant zu diesem Ergebnis gelangt, zeigt uns die Unvollkommenheit der damaligen statistischen Hilfsmittel, die eine von der Subjektivität des Einzelbeobachters losgelöste Untersuchung der Erscheinungen des Wirtschaftslebens verhindern und den Blick immer an der Oberfläche haften lassen mußte.

Die Bodenmeliorationen, die in jener Gegend in den letzten Jahren vorgenommen worden sind mit dem Ergebnis steigender Erträge und Rentenbezüge, lassen gemäß seiner Ansicht über die Parallelentwicklung von Handel und Boden auf eine günstigere Entwicklung des Handels als in den home counties schließen.

Mithin müssen die nördlichen Distrikte auch verhältnismäßig reicher geworden sein, so daß das alte Repartitionsverhältnis von 2 : 1 einer ernsthaften Kritik nicht mehr standhält, zumal auch dort die Akzisenerhebung an dem „opportunities to deceive the king's officers" leidet und die Kopfsteuer als „by no means so narrowly looked after" bezeichnet werden kann (I/45). Um den wahren Wohlstand dieser Grafschaften zu ermitteln, besinnt sich Davenant auf seinen theoretischen Grundsatz, daß die Bevölkerung, die den Wohlstand durch die Arbeit schafft, wahrer Reichtum eines Landes sei (I/46).

Er geht aus von der 1688 abgeschafften Herdsteuer, einer ziemlich rohen Abgabe von den einzelnen Herdstellen [1]) und der durch sie ausgewiesenen Häuserzahl im Norden und Westen, schließt von der Zahl der Häuser auf die Menschenzahl und kommt aus der Tatsache, daß in den genannten Gebieten $^3/_4$ der Gesamtzahl an Häusern im ganzen Reich vorhanden sind, zu dem Schluß: „That the north and west are $^3/_4$ ths of the rents and values of England" (I/47). Die Gesamtrentenerträge werden von Davenant auf 14—15 Mill. £ geschätzt (I/53; I/362), die Repartierung einer 4 £-Rate in obigem Sinne würde dann eine Summe von mindestens 3 Mill. £ ergeben: „If the aid could be brought to raise such a sum, the war would almost be maintained by the charge upon land only" (I/53).

c) Schließlich ist noch wesentlich für die gleichmäßige Steuererhebung die Verbesserung der Steuererhebungstechnik, die Davenant der Weisheit des Parlaments überläßt. Seine Vorschläge gehen aus von der Tatsache, daß „in matters of revenue, it has been always found, that oaths are very little regarded" (I/53). Tatsächlich fielen die Steuerkontingente nach 1692 im Verhältnis zu diesem Jahr trotz der Vereidigung der aus den Einwohnern der Kirchspiele ausgewählten Einsteuerer. In Ansehung der Steuererhebung zeigt sich Davenant als Befürworter der Selbsteinschätzung über die Ertragsverhältnisse in eidesstattlicher Erklärung verschärft durch Strafbestimmungen (I/56)[2]). An dem Institut der Steuerausschüsse (commissioners) hält er fest wie auch an ihrer Ernennung gemäß der vollendeten Entwicklung der parla-

---

[1]) Petty schätzt sie, weil sich ein einigermaßen genauer Voranschlag des Steuereinganges machen läßt (Taxes and contr., S. 86).

[2]) Taxes can never be equally levied where the people are left to themselves or with no other check upon them, but their own consciences (I/54).

mentarischen Macht durch Parlamentsakte und nicht durch den König (I/57).

7. Die steuerpolitische Praxis brachte es nicht über sich, eine derartige Reform der direkten Besteuerung durchzuführen. Die reich gewordenen und darum relativ gering besteuerten Bezirke würden sich durch ihre Vertreter im Parlament einer solchen Veränderung mit Nachdruck widersetzt haben. Andererseits erschien kaum eine Änderung möglich, solange die Einsteuerungsbehörden, weil aus dem Kreise der Steuerpflichtigen genommen, stets befangen waren. Die seit 1693 dauernd fallenden Erträge führten schließlich dazu, 1697 in Anlehnung an das Ergebnis der 1692 auferlegten Rate von 4 s. per £ (2 Mill. £) eine einem Satz von 1 s. p. £ entsprechende Summe von ca. $^1/_2$ Mill. als fixierte Größe festzuhalten und je nach Bedürfnis ein Vielfaches davon grafschaftsweise zu repartieren nach dem Verhältnis von 1692, also ohne Berücksichtigung der von Davenant vorgeschlagenen Änderungen. Nominell bestand nach wie vor das Quotensystem, in Wirklichkeit haben wir aber nunmehr nichts anderes als die Umlegung fester Beträge — 1697 eine Ausschreibung von 3 s. per £, also 1,5 Mill. £ (vgl. Dowell, a. a. O., II/49). Man war damit freilich der Gefahr einer Minderung der Steuerergebnisse begegnet, im Prinzip aber doch wieder zu dem System der alten monthly assessments gelangt und behielt es auch fortan bei, die Steuer weiter nach der Repartition von 1692 zu erheben. Der Vorteil der gleichbleibenden Erträge wurde erkauft mit der allmählichen Versteinerung dieser Steuer, die zuletzt den Charakter einer Reallast annahm; es gelang dem Parlament nicht, wie Davenant es wünschte, die Steuer direkt und gleichmäßig in allen Grafschaften zu erheben: Notzeiten lassen kein genaues Ausprobieren steuerlicher Belastungsfähigkeit zu.

Die Schwierigkeiten liegen letzten Endes in dem schon frühzeitig entwickelten Freiheitsgefühl des englischen Volkes, dem Bestreben, jede Einmischung in die individuelle Freiheitssphäre nach Möglichkeit fernzuhalten, sich gegen jede Art von Kontrollmaßnahmen zu wehren. Auf der anderen Seite steht das jedem Steuerzahler innewohnende Streben, um es in Davenants Worten auszudrücken: „Of swearing not to have 100 £ who are generally thought to be worth 20000 £." Hinzu kommt, daß nach Vocke die damalige Zeit keinen Sinn für Entwicklung einer direkten Besteuerung hatte und ein mächtiger Einfluß, der zur Erhebung des Staatsbedarfs durch Konsumtionssteuern drängte, naturgemäß

jeglicher Reform der direkten Besteuerung abhold sein mußte (vgl. Vocke, Eine Geschichte der Steuern des Britischen Reiches, S. 501).

Holland war das große Vorbild für das Akzisenwesen, dem man nachzueifern suchte und das den Anstoß zu diesem Zeitstreben gegeben haben mag. Man sah, wie hier die Verbrauchsbesteuerung reüssierte, das ganze Staatswesen in finanzieller Hinsicht auf ihr basiert war, man sah auf der anderen Seite die Unmöglichkeit, die direkten Steuern des Heimatlandes durch schärfere Anfassung der reich gewordenen Landschaften zu reformieren, man sah die Unmöglichkeit, den Schwierigkeiten bei der Ertragsermittelung des beweglichen Vermögens Herr zu werden.

Ganz in diesem Zeitstreben steht auch Davenant: Nicht, daß er nicht noch einmal versucht hätte, wenn auch ohne positiven Niederschlag in der praktischen Steuerpolitik, zu einer Reform der Ertragsbesteuerung zu gelangen. Er sieht die Vereidigung der Einsteuerer als nutzlos an, da die Aufstellung der Verzeichnisse der steuerpflichtigen Personen doch von Interessenten beeinflußt würde; er will jedenfalls für die entfernteren Distrikte von einer pound rate absehen und sie analog der vom ersten Parlament nach der Revolution auferlegten monatlichen Schatzung mit 69000 £ belegen, eine pound rate jedoch für London, Middelsex und Westminster erheben. Als Grund der schärferen Anfassung letzterer erklärt er, daß „the home counties have every year more and more learnt of their neighbours to favour themselves in the levying of this tax" (I/278); andererseits soll den entfernteren Grafschaften eine gewisse Ruhepause gewährt werden, da sie ziemlich vom Geld entblößt seien und erst geraume Zeit nach dem Frieden (1697) „upon an equal foot of taxes with the rest of England" gestellt werden können (vgl. I/277 ff.).

8. Dem damals allgemeinen Gefühl, daß die Besteuerung fast ausschließlich in einer Belastung des Bodenertrags bestand und die „monied men" infolge der Schwierigkeiten bei der Ermittelung und Erfassung des beweglichen Vermögens der Besteuerung überhaupt entschlüpften — „neither money nor personal estate coming into the aid" (Dowell, a. a. O., II/47)[1] — gibt Davenant ebenfalls Ausdruck[2]. Wenigstens dort soll das bewegliche Ver-

[1] Petty charakterisiert ebenfalls die Schwierigkeiten, das bewegliche Vermögen zu erfassen (Taxes and Contr., S. 75).

[2] The usurers could never be effectually reached (I/57): . . . in taxing the people we have hitherto gone chiefly upon land and foreign trade (I/62).

mögen erfaßt werden, wo die Ertragsermittelung die geringsten Schwierigkeiten bietet und zwar in der Form der Kapitalrentensteuer. Hier ist ein vom Unternehmungskapital streng geschiedenes Steuerobjekt vorhanden, dessen Ertrag nötigenfalls ohne Selbsteinschätzung festgestellt werden kann, wenn es selbst seiner Größe nach meßbar ist. Davenant schätzt das „money at interest" auf 20 Mill. £, ohne anzugeben, welche Formen, in der es auftreten kann, er besteuern will. Es ist anzunehmen, daß er den Besitz der Staatsgläubiger und das in Form von Bankdepositen aufgespeicherte Geld im Auge hat: Deponierung von Geld ist seiner ganzen Einstellung nach schädlich, da es dem Verkehr entzogen wird, auf den es befruchtend wirken soll; die Staatsgläubiger sind die Nutznießer staatlicher Verschuldung, ohne produktive Gegendienste zu leisten.

9. Kritisch steht Davenant den unter Wilhelm auferlegten Kopfsteuern gegenüber, die freilich keine rohen Steuern waren, sondern, da sie mehr oder weniger auf den Stand Rücksicht nahmen, dem die besteuerte Person angehörte, sich mehr den Klassensteuern näherten. Allerdings wurden nach Davenants Meinung die Verschiedenheiten der Vermögens- und Standesverhältnisse zu wenig ins Auge gefaßt (I/28ff.), auf welcher Tatsache dann der Minderertrag gegenüber dem zu erwartenden beruhte. Vor allem macht er sich die damals immer mehr allgemein werdende Ansicht zu eigen, daß die Kopfsteuer die Steuerfähigkeit des arbeitenden Volkes zu hoch in Anspruch nähme (I/58), obgleich er in einer späteren Abhandlung diese Ansicht dahin modifiziert, daß die hohen Löhne der Kriegszeit einen gewissen Ausgleich geschaffen hätten[1]). Die Kopfsteuer hielt sich bis 1698, aber „unfair and unpopular it eventually was dropped, as unsuited to England" (Dowell, a. a. O., II/46).

Noch im Erscheinungsjahr 1695 des Essay Upon Ways and Means versuchte man die Ungerechtigkeiten durch eine Steuer auf Sterbefälle, Geburten, Heiraten usw. mit verschiedenen Sätzen der Standeszugehörigkeit entsprechend, wettzumachen (vgl. Dowell, a. a. O., II/46; Vocke, a. a. O., S. 514); sie hielt sich bis 1706, allerdings unter ständig sinkenden Erträgen dank schlechter Verwaltung, die Davenant 1698 bereits rügte (I/204).

---

[1]) Auch Petty spricht schon davon, daß die zu seiner Zeit erhobenen Kopfsteuern „wonderfully confused" waren, spricht sich aber doch für ihre Beibehaltung aus und verwirft nur die rohe Kopfsteuer (Taxes and Contr., S. 50 ff.).

B.

1. Die Zeit Wilhelms III. und der Königin Anna, die durch ihre ständige Suche nach neuen Steuerquellen charakterisiert wird, versuchte einen immer stärkeren Ausbau der Verbrauchsbesteuerung nicht allein durch Erfassung neuer Artikel, sondern auch durch starke Zuschläge auf die der Akzise bereits unterworfenen. Parallel geht eine gewisse Uninteressiertheit an der Entwicklung der direkten Besteuerung, wohl hauptsächlich in der Erkenntnis der technischen Unmöglichkeit, die tatsächliche namentlich im Einkommen zum Ausdruck kommende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu ermitteln. Beide Strömungen mußten in ihrer Verbundenheit dahin tendieren, die von dem revolutionären Parlament Carls I. durch die Initiative Pyms nach holländischem Muster eingeführten Verbrauchsabgaben zur Basis des gesamten Steuersystems zu machen. In dem Scheitern der 20 Jahre nach Davenants Tode eingebrachten Excise-Bill Walpoles, die dem Akzisensystem auf Kosten aller anderen Steuerarten eine bisher nicht gekannte Ausdehnung zu geben bestimmt war, sprach die öffentliche Meinung jener Tendenz das Urteil.

2. Auch die Bedeutung, die Davenant den Konsumtionssteuern zuschreibt, ist am holländischen Vorbild orientiert, andererseits aber auch an den theoretischen Erwägungen seines Vorgängers und bewunderten Vorbildes William Petty, der in seinem Treatise of Taxes and Contributions Verbrauchsteuern für wünschenswert hält, seinerseits aber auch wieder durch Hollands Beispiel beeinflußt ist (vgl. Taxes and Contr., S. 83 ff.; Pol. Arithm., S. 234 ff.).

Überhaupt ist das Akzisenwesen das Modeproblem der damaligen ökonomischen und politischen Literatur, wobei die Problematik in der Zweifelsfrage gesehen wurde, wer der endgültige Träger dieser Steuer war.

Eine allgemeine Theorie der Steuerüberwälzung findet sich bei Davenant nicht, ebensowenig wie bei Petty, der jedoch anzunehmen scheint, daß die Steuer auf dem Verbraucher lastet (Taxes and Contr., S. 83 ff.). Wohl erkennt Davenant die Tatsache der leichten Überwälzbarkeit der Verbrauchsabgaben im privatwirtschaftlichen Tauschverkehr vom Steuerzahler auf den Steuerträger, und daß die niederen Schichten als das schwächere Element bei der Besteuerung von Gütern des Massenverbrauchs die kopfsteuerartige Wirkung spüren müssen. Deshalb erscheinen Davenant die dem Luxuskonsum dienenden Gegenstände als

am meisten zur Steuererhebung geeignet; sie haben jedoch den jedenfalls damals schwerwiegenden Nachteil der geringen Ergiebigkeit (I/66).

3. In seinem ersten Werk hofft Davenant der Überwälzung durch obrigkeitliche Preistaxen (laws of assize) begegnen zu können, um die die Steuer zahlenden Händler, deren enormen Gewinne er wiederholt betont, auch zu deren Träger zu machen, zumal sie oft die Preise über den Steuerbetrag hinaus erhöhten, eine Tatsache, die Davenant als unerwünschte Wirkung der Verbrauchsbesteuerung ansieht (I/286). Davenant erkennt das Problem der Steuerüberwälzung als ein Problem der Preisgestaltung, die Frage ist für ihn, ob staatliche Preisfestsetzungen genügende Gegenkräfte darstellen, die es ermöglichen, den Händlern einen Teil ihres großen Gewinnes abzunehmen. Nach ursprünglicher Bejahung dieser Frage (I/64 ff.) kommt er später zur gegenteiligen Ansicht: Obrigkeitliche Taxen verhindern doch nicht, daß der Verbraucher endgültiger Steuerträger wird, insbesondere daß die „Armen", die Masse der Bevölkerung, mehr für ihre Unterhaltsmittel zu zahlen haben.

a) Der Staat hat nicht in die freie Preisbildung einzugreifen, letztere gibt den Anreiz zu Produktionsverbesserungen. Es findet sich hier also eine gewisse Konzession an den Gedanken des segensreichen Wirkens der freien Konkurrenz, letztere aber nur gefaßt im Sinne der Abwesenheit von obrigkeitlicher Preisfestsetzung.

b) Erhöhte Lebenshaltungskosten geben, wenn in angemessenen Grenzen verbleibend, Anreiz zu Fleiß und Sparsamkeit und wirken insofern Reichtum schaffend. Dieser Gedanke ist Petty entlehnt, der geradezu erklärt, daß bei niedrigen Lebensmittelpreisen Arbeiter überhaupt nicht zu bekommen seien (Taxes and Contr., S. 87; Pol. Arit., S. 235). Diese Wirkung spielt jedoch nur eine untergeordnete Rolle in Davenants Ausführungen und wird durch die ungünstigen Folgen der Erhöhung der Lebenshaltungskosten verdeckt.

c) Die Preissteigerung lastet besonders auf den ärmeren Verbrauchern und führt zu Konsumtionseinschränkungen mit entsprechend ungünstiger Wirkung auf den landwirtschaftlichen Reinertrag (I/64). Daher ist die Besteuerung nicht lebensnotwendiger Gegenstände vorzuziehen und geeignet, dem Luxusstreben Einhalt zu tun; da der Genuß hier zum speziellen Steuerobjekt gemacht wird, sind die entsprechenden Gegenstände als „proper commodities to lay excises upon" (I/66) anzusehen.

d) Später nähert sich Davenant mehr der Munschen Anschauung, daß die Löhne im Verhältnis der erhöhten Preise der Unterhaltsmittel steigen müssen (vgl. Mun, a. a. O., Ch. XVI). Er betrachtet diesen Vorgang unter dem Gesichtswinkel der ungünstigen Folgen für den Außenhandel, insbesondere für den $^2/_3$ der Gesamtausfuhr ausmachenden Wollwarenexport, zumal die Wollmanufakte einen hohen Prozentsatz an Lohnarbeit enthalten (II/199 ff.), weist aber gleichzeitig hin auf das Geheimnis holländischer Konkurrenzfähigkeit, die er begründet sieht in der sparsamen Lebensweise des Volkes, die trotz hoher Verbrauchsbesteuerung keine Lohnerhöhungen notwendig macht. Das Resultat ist hier in England Produktionskostensteigerung mit entsprechend ungünstiger Wirkung auf die Handelsbilanz und damit auch auf die Entwicklung des Grund und Bodens, der letzten Endes also die ungünstigen Folgen der Verbrauchsbesteuerung zu tragen hat.

Konnte Davenant somit von der direkten Besteuerung seiner Zeit sagen, daß sie vorzugsweise das Land belastete, so auch von den Akzisen, wenngleich nicht in dem starken Ausmaße. Um so geringer ist dieser Druck, in je größerer Entfernung vom Lande sie auferlegt werden (I/224). Vorzuschlagen ist die Erhebung der Verbrauchssteuer unmittelbar vor dem Übergang der Produkte in den Konsum, gleichgültig welcher Art die Beziehungen zwischen Käufer und Verkäufer seien, ob letztere Produzenten sind oder die Waren selbst erworben haben (I/286)[1].

Ganz aufzuhalten ist diese Inzidenz der Verbrauchssteuern jedoch nicht; Davenant schließt sich dem Gedanken Lockes an, daß der Grundbesitzer letzten Endes die Staatssteuern trägt, ohne allerdings zur Forderung einer Alleinsteuer auf Grund und Boden zu kommen (vgl. Locke, a. a. O., S. 599); Davenant hält an der Verbrauchsbesteuerung jedenfalls für die Zeiten außerordentlichen Staatsbedarfes fest.

4. Welche Motive veranlassen Davenant, trotz der ungünstigen Wirkung an der Verbrauchsbesteuerung festzuhalten?

a) Der Grundbesitzer kann die Last der Akzisen, die auf ihn endgültig fällt, tragen, wenn er durch Förderung des Außenhandels entsprechend tragfähig gemacht wird. Andererseits wird diese schwere Last, die zu den Lasten der direkten Besteuerung

[1]) Auch Petty verlangt die Erhebung der Abgaben beim Übergang in den Konsum (Taxes and Contr., S. 83).

kommt, ihn im Parlament darauf dringen lassen, daß Verbrauchsabgaben nur in Ausnahmezeiten erhoben werden (I/77)[1]).

b) Akzisen haben den in kriegerischen Zeiten doppelt wertvollen Vorteil der hohen Ergiebigkeit: . . . „excises might maintain the whole war" (vgl. I/62, I/67, I/80).

c) Akzisen haben wenigstens den Schein der gleichmäßigen Belastung jedes Einzelnen für sich[2]): . . . „they would lie equally upon the whole" (I/62). Sie werden unbewußt und bequem gezahlt im Gegensatz zu den stärker fühlbaren direkten Abgaben[3]). Mit ihrer Hilfe ist der steuerpolitisch sonst kaum erreichbare Geldbesitzer wenigstens einigermaßen zu erreichen (vgl. New Dial., S. 217).

d) Das Hauptmotiv, das Davenant zum Befürworter des Akzisenwesens werden läßt, ist die Vermeidung von Eingriffen in die individuelle Freiheitssphäre des Engländers, die in allen staatlichen Maßnahmen leitendes Prinzip zu sein hat: „The Liberties of the people are the chiefest view" (I/71), wird aber in der direkten Steuererhebung nicht in genügendem Maße gewahrt, aber: . . . „the duties will be with much less clamour gathered where the business lies only between officers and public dealers, than where it is between the king's officers and private persons" (I/67/8). Eben wegen dieses Eindringens in das Heim des Engländers war die 1662 Carl II. gewährte Herdsteuer besonders verhaßt geworden, nicht allein wegen der verhältnismäßigen Begünstigung der Reichen. Es war ein kluger Schachzug des Oraniers, diese Steuer aufzuheben, um dafür die weniger fühlbaren Verbrauchsabgaben zu vermehren (vgl. Dowell, a. a. O., II/228).

5. Was die praktische Gestaltung des Akzisenwesens anlangt, so schenkt Davenant den Getränkesteuern als den ältesten Verbrauchsabgaben seine besondere Aufmerksamkeit.

Die Biersteuer, deren Ertrag schon bei ihrer Entstehung sehr beträchtlich war (vgl. Vocke, a. a. O., S. 383), ist für ihn nicht nur ein Beispiel für den Wert der Akzisenbesteuerung, sondern

[1]) Excises will always lie so heavily upon the landed men as to make them concerned in parliament, to continue such duties, no longer than the necessity of the war continues (I/77).

[2]) Auch bei Petty findet sich schon der Gedanke, daß alle zu den öffentlichen Abgaben beizutragen haben, „according to the share and interest they have in the public peace; that every man should pay according to what he enjoyes". (Taxes and Contr., S. 83, 87.)

[3]) When it is said, excises are easy, it is in respect of other taxes, and in regard they charge every individual man more equally than the other impositions (I/178).

ihr Studium ist besonders geeignet, Verständnis für die Verbrauchsbesteuerung zu gewinnen, wie auch nach ihrem Muster die Erhebung der Akzisen zu organisieren (I/68).

Wir übergehen die Einzelheiten (vgl. dafür I/68 ff., I/184 ff., I/198 ff., I/221, II/290) und erwähnen nur, daß Davenant nicht zu dem damals vielfach vorgeschlagenen Radikalmittel greift, die Biersteuer ganz aufzugeben und den entsprechenden Betrag auf Malz umzulegen. Dieses Verfahren würde seinem steuerpolitischen Grundsatz widersprechen, daß alle Akzisen in möglichster Entfernung vom Lande aufzuerlegen seien (I/224). Allerdings würde die Belastung des Hauptmaterials der Bierbereitung die Steuererhebung vereinfachen: „The first maker is best come at!" (I/224, I/286), die Produktbesteuerung ist jedoch beizubehalten: „They lie with most equality upon the whole body of the people and come not upon land in so direct a manner" (I/224).

Hinsichtlich der Branntweinakzise finden wir bei Davenant eine sich nicht auf den Zweck der Deckung des Finanzbedarfes beschränkende Auffassung der Steuer, sie soll so hoch gesetzt werden, daß sie den Branntwein verteuert und den Konsum desselben vermindert, soll also auf die Verwendung des Einzeleinkommens einwirken[1]). Damit tritt er der damals herrschenden Ansicht entgegen, daß die Branntweinerzeugung im eigenen Lande, die dem Verbot der französischen Einfuhr ihre Entstehung verdankte, dem Ackerbau förderlich sei (vgl. Dowell, a. a. O., II/54). Allerdings beruht sie auf heimischen Erzeugnissen, bringt aber auf der anderen Seite schwere Gefahren für die gesundheitliche und sittliche Konstitution des common people, des Magens des Staatskörpers, die viel schwerwiegender sind. Auch Davenant schließt sich also der von jeher allgemeinen Meinung an, daß die Produktion des Branntweins als etwas anzusehen sei, auf das man bei der Besteuerung wenig Rücksicht zu nehmen brauche.

Hinzu kommt die Tatsache, daß durch die Verhinderung der französischen Einfuhr der Zollertrag auf Branntwein aus Frankreich aufgehoben wurde und auch geordnete Handelsbeziehungen die Zolleinnahmen gegenüber dem Ertrag der Akzise in den Hintergrund treten lassen würden (vgl. V/374), der Staat in seinem eigenen Interesse also die Verbrauchsbesteuerung des Branntweins ausbauen mußte.

Erst $1\frac{1}{2}$ Jahrzehnte nach dem Tode Davenants folgte

[1]) There is no way to suppress the use of it so certain, as to lay such a high duty, as it may be worth no man's while to make it but for medecine (I/70).

man seinen Anregungen, als der Branntweingenuß in einer Weise überhand nahm, daß Regierung und Parlament aufmerksam und um die öffentliche Moralität besorgt wurden (vgl. Vocke, a. a. O., S. 373): Erhöhte Akzisen und Lizenzabgaben der Verkäufer waren die Folgen.

5. Die Hauptursache, daß die Verbrauchsabgaben nicht den veranschlagten Erfolg hatten, sieht Davenant in der schlechten Verwaltung durch eigene Beamte, an der wohl die traders und retailers ein Interesse haben, nicht aber die ganze Nation[1]). Diese Lockerung in der Verwaltung ist aber stets die Folge von schweren Kriegszeiten, hierin liegt letzten Endes der Grund für die seit 1689 ständig gefallenen Akzisenerträge, eine Tatsache, die Davenant an der Biersteuer demonstriert (I/175).

Das ständig wechselnde Machtverhältnis der Parteien verhinderte die Schaffung eines mit der Materie vertrauten Beamtenstandes[2]). Deshalb deutet Davenant in den Discourses on the Public Revenues schon an, das Übel mit der Wurzel auszurotten und dafür zu sorgen, daß das Wohl des Staates in erster Linie in Betracht kommt (I/181).

Gegenwärtig ergibt sich für Davenant aus der ganzen verworrenen inneren Lage und den Mißständen in der Steuerverwaltung die Frage, ob es nicht besser sei, daß, statt daß der Staat mit seinen Organen die Bestimmungen der Steuergesetze den Staatsangehörigen gegenüber zur Geltung bringt, das Steuererhebungsrecht privaten Pächtern gegen Höchstgebot zuzuerteilen sei (I/211). Davenant gibt zu, daß viele Gründe für und gegen die beiden verschiedenen Erhebungsmethoden anzuführen sind, erledigt aber die prinzipiellen Bedenken gegen die Steuerpacht, daß sie den Pächter bereichere, durch die Forderung einer kurzen Pachtzeit (I/216), Zusicherung einer bestimmten Rente an den König und eines Anteils am Mehrertrag über die veranschlagte Summe (I/230). Davenant tritt nicht ein für eine schematische Einführung des Pachtsystems, in Frage kommen die Akzisen, bei denen sich der Ertrag auf Grund allerdings sehr roher Schätzungen im voraus berechnen läßt (z. B. Malzsteuer I/219, Biersteuer I/175, Fenstersteuer I/204, 219).

---

[1]) A loose administration in the king's revenues is but a false way to popularity (I/229).

[2]) How can the respective branches be well managed, when the principal offices there-unto relating are, may be, 3 or 4 times in a few years, made a prey to the victorious party (I/180).

Die Wiedereinführung des Steuerpachtsystems wird dank des privaten Interesses und des Gewinnstrebens der Pächter die Möglichkeit geben, die Erträge schon erschlossener Steuerquellen weiter zu steigern und die Auferlegung neuer Steuern zu erübrigen, ist also ganz im Interesse des „landed interest", weil im entgegengesetzten Falle erhöhte Landsteuern nötig werden, die den Grund und Boden direkt belasten, oder Vermehrung der Akzisenarten, die in ihrer letzten Auswirkung auf ihn fallen I/230, I/77): „The people . . . abhor multiplicity of officers and a variety of new duties, which they will always think a greater weight than levying upon them ... those impositions with which they have been some time acquainted" (I/229). Die größere Ausschöpfung der Steuerquellen durch Einführung des Steuerpachtsystems ergibt nach Davenant einen Mehrertrag von 700000 £ (I/206).

Sehr optimistisch ist Davenant hinsichtlich der möglichen Bedrückung der Steuerzahler: Einmal sind es Leute von „dexterity and understanding", die sich diesem Beruf widmen, die in ihrem eigenen Interesse ein radikales Vorgehen vermeiden, dann aber auch werden die Friedensrichter stets ein „constant check upon their conduct" sein (I/227).

C.

1. Von der Besteuerung heimischer Erzeugnisse sind grundsätzlich zu trennen die Abgaben auf importierte fremdländische Erzeugnisse (I/285), die ihrer Natur nach Zölle waren, dem Wesen nach aber an der Grenze erhobene Verbrauchsabgaben. Freihandel bedeutet für Davenant nicht Abwesenheit jeglicher Finanzzölle, und die Zölle Wilhelms III. waren ihrer Absicht nach vorzugsweise als Finanzmaßnahmen gedacht (vgl. Vocke, a. a. O., S. 301), das finanzielle Moment war mehr entscheidend als das nationale. Wenn auch Davenant in erster Linie das wirtschaftliche Zollprinzip im Auge hat, so kommt er doch nicht dazu, die ganze Zollfrage einfach auf die Schutzzoll- oder Freihandelsfrage zu reduzieren. Es ist grundsätzlich festzuhalten, daß Davenant keine Befreiung importierter Waren von Verbrauchsabgaben fordert, nur eine Änderung der Erhebungsform, um den Kaufmann, dieses kostbare Mitglied des Volkes, nicht zu stark zu belasten und damit nachteilige Folgen für den Handel herbeizuführen, wie es seit rund 100 Jahren geschehen ist (vgl. New Dial., S. 185).

Hinsichtlich der importierten Waren ergibt sich für ihn, daß, je weiter die Steuer vom Kaufmann entfernt gelegt wird, um so

geringer die schädigende Wirkung auf den Außenhandel und damit auf die Landwirtschaft sein wird: „Foreign materials or manufactures made from them, are charged with less prejudice to trade in the hands of the last improver or retailer" (I/286). Auf diese Weise werden die Händler zu Steuerzahlern, ihre Manipulationen zur Abwälzung der Steuern will Davenant gerne hinnehmen, wenn nur der Handel von hohen Zöllen befreit wird (New Dial., S. 217), dem Handel wird dann kein wertvolles Kapital entzogen[1]).

Die hohen Finanzzölle sind nach Davenant die Ursache, daß dem Kaufmann die Möglichkeit genommen wird, den Handel zu intensivieren (I/31), sie lassen Handelszweige verloren gehen, die schwer wiederzugewinnen sind[2]). Im Endeffekt zeigt sich der Niedergang im Sinken der Zollerträgnisse selbst; nur kurzsichtige Politik oder Verfolgung privater Interessen kann den Handel nicht frei von derartigen Hemmnissen wissen wollen (I/31).

Am schädlichsten für den Handel ist für Davenant das Tonnen- und Pfundgeld, eine direkte Abgabe pro Schiffstonne, die naturgemäß für den Kaufmann sehr lästig sein mußte[3]). Aber auch die unzähligen Zölle, die das neue Regime auferlegte, das gewaltige Wachstum der Zölle nach Gattung und Größe (Vocke, a. a. O., S. 302) gruben sich selbst das Grab: Davenant vergleicht die Hauptzolleinnahmen von 1689 mit denen des Jahres 1693 und stellt fest, daß sie sich in absteigender Linie bewegen. Im Fallen der Zollerträgnisse kommt der Verfall des Handels und damit des ganzen staatlichen Lebens zum Ausdruck (I/136). Außer den Kriegsereignissen ist besonders die Höhe der Zölle für den Niedergang des Handels verantwortlich zu machen. Erniedrigung der Zölle bedeutet Kräftigung der Landwirtschaft und Hebung der Steuerkraft von Grund und Boden, der dann tragfähig gemacht wird für die direkten Steuern und die auf ihn endgültig fallenden Verbrauchsabgaben von heimischen und importierten Erzeugnissen (vgl. I/57).

---

[1]) Davenant ist also nicht wie Petty und Locke der Meinung, daß die Zölle ohne weiteres auf den Verbraucher überwälzt werden, sondern erst durch besondere Gestaltung der Erhebungsmethoden (vgl. Petty, Taxes and Contr, S. 43; Locke, a. a. O., S. 597/98).

[2]) Instead of loading that part of our strength, we ought to court and nurse it up with all imaginable art and care, it is a coy and fantastical lady, hard to win and quickly lost (I/30).

[3]) Auf die Abgaben per Schiffstonne wollte Petty die ganze Zollfrage überhaupt reduziert wissen, der Leichtigkeit der Erhebung wegen und zwecks Vermeidung von Schmuggelei (Taxes and Contr., S. 44 f.).

Allerdings wird man der angeblichen Abnahme des Tonnen- und Pfundgeldes von 600000 £ auf 286000 £ skeptisch gegenüberstehen und die Schätzung des Ergebnisses für 1689 als zu hoch annehmen müssen. Trotzdem ist die fallende Tendenz unverkennbar, die Davenant insbesondere der Überlastung des französischen Handels, die 70—80% des Warenwertes erreichte, zuschreibt. Er erkennt, daß die gewaltige Steigerung der Zollsätze in keinem Verhältnis zu den wirklichen Zolleinnahmen steht. Wie denn auch die Regierungszeit Wilhelms III. nur 13,3 Mill. £ an Zolleinnahmen verbuchte, also ca. 1 Million im Monatsdurchschnitt (vgl. New Dial., S. 82) gegen 780000 £ im Jahre 1689 (Vocke, a. a. O., S. 301).

In seinem letzten Werke spricht Davenant es nochmal aus: „The more the merchant is eased, the larger our importations will be; the customs will rise better" (V/386, vgl. auch V/387, V/430).

Nicht als ob der Kaufmann überhaupt nicht an der gemeinsamen Steuerlast mitzutragen hätte, ökonomisch ist freilich seine möglichst geringe Belastung zu befürworten. Der hohe Finanzbedarf des Staates kann jedoch ganz ohne Zolleinnahmen nicht auskommen; der finanzielle Zweck findet hier aber seine Schranken, er darf nicht von der Handelstätigkeit abhalten, die Kaufleute, diese wertvollen Staatsbürger, nicht abschrecken[1]). Vocke versucht, die ganze Besteuerung durch die Zollerhebung zusammenzustellen, eine schwierige Aufgabe bei der Verschiedenheit der Auflagen, die jeden Gegenstand betrafen und der Verschiedenheit der Berechnungsweise, teils als Wertprozente, teils als fixe Beträge für Maß oder Gewicht (vgl. Vocke, a. a. O., S. 305). Die allgemeine Stimmung war einer Vereinfachung des Zollwesens und einem Abbau dieser Abgabenart nicht günstig; erst das 19. Jahrhundert mußte kommen, um die Zollgesetzgebung zu reformieren, die allmählich überhaupt jeglichen Prinzips ermangelte.

2. Davenants Reports to the Commissioner zeugen davon, daß die Minderung übermäßiger Zollbelastungen und die dadurch entstehenden Lücken in den Einnahmen eines gesunden und von der Natur begünstigten Staatskörpers schnell wieder ergänzt werden würden. Allerdings ist zu sagen, daß eine derartige Finanzoperation nicht radikal durchgeführt werden konnte, sondern nur durch langsame Reduktion. Und auf der anderen Seite

[1]) If the duties are not so high as to compel merchants to withdraw their effects from commerce, a nation . . . can never fail of acquiring wealth by trade (V/453).

stand das gewaltige Defizit des Staatshaushaltes, veranlaßt durch den ungeheuren Kriegsaufwand der Regierungszeit Wilhelms und Annas, die nur durch wenige Friedensjahre unterbrochen wurde. Dieser Tatsache gegenüber vermochte sich auch das Ansehen, das Davenant als Generalinspektor für die Ein- und Ausfuhr genoß, nicht durchzusetzen. Das von ihm als den Handel besonders bedrohende 1694 auferlegte Tonnengeld wurde erst 100 Jahre später aufgehoben (vgl. Dowell, a. a. O., II/58). Erst im Jahre 1721 wurden, von 1722 anfangend, die Ausfuhrzölle auf eine Reihe britischer Industrieprodukte aufgehoben[1]). Der 1694 auferlegte und später mehrfach erhöhte Salzzoll, den Davenant für außerordentlich schädlich für die Schiffahrt hielt (II/268), bekehrte erst 1729 die öffentliche Meinung zu der Ansicht, die Davenant bereits 30 Jahre vorher aussprach, daß seine ganze oder wenigstens teilweise Aufhebung einen Aufschwung der Schiffahrt zur Folge haben würde, besonders durch die Erleichterung für die Fischerei.

Davenants Bemühungen, den Zoll auf den von den Kolonien importierten Zucker zu ermäßigen, haben ebenfalls keinen Erfolg gehabt (II/37). Allerdings war die von Jakob II. auferlegte zusätzliche Abgabe von importiertem Zucker unter Günstigerstellung des Produkts der eigenen Kolonien schon 1693 aufgehoben worden (Dowell, a. a. O., II/43). Bestehen blieben aber noch die allgemeinen Abgaben von 10%, die sich bis zum Tode Annas sogar auf 15% erhöhten und eine starke Benachteiligung der kolonialen Zuckerproduktion zur Folge hatten (vgl. Dowell, a. a. O., II/63, II/81).

Desgleichen hat Davenant Ursache, sich über die überspannte Belastung der Tabakeinfuhr zu beklagen, die gleich dem Zucker seit Jakob II. zu dem Tonnen- und Pfundgeld noch einen besonderen Zoll zu tragen hatte; dieser wurde im Gegensatz zu der additional duty auf Zucker, die 1693 aufgehoben wurde, auch fernerhin beibehalten und erhielt unter Anna den Charakter einer ständigen Abgabe (vgl. Dowell, a. a. O., II/67).

D.

Steuerpolitisch gewinnt die von Davenant hervorgehobene Parallelentwicklung von Boden und Landwirtschaft ihre besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß alle Steuern letzten

[1]) Die Bedeutung des Wollwarenexports, auf den Davenant wiederholt und nachdrücklich hingewiesen hatte, veranlaßte Aufhebung der Ausfuhrabgabe bereits 1700. (Vgl. Dowell, a. a. O., II/60.)

Endes vom Grundbesitzer getragen werden. Allerdings läßt er es dahingestellt sein, ob dieser den Pächter zwingen kann, die ihm auferlegten Lasten zu tragen. Nur andeutungsweise spricht er einmal von einer endgültigen Überwälzung auf die Kossäten, die als letzte Konsequenz umkommen müßten (vgl. II/201). Zu der physiokratischen Einsteuer gelangt Davenant nicht, die Grundbesitzer sollen auch fernerhin die Hauptlast der direkten Steuern tragen und die Verbrauchsabgaben in ihrer letzten Auswirkung an sich herankommen lassen. Der Grund und Boden soll aber entsprechend tragfähig gemacht werden: Auf der einen Seite gerechte Verteilung der direkten Steuern und Auferlegung der Verbrauchssteuern in möglichster Entfernung von ihm, auf der anderen Seite Erleichterung des Handels durch Verschiebung der Finanzzölle in die Sphäre der inneren Verbrauchsbesteuerung.

Es fehlt bei Davenant noch die Forderung, das Gerechtigkeitsprinzip zu der Grundregel weiter zu bilden, von der Steuerkraft des Einzelnen das gleiche Opfer zu verlangen und die Quote mit der Höhe des Einkommens steigen zu lassen.

Das soziale Gerechtigkeitsprinzip spielt bei Davenant keine Rolle, die Erkenntnis, daß die Akzisenbesteuerung wegen ihrer verhältnismäßig starken Belastung des Ärmeren aus sozialen Gründen verwerflich sei, liegt Davenant bei dem den ganzen Merkantilismus charakterisierenden Mangel an Achtung vor dem Arbeiter fern. Dieser war in seinen Augen eben nur Produktionsmittel, und die ursprünglich vorgesehene obrigkeitliche Preisfestsetzung zwecks Verbilligung des Lebensunterhalts geschah nicht aus sozialen Erwägungen heraus, sondern eben nur zu dem Zweck, dieses Produktionsmittel durch Lohnsenkungen zu billigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

7. Teil.

Davenants Ansichten über das Staatsschuldenwesen.

A.

1. Davenant gelangt nicht zu einer systematischen Darstellung des Staatsschuldenwesens, auch auf diesem Gebiete ist er grundsätzlich der Wirtschaftspolitiker, der praktische Ratschläge zur Abdeckung der trotz stärkster Anspannung der Steuerschraube damals kontrahierten enormen Schuldenlast geben will. Denn darin geht Davenant einig mit der ganzen späteren englischen Literatur, daß jegliche Staatsschuld etwas Verwerfliches sei, wie aus vielen Stellen in seinen Werken hervorgeht (vgl. z. B. I/80;

I/143; I/252). Diese spezifisch englische Auffassung ist das Spiegelbild der Tatsache, daß die englischen Staatsschulden fast vollständig auf den Unterhalt von Heer und Flotte ausgerichtet waren, der in der damaligen fast ununterbrochenen Kriegszeit mit den wenn auch erhöhten Abgaben nicht mehr möglich war; sie entzogen der englischen Volkswirtschaft Kapital, das unwiederbringlich verloren ging. Es ist verständlich, daß Davenant zu einer der Aufnahme von Staatsschulden optimistisch gegenüberstehenden Anschauung nicht gelangen konnte, für ihn gab es noch keine Schulden, die das Wohl des Landes beförden konnten; es gab bei ihm noch keine Loslösung von Kapitalüberschuß beim einzelnen Wirtschaftssubjekt zwecks Verwendung durch den Staat als das, was wir in der Volkswirtschaft Unternehmungskapital nennen.

2. Die Staatsschulden der damaligen Zeit waren im allgemeinen schwebende Schulden, die für das laufende Bedürfnis der Staatsverwaltung eingegangen wurden, auf Anticipation von Steuern beruhend oder einfache Zahlungsrückstände. Die mangelhafte Voraussicht in die Höhe der künftigen Einnahmen, ihre schlechte Verwaltung, mußten die Entstehung einer Staatsschuld aus der Unfähigkeit, die Rückzahlungstermine der schwebenden Schuld innezuhalten, begünstigen. Nach Vocke wurde es nach der Revolution gebräuchlich, für jede Geldbewilligung sogleich die Ermächtigung zur Aufnahme der ganzen Summe als Anleihe zu erteilen; bedeutende Reste der in dieser Art kontrahierten Anleihen blieben jedoch ungedeckt, weil die verpfändeten Steuerquellen nicht die veranschlagten Einnahmen brachten (Vocke, a. a. O., S. 58).

Die bis zum Ryswicker Friedensschluß kontrahierten Staatsschulden beziffert Davenant auf 17,5 Mill. £, die nur zu einem Teil durch ausreichende Fonds gedeckt waren (I/237 ff.). Das Jahr 1710 zeigt dann eine Schuldenlast von fast 28 Millionen, die vom Parlament gesichert waren, mit einer jährlichen Zinslast von 1,8 Mill. £ (vgl. New Dial., S. 84). Hinzu kommt noch die große Zahl ungedeckter Schulden, deren genaue Summe Davenant nicht angibt: „I can tell you in general, they are very large" (New Dial., S. 145). Am drückendsten erscheint ihm die Navy Debt (a. a. O., S. 87) für den Staatskredit, die von der Verpflegungsverwaltung der Seemacht ausgestellten Anerkennungen eines Zahlungsrückstandes; ferner die Deficiencies, die daraus entstanden, daß die Abgaben, aus denen die Fonds gebildet waren, nicht den erwarteten Ertrag hatten. In seinen Discourses upon the Public Revenues ist Davenant der Meinung, daß die Schulden, die

keine Anticipationsschulden waren, durch Anspannung der Steuerschraube abgedeckt werden könnten. Wir übergehen die Einzelheiten, welche Steuerarten angewandt werden sollen und kennzeichnen die leitenden Gedanken:

a) Die Schulden sind mit dem Zwang zur Zinszahlung verbunden, die eine Last für das ganze Land bedeuten durch den Zwang zu erhöhter Steuerleistung, die vorwiegend auf dem Handel und dem Grundbesitz lasten. Gelingt die Abdeckung der Schulden nicht, so wird ein allmählicher Verfall des ganzen Wirtschaftslebens eintreten (II/283). Je weniger aus dem jährlichen Volkseinkommen an Steuern hingegeben werden muß, desto besser gedeihen Handel, Landwirtschaft und die Manufakturen (I/238; I/256/7), darum bedarf es einer großen Anstrengung, die Schulden abzustoßen, zumal England im Verhältnis zu Frankreich bisher nur wenig mehr im Vergleich zum jährlichen Einkommen aufbrachte als Frankreich in Friedenszeiten. Steigende Schuldaufnahme ist schädlich wegen der Verwendung zu unproduktiven Kriegsausgaben.

b) Die Zinszahlung begünstigt die Klasse der Geldbesitzer [1]), denen die Einkünfte aus ihren Staatspapieren eine sichere Quelle des Unterhalts geben zu Lasten der anderen Volksgenossen, d. h. besonders zu Lasten der Grundbesitzer, auf die letzten Endes alle Steuern fallen (vgl. I/156; I/236). Später erwähnt Davenant, daß der bequeme und lohnende Zins- bzw. Rentengenuß aus staatlichen Anleihen in ständig wachsendem Maße dazu verführe, Geld aus den Kanälen des Handels, in denen es zum Wohle des Ganzen wirkt, herauszuziehen und in Staatspapieren anzulegen (Nat. Credit. S. 4).

Der in Anlehnung an das holländische Beispiel oft propagierten Konsolidierung der Staatsschulden steht Davenant ablehnend gegenüber. In Holland ist sie ungefährlich, weil der Konsum dort alle Steuerlast trägt, in England würde sie wohl im Anfang Erleichterung gewähren, sich späterhin aber zu einem Krebsschaden am Volkskörper entwickeln (I/256).

c) Hinsichtlich der Anticipationsschulden, entstanden aus dem chronischen Zurückbleiben der Steuereinnahmen hinter der veranschlagten Summe, ist für volle Deckung zu sorgen, da sonst immer wieder neue ungedeckte Schulden entstehen müssen. Bedenklich ist der Kursfall, den die ausgegebenen tallies erleiden

[1]) The land and labour of the people must go to enrich the monied men and usurers (I/254).

müssen und der Zwang zu ständig erhöhten Zinsen, „which for these years have been the bane of our affairs, and have plunged the public into most of the present difficulties“ (I/275). Von Wichtigkeit für die Hebung des Staatskredits erscheint ihm die Kombinierung einer Reihe von Steuereinnahmequellen zu einem Generalfonds zwecks Verzinsung und Tilgung der ausgegebenen tallies (I/257 ff.).

d) Charakteristisch für die früheren Schriften Davenants ist folgendes: Er verlangt eine einmalige Anstrengung, um der ungedeckten Schuldenlast Herr zu werden und durch Schaffung ausreichender Fonds die entsprechend ausgegebenen Staatsobligationen zu besserem Kredit zu bringen und die Schuldenlast zu reduzieren (vgl. I/157; I/273; I/288). Auf diesem Wege erhofft er eine Ankurbelung des ganzen Wirtschaftslebens[1]).

e) Ein außerordentliches Mittel zur Abdeckung der Staatsschulden sieht Davenant in der Verwendung des nach Niederkämpfung des irischen Aufstandes eingezogenen Landbesitzes der Rebellen (ca. 700000 Acres), der zum größten Teil den persönlichen Freunden des Königs zum Geschenk gemacht worden war. Macaulay schildert den dramatischen Verlauf, den die Austragung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Häusern des Parlaments nahm (Macaulay, a. a. O., V/261 ff.). Davenant greift in längeren Ausführungen in diesen Tagesstreit ein (III/58 ff.) und sucht zu beweisen, daß die Verfassung die Zurücknahme schon gemachter Geschenke in Landbesitz ermögliche und das gesamte englische Volk ein Anrecht auf die eingezogenen Landgüter habe. Der richtige Weg sei dann ihre Verwendung zur Reduzierung der Staatsschulden.

B.

1. In den späteren Werken Davenants tritt jener Gedanke mehr zurück wohl angesichts des beständigen Ansteigens der Schuldenlast, die unter Annas Regierung dank der erneuten kriegerischen Verwicklungen auf dem Kontinent ein beängstigendes Ausmaß annahm und ausreichende Fonds allmählich überhaupt nicht mehr aufzutreiben waren. Ein Aufenthalt in Holland um

[1]) He that would propose a scheme for his country's good, should contrive to render these yearly payments as little burthensome as possible, to land, trade, and the manufactures, which are the three feet upon which this nation stands. If supplies can be so ordered, as to to shake none of these three pillars, our annual income may so encrease, as that our payments will be less and less felt every year (I/269/70).

1704 oder 1705 — in den New Dialogues spricht Davenant von Beobachtungen, die er dort vor 5 Jahren gemacht hätte (S. 195; 231) — sowie „considerable Dealings there, and constant Intelligence from thence" (New Dial., S. 222) mögen ihm den Blick geschärft haben für die Methoden des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, der von der Bank von Amsterdam aufrechterhalten wurde (vgl. New Dial., S. 95ff.). Er erkannte, welche Bedeutung die Verwendung der staatlichen Schuldverschreibungen als Zahlungsmittel haben mußte, wenn es vermieden werden konnte, daß sie im Verkehr ein Disagio dem Bargeld gegenüber erhalten würden. Alle Welt muß sehen, sagt er am Schlusse der New Dialogues, wie notwendig es ist, den Staatskredit zu heben und den Geldsurrogaten ihren Wert zu verleihen, mögen die Wege zur Erreichung dieses Zieles auch verschieden sein.

2. Hinzu kam die Krisis, die 1704 hereinbrach und sich im Kursfall besonders der Bankanteile und der stocks der Ostindischen Companie offenbarte, deren dominierende Stellung auf dem Effektenmarkt naturgemäß den Wert der als Zahlungsmittel benutzten Staatsobligationen ungünstig beeinflussen mußte (vgl. Scott, a. a. O., III/220).

Die Lage der Bank von England erschien infolge der gesteigerten Bargeldnachfrage gefährlich; dieser Run sowie die Zahlungseinstellung der Bank von Schottland (vgl. Scott, a. a. O., I/373) mögen mit dazu beigetragen haben, Davenant vor einer strikten Nachahmung des holländischen Beispiels zu warnen und das sich durch seine ganzen Schriften ziehende grundsätzlich allerdings auf politischen Motiven beruhende Mißtrauen der Bank von England gegenüber zu stärken. Zudem zeigt das Jahr 1705 eine tiefe Depression im Handel (vgl. Chalmers, a. a. O., S. 90).

3. War oben die sich vermindernde Steuerbelastung das Mittel zur Ankurbelung des ganzen Wirtschaftslebens, so erscheint in der 1704 oder 1705 erschienenen Abhandlung über den National Credit of England[1]) die Entwicklung der Produktiv-

[1]) Ballière gibt als Erscheinungsjahr des „Essay upon the National Credit," eine an ein Unterhausmitglied gerichtete Denkschrift, das Jahr 1710 an, ebenfalls trägt das Exemplar der Hamburger Universitätsbibliothek die handschriftlich hinzugefügte Jahreszahl 1710. Der ganze Inhalt der Schrift jedoch deutet darauf hin, daß sie eine Frucht der holländischen Erfahrungen ist. Es läßt sich als Erscheinungsjahr 1704 oder 1705 annehmen, da Davenant in Sekt. 12, S. 31 von den Exchequerbills spricht und hinzufügt: „Which were set on foot about Eight Years ago." Tatsächlich wurden diese 1696 zum ersten

kräfte als das primär zu Fordernde, die naturgemäß einen höheren Steuerertrag im Gefolge haben mußte, der dann die Fonds stärkte und die Abdeckung der Staatsschulden ermöglichte. Das belebende Agens findet Davenant in der Schaffung von Geldsurrogaten zur Abhilfe des Bargeldmangels, denn dieser bedeutet eine empfindliche Störung des ganzen Wirtschaftslebens (vgl. I/134). Schaffung von Geldersatzmitteln hat wieder eine Festigung des staatlichen Kredits zur Voraussetzung. Schaffung von Papierzahlungsmitteln ist Mittel zu dem Zwecke, nach dem starken Aderlaß des Krieges bares Geld wieder ins Land zu bringen: „And we have so vast a native Product of our own, such beneficial Plantations and such gainful Branches of Foreign Traffick, as in Times of Peace will soon restore us to our former Wealth; provided that in the Interim we have Tools to work with, which at present must unavoidedly be had out of Paper Credit well strengthen'd and secur'd by Parliament (New Dial. S. 169/70).

Der nach Helander (Theorie und Politik der Zentralnotenbanken, Jena 1916, S. 3) in der frühkapitalistischen Literatur vor Law schon wiederholt hervorgetretene Gedanke der Allmacht des Kredits ist also auch Davenant eigen. Jedoch ist er nicht der Ansicht, daß dem Kredit unmittelbar Kapital bildende Kraft zukomme, wenn auch einige Äußerungen zu der Annahme verleiten könnten[1]). Aus seinen weiteren Ausführungen läßt sich aber herleiten, daß er diesen Irrtum der Lawschen Kreditgeldtheorie nicht teilt.

a) Davenant sieht in den Kreditzahlungsmitteln keine rein formale, sondern eine fundierte Kaufkraft durch Anticipation von Revenuen. In seinem ersten praktischen Vorschlag (in dem Essay über den Nationalcredit) wendet er sich gegen die „boundless Power of extending the Credit, as Bank and Bankers have" (Nat. Cred., S. 35) als der Regierung nicht angemessen und verlangt nur Schaffung von Zahlungsmitteln im Umfange der „real Funds given by the Parliament" (a. a. O., S. 35).

Kredit ist für ihn also nicht, wie nach Helander für die Zeit Laws typisch, die Notenbank. Davenant polemisiert gegen

---

Male ausgegeben und errangen sich seit 1697 eine dominierende Stellung in der englischen Staatswirtschaft.

Der Widerspruch ergibt sich vielleicht aus der Tatsache, daß damals Schriften oftmals später gedruckt wurden als sie geschrieben waren.

[1]) Z. B. Now as much of this Credit as passes will always be so much additional Stock to our Trade. (Nat. Cred., S. 16; ferner I/442.)

Petty, der durch künstliche Kapitalschaffung mittels einer Bank eine Erweiterung des Handels erwartet (I/446)[1]. Kredit ist für ihn die Staatszentralkasse, der Exchequer. Das Vertrauen, das er genoß, ermöglichte die Annahme der ausgegebenen tallies an Zahlungsstatt ohne Diskont, besonders die 1696 erstmalig ausgegebenen Exchequerbills fungierten als eine Art Staatsnoten (I/446).

Kredit, hier im Sinne von Staatskredit, ist seinem formalen Begriffe nach für Davenant weiter nichts als das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit des Staates als Schuldner[2]. Daher spricht er die Errichtung allgemeiner Fonds 1697 und 1702 aus einer Reihe von Einnahmequellen als kluge Schritte zur Hebung des staatlichen Kredits an.

Kredit ist keine Neuschaffung von Kapital, das Land wird durch die Schaffung von Geldsurrogaten an sich nicht reicher (vgl. New Dial., S. 94).

b) Niemals kann Geld ganz durch Kreditzeichen ersetzt, sondern nur erspart werden. Wenn Davenant sagt, daß Geld die Quelle des Kredits sei, so heißt es, daß ein genügender Geldvorrat vorhanden sein muß, um das Vertrauen auf die Einlösbarkeit nicht zu stören. Dieses Vertrauensmoment ist wesentlich für die Verwendbarkeit als Umlaufsmittel (vgl. I/447).

c) Die Schaffung von Kreditzahlungsmitteln ist nur ein temporäres Mittel. Würde Davenant wie Law Vermehrung des Kredits als gleichbedeutend mit Vermehrung des Geldes ansehen, würde er seine Benutzung als dauernde Einrichtung empfehlen, nicht nur um die Produktivkräfte anzuregen zwecks Hereinbringung von neuem Bargeld. Kreditzahlungsmittel dienen zur Überwindung der Schwierigkeiten, die ihre Ursache haben einerseits in dem Bargeldentzug durch die Kriege, andererseits durch die zunehmende Hortung des noch vorhandenen Geldes seitens der Geldbesitzer, um es dem Staate auf dem Anleihewege zur Verfügung zu stellen (vgl. Nat. Cred., S. 4).

4. Der praktische Plan Davenants beruht auf einer Festigung des Staatskredits durch das Parlament und der Mobilisierung

---

[1]) . . . Which shall furnish Stock enough to drive the Trade of the whole Commercial World. (Petty, Quantulumcunque, Macculloch, Tracts on Money, S. 165.)

[2]) Nothing is more fantastical and nice than credit, it is never to be forced, it hangs upon opinion; . . . credit, though it may for a while be obscured and labour under some difficulties, yet it may in some measure, recover where there is a safe and good foundation at the bottom (I/151).

der auf künftige Steuereingänge hin zur rascheren Flüssigmachung der bewilligten Gelder ausgegebenen Zahlungsanweisungen (a. a. O., S. 8), unter Ausschaltung der Bank von England und ausdrücklichem Verzicht auf die Exchequerbills. Die Entwertung der Bills gegenüber dem Metallgelde wird folgendermaßen vermieden:

a) Das Parlament hat nicht allein zur Deckung der aus den Anleihen hervorgehenden Verpflichtungen für entsprechende Steuereingänge zu sorgen, sondern auch die Schwankungen der verpfändeten Einnahmequellen zu bemessen zur Vermeidung von Ausfällen und somit ungedeckten Resten der kontrahierten Anleihen (vgl. a. a. O., S. 12; 31f.). Davenant erwähnt einige technische Einzelheiten, um zu erreichen, daß Bills ausgegeben werden, „only so far as real Founds given by the Parliament will reach" (vgl. a. a. O., S. 9; 35f.).

b) Die Verwendung als Zahlungsmittel zum Nennwert bei allen Steuerzahlungen wird allein schon genügen, die Parität mit dem Metallgelde aufrechtzuerhalten, und, obgleich eine Stelle zu errichten ist zwecks jederzeitigen Umtausches in Bargeld, hält Davenant jedoch einen allgemeinen Run für ausgeschlossen (a. a. O., S. 9; 27f.). Die Abhängigkeit von einem privaten Zirkulationskapital erscheint ihm wegen etwaiger Schwierigkeiten bei der Einziehung der gezeichneten Summen — accidental Disability, ill Design" — zu gefährlich (a. a. O., S. 11).

c) Zinsgewährung ist nicht angebracht, die Fundierung ist eine derart vorzügliche, daß jene, anders als wie bei den Exchequerbills, nicht in Frage kommt, im Gegenteil nur Hortung veranlassen würde (a. a. O., S. 32).

5. Die günstigen Folgen sind:

a) Ankurbelung des ganzen Wirtschaftlebens durch Schaffung von Zahlungsmitteln, die vom Verkehr bereitwillig genommen werden. Bargeld strömt dann wieder in erhöhtem Maße ins Land.

b) Fernere Anleihen können dann zu günstigeren Bedingungen auferlegt werden, die Geldbesitzer haben infolge der für sie verschlechterten Zeichnungsbedingungen ein vermindertes Interesse daran, ihr Geldkapital dem Handel zu entziehen.

Es resultiert ein Aufschwung des Wirtschaftlebens, die Steuern fließen reichlicher, den Ansprüchen des Staates kann besser genügt werden.

c) Verankert ist das ganze Kreditsystem in der fortlaufenden Kontrolle der Ausgabe der Bills durch das Parlament: „Not only

the Power of Giving is in the Parliament, but the Application also of what is given" (a. a. O., S. 36); die Höhe der Bills ist an der des vorhergehenden Jahres zu orientieren, um nach Möglichkeit zu erreichen, daß die anticipierten Steuereingänge die ausgegebenen Zahlungsanweisungen decken. Davenant erkennt, daß ungedeckte Neuausgaben die Position des Staates verschlechtern müssen (a. a. O., S. 37).

d) Eine Bedrohung der „Liberties" des englischen Volkes befürchtet er nicht (a. a. O., S. 34 f.).

6. Die diesem Vorschlag zugrunde liegenden theoretischen Gedanken finden sich zum Teil bereits in dem Discourse of Trade, Coyn and Paper Credit Pollexfens. Wenn Davenant gleich letzterem sagt, daß das bare Geld niemals ganz durch Kreditgeld ersetzt werden könne, so stellen sich beide einer damals weit verbreiteten Ansicht entgegen (vgl. Pollexfen, a. a. O., S. 64 f.). Beide betonen die Wichtigkeit der ausreichenden Steuerfundation und der Möglichkeit der Bareinlösung (Pollexfen, a. a. O., S. 67; 71). Hinsichtlich der praktischen Gestaltung legt Pollexfen aber mehr Wert auf Mobilisierung der in der Bank deponierten Gelder durch Notenausgabe (a. a. O., S. 69), während Davenant die staatlichen Schuldverschreibungen als Zahlungsmittel benutzen will.

C.

1. Die im Laufe des spanischen Erbfolgekrieges stark anschwellende Verschuldung Englands, der gewaltige Geldentzug durch den Kampf auf dem Kontinent und den Konkurrenzkampf der beiden rivalisierenden ostindischen Companien veranlaßten Davenant, sich in den „New Dialogues" mit „The Present Posture, of Affairs" zu befassen.

Die „New Dialogues" sind durchzogen von dem Streben, Manipulationen der Geldaristokratie mit entsprechend ungünstiger Beeinflussung des Staatskredits entgegenzuwirken. Tatsächlich erreichte der Staatskredit gegen Ende des Jahres 1710 einen enormen Tiefstand: Scott (a. a. O., I/386 ff.) kennzeichnet die damalige Situation ungefähr folgendermaßen: Hohe Steuerlasten, starker Kursfall der Staatsobligationen und der Bankanteile, Disagio der Exchequerbills bis 3%, und starke Erregung der Staatsgläubiger. In dieser Zeit der Depression erschienen Davenants satirische Gespräche.

Der „Trueman" Davenant wirkt dabei im Staatsinteresse, der Hintergrund seiner Ausführungen jedoch ist ein parteipoli-

tischer: Der Kampf des Vertreters der Agrarinteressen gegen die rücksichtslosen Reichtumsjäger, des Tory gegen die modernen Whigs, die sich mit den Parvenus, den Neureichen, identifiziert hatten und an zunehmender Verschuldung des Staates stark interessiert waren.

2. Hebung des Staatskredits bedeutet für Davenant zunächst, die staatlichen Schuldverschreibungen auf pari zu bringen, d. h. den bei den verschiedenen Fonds je nach Sicherheit und der Länge der Zahlungsfristen verschieden hohen Diskont zu beseitigen. Davenant sieht diesen Kursfall begründet in dem „avarice" der Geldbesitzer, dem ein gewisser Zügel angelegt werden muß[1]). Das Mittel findet Davenant in einer gesetzlichen Fixierung des Zinssatzes für Staatsanleihen. Übertretungen werden durch Strafandrohungen vermieden werden können.

a) Die Staatsanleihen werden bei einer Zinsreduktion auf 6% disponible Kapitalien leichter und ohne Zwang zur Prämiengewährung an sich ziehen können.

b) Einer weiteren Zinsermäßigung würde Davenant nicht ablehnend gegenüberstehen, einmal aus der Natur der Staatsanleihen heraus, die nicht zu produktiven Zwecken verwandt wurden, weil die effektive Produktion keine Vergrößerung erfuhr und die Zinsen nicht aus werbend angelegten Kapitalien stammten, oftmals sogar das zur Verzinsung notwendige Geld selbst wieder geborgt werden mußte.

c) Zinsreduktion ist auch ein Mittel, Ungleichheiten in der Verteilung des Nationaleinkommens zu begegnen. Die Geldbesitzer haben das bare Geld aus den Kanälen des Handels gezogen, auf dem Wege der Besteuerung ist ihnen schwer beizukommen. Fortgesetzte Staatsanleihen mit hohem Zinsfuß müssen naturgemäß bewirken, daß mehr Kapitalien angesammelt werden als ohne den durch jenen gegebenen Anreiz. Die Folge wird sein, daß bei stärkerer Verschuldung der Geld-Kapitalistenstand auch die politische Macht an sich reißen wird (vgl. IV/256; New Dial., S. 156 f.). Das hohe arbeitslose Einkommen, das jener Klasse aus der starken Verschuldung zufließt, steht in krassem Gegensatz zu den geringen Gewinnen, die den produktiven Klassen zufließen. Der Ertrag der Landwirtschaft ist weit unter dem Zinsfuß, die Regierung wirkt durch ihr hohes Zinsversprechen vernichtend auf sie ein.

Zinsreduktion wird hier unter ethischem Gesichtswinkel gefordert (vgl. oben S. 30 f.). Gesetze zur Zinsfußsenkung sind ohne

[1]) Avarice, if it be suffered to go loose, ranges very far, and devours all it meets with. (New Dial., S. 154 f.)

Vorangehen des Staates wirkungslos (I/288), Zinsreduktion übt ihre Wirkung auf die Höhe der Zinsforderungen im privaten Kreditverkehr aus: Borgt der Staat zu 4%, wird der Privatsatz auf 3% sinken (IV/432). Davenant behauptet, die Erfahrung habe gezeigt, daß eine Senkung von 10 auf 8% eine beträchtliche Handelsausdehnung zur Folge gehabt habe (I/24).

Die nachteiligen Wirkungen der Staatsanleihen auf die Verteilung des Nationaleinkommens sieht Davenant durch entgegenwirkende Ursachen gemindert. Die anderen Bevölkerungsschichten, die zahlenmäßig dem monied interest weit überlegen sind, werden um so eher die Hand bieten, die Neureichen zu bekämpfen.

Das Bestreben der Plutokratie geht dahin, den Staat in immer tiefere Schulden zu stürzen, sieht aber die Öffentlichkeit das ernste Streben, die Steueranticipationen nicht über ihre Fundationen hinausgehen zu lassen und die Verwaltung zu bessern, so werden fernere Anleihen, auch wenn die monied men ihre Beteiligung zurückziehen sollten, doch untergebracht werden können.

Nötig ist allerdings, durch kleine staatliche Obligationen jenen die entsprechende Form zur Anlegung von Ersparnissen zu bieten. Die Subskriptionen zur Bank und der Ostindischen Companie kamen bisher wegen der geforderten Mindesthöhe der Zeichnungen nicht in Betracht, Annuities for Life, die den beschränkten Mitteln der niederen Klassen eher angepaßt waren, kamen selten vor, da die jährlichen Rentenzahlungen die Aufbringung großer Summen erforderlich machten (vgl. New Dial., S. 159 f.).

3. Davenant wendet sich gegen einen weiteren Übelstand, der seine Wirkung im Sinken des Wertes der Staatsanleihen zeigt: Mißbräuchliche Beeinflussung der Preise der stocks, d. h. zur Hauptsache der Kurse der Subskribentenanteile an der Bank und der Ostindischen Companie mußte bei der Bedeutung beider Institutionen, in denen $^1/_3$ des vom monied interest überhaupt ausgeliehenen Geldes investiert war (New Dial., S. 111), ein Moment der Unsicherheit zum Schaden des Staatskredits auch in die übrigen Anleihen hineintragen[1]) und die Verwendung der Anteile jener Korporationen als Geldsurrogat trotz der leichten Übertragbarkeit ausschließen (a. a. O., S. 133).

Wir werden durch Davenant hineingeführt in die damalige

[1]) For our National Credit in a great Degree, is influenced by the current Price of Stocks. The Bank and East India Stocks generally govern the current Price of the other Funds. (New Dial., S. 109; 95.)

Spekulationsepoche, in der die Companiedirektoren als größte Spekulanten auftraten, die Geldleute bestrebt waren, ihr Vermögen zu vergrößern vermittels Beeinflussung der Kurse durch Scheingeschäfte, nicht durch Teilnahme an Produktion oder Handel zum Wohle des ganzen Landes.

4. Trotzdem erkennt Davenant die hohe Bedeutung der beiden Companien für die Festigung des Staatskredits an durch das in ihnen verwirklichte Prinzip der Inkorporation der Staatsschulden. Insbesondere von der Bank erwartet er für die Zukunft, daß sie sich durch ein inniges Verhältnis zur staatlichen Finanzverwaltung auf der Basis ihres eigenen Kredits beim Publikum zum Hauptstützpunkt des Staatskredits entwickelt. Der Tory Davenant muß also den Erfolg der whigistischen Gründung anerkennen, der er noch 1698 ablehnend gegenüberstand (I/446). Trotzdem betrachtet er die Bank als ein notwendiges Übel, dem er Bedenken ökonomischer Art entgegenbringt: Wohl erwies die Bank seit ihrer Gründung ihren Nutzen für den Staat und den Staatskredit, fraglich ist aber, ob die Mobilisierung der staatlichen Schuldverschreibungen durch Ausgabe eigener Kreditbillette seitens der Bank nicht über die wahre Verminderung des Bargeldbestandes des Landes hinweggetäuscht habe (vgl. New Dial., S. 111, 118, 126).

Die Erkenntnis, daß der Staatskredit zum großen Teil auf dem eigenen Kredit der Bank beruht, veranlaßt Davenant zu der Forderung: „That the Bank should be cherish'd, encourag'd and enabl'd ... to support, at least, their own Credit" (S. 126). Hieraus ergibt sich die Forderung:

a) daß die Bank sich parteipolitisch neutral zu verhalten habe, um die Erregung von „anger and dis-countenance" zu vermeiden, die sich wieder im Kurse ihrer Anteile ausdrücken müssen (S. 116);

b) daß ihre Leiter nicht Parlamentsmitglieder seien oder irgendeine Machtstellung in der staatlichen Verwaltung einnehmen dürfen: Die Bank soll der Regierung dienen, nicht selbst regieren wollen (S. 113).

c) Wesentlich ist, eine enge Verbindung beider Companien zu vermeiden, wie auch in der Praxis stets auf eine reinliche Scheidung der Wirkungskreise gehalten wurde, z. B. der Ausschluß der Bank von der Subskriptionsbeteiligung an der Ostindischen Companie. Davenant hält darüber hinausgehend eine vollkommen getrennte Verwaltung für erforderlich, um die Ent-

stehung eines die Verfassung bedrohenden mächtigen Gebildes zu verhindern[1]) (S. 111 f., 119).

d) Von Bedeutung ist die Beschränkung der Tätigkeit der Bank auf ausschließlich finanzielle Operationen mit Ausnahme einiger weniger Geschäfte. Bedenklich erscheint Davenant das das ausschließliche Bankprivileg verleihende Statut von 1708, das der Bank die Möglichkeit zur Entwicklung einer enormen Machtfülle gab; besonders gefährlich erscheint ihm das Streben nach Ankauf von Ländereien (S. 116).

Das Mißtrauen Davenants der Bank gegenüber ist parteipolitischer Art, Ablehnung der whigistischen Gründung durch den Tory, die Furcht vor der Entstehung eines imperium in imperio und die Bedrohung der „Liberties", die Furcht vor der Bedrohung der torystischen Grundeigentümer durch den zunehmenden Erwerb von Grund und Boden seitens der Bank. Doch ist Davenant ehrlich genug, ihren Erfolg auf finanzwirtschaftlichem Gebiet zuzugeben[2]).

5. In den New Dialogues ist Davenants Interesse gerichtet auf Wiederherstellung des Staatskredits durch Maßnahmen im Rahmen des Schuldenwesens selbst. Daneben weist er aber auch hin auf die Notwendigkeit der Ausrichtung des ganzen Steuerwesens auf Schaffung ausreichender Fonds.

Besonders wichtig erscheinen ihm die Deckung der Zahlungsrückstände der Kriegsflotte für gekaufte Vorräte und die Rückstände der Steuereinnahmen gegenüber den Anticipationen (vgl. a. a. O., S. 145). Davenant gibt die Höhe der ungedeckten Schulden nicht an, bezeichnet sie aber als sehr groß[3]). Das Ideal eines Kreditzahlungsmittels sieht er jetzt im Gegensatz zu der Abhandlung über den Nationalkredit in den Exchequerbills[4]).

a) Zugrunde liegt seinen Ansichten über diese Schatzanweisungen eine gewisse Skepsis der Bank von England gegen-

---

[1]) Tatsächlich wurden 1711 durch Gesetz die Direktoren einer der Companien von der Verwaltung der anderen ausgeschlossen. (Vgl. Anderson, a. a. O., III/38.)

[2]) Without doubt the Bank has hitherto greatly merited from the Publick, by having been the principal Instrument to keep down Interest. . . . Our wounds began to heal, when this simpathetick Balsam was apply'd to the Weapon wherewith we had been first wounded (New Dial., S. 117/118).

[3]) 1711 wurden durch königliche Akte Fonds geschaffen für die auf fast 9.5 Mill. £ bezifferten „unprovided debts". (Vgl. Anderson, a. a. O., III/42 f.)

[4]) The Scarcity of the Species consider'd, I am afraid we shall be forc'd to depend very much upon Exchequerbills (New Dial., S. 136).

über in bezug auf die von ihr übernommene Zirkulation der Exchequerbills durch die Akte von 1707. Intrigen verhinderten die Annahme eines Angebots Privater, einen Zirkulationsvertrag abzuschließen (New Dial., S. 138 ff., 149)[1]). Hierin liegt

aa) eine Gefahr politischer Art für den Tory Davenant (S. 138).

bb) eine Gefahr ökonomischer Art, die aus der Kombinierung des Depositengeschäfts mit dem Zirkulationsgeschäft entsteht. Davenant sieht die Möglichkeit eines Runs, der das Vertrauen auf die Bank als „common and safe Repository for Cash" erschüttert (S. 148/149).

6. Die praktischen Vorschläge Davenants richten sich danach, ob die Bank von England das Zirkulationsrecht der Exchequerbills aufgeben wird oder nicht.

a) Im Falle der Beibehaltung des Zirkulationsrechtes ergibt sich die Aufgabe, die bis 1710 noch ausstehenden reichlich 3 Millionen in Exchequerbills auf pari zu bringen und zum Umlaufsmittel zu machen, das vom Verkehr angenommen wird (S. 136). Voraussetzung ist die Festigung des Staatskredits (S. 144). Der Bank erwächst dazu die besondere Aufgabe, für Subskription eines Fonds zu sorgen zur Gewährleistung steter Bareinlösung unter Verzicht auf die Unterscheidung von Specie und Non-Specie Bills (vgl. S. 136 ff., 143, 148)[2]).

So hätte sie, wie Davenant ironisch bemerkt, günstige Gelegenheit, ihren oft behaupteten „publick Spirit" zu beweisen, zumal die Akte von 1707 sie geradezu dazu bestimmten, zum öffentlichen Wohl tätig zu sein: Sie erhielt das Recht der Einflußnahme auf die Höhe der auszugebenden Schatzscheine (S. 142/3).

b) Sympathischer ist Davenant jedoch die Schaffung eines Zirkulationsfonds durch Subskriptionen eines Konsortiums aus Privaten und der inkorporierten Gesellschaften (S. 144). Der wesentliche Vorteil liegt für ihn gegenüber der Zirkulationsübernahme durch die Bank darin, daß diese gezwungen ist, einen großen Vorrat an Bargeld zu halten, hier aber nur Teilbeträge der

---

[1]) Die Bank übernahm die Zirkulation zu $4^1/_2\%$ zu den gleichen Bedingungen wie die Privaten, die 5% verlangten. (Vgl. Scott, a. a. O., III/223.)

[2]) Die Unterscheidung von Specie und Non-Specie Bills wurde angewandt für Schatzscheine, die das Schatzamt angenommen und zurückgehalten bzw. wieder ausgegeben hatte (vgl. Philippovich, Die Bank von England, S. 66) und für Schatzscheine, die vom Exchequer ausgegeben, aber noch nicht an ihn zurückgelangt waren; nur erstere brauchte die Bank einzulösen.

gezeichneten Summen eingezahlt werden brauchen, der Rest dann im Bedarfsfalle (S. 180). Weiterhin ergibt sich die Möglichkeit, einen Kontrakt auf längere Zeit zu schließen, da bei kürzeren Fristen die Gefahr des Wiederabschlusses zu ungünstigeren Bedingungen für die Regierung gegeben ist (S. 166/7). Die Folge ist eine Erhöhung der Sicherheit der auszugebenden Bills, wenn auf längere Zeit ein bekanntes Privatkapital zur Einlösung bereitsteht. Zinsgewährung bewirkt, daß die Bills vom Publikum lieber als Geld genommen werden (S. 165). Damit wird erreicht, daß sie in nur geringem Maße zur Bareinlösung präsentiert werden, nur ein Bruchteil ihres Gesamtbetrages braucht in Bargeld vorrätig gehalten zu werden (S. 176 ff.). Der Grund zur Hortung von Gold und Silber entfällt (S. 173).

7. Davenants Projekt basiert auf der Zeichnung eines Fonds von 32 Mill. £ bei 10%iger Einzahlung und 6%iger Verzinsung (S. 164).

a) Die einkommenden 3,2 Mill. £ sind als Tilgungsfonds für die noch ausstehenden 3,1 Mill. in alten Bills gedacht (S. 175).

b) Nach Einzug derselben propagiert Davenant die Ausgabe neuer Bills durch das Parlament für die Jahre 1711—1714 von je 2 Millionen in kleineren Stücken als vorher und unter entsprechender Steuerfundation (S. 167). Charakteristisch ist die Ersetzung des tatsächlichen Subskriptionsfonds durch den Anspruch gegen die Subskribenten auf Einzahlung ihres Zeichnungsbetrages falls Bareinlösung gefordert werden sollte (S. 179).

Letzteres ist jedoch unwahrscheinlich: Haftung einer großen Zahl von Subskribenten, Zinsgenuß und die Aussicht auf baldige Tilgung lassen den Schluß zu, daß „Fears of any Call are quite groundless" (S. 177); die vollkommene Sicherung der Bills wird dadurch erreicht, daß sie dem Publikum nicht aufgedrängt werden dürfen: Selbst das Schatzamt kann für durch Steuerzahlung eingegangene Bills Bareinlösung verlangen.

8. Den nötigen Fond zur Verzinsung und Tilgung findet Davenant neben einigen kleineren Verbrauchsabgaben zur Hauptsache in einer Abgabe von gewissen auf den Markt gebrachten Häuten und Fellen (vgl. S. 186 f.; 213 f.)[1].

9. Der Zweck, den Davenant in seinen das Staatsschuldenwesen betreffenden Vorschlägen anstrebt, ist die Ankurbelung des ganzen Wirtschaftslebens durch Versorgung des Verkehrs mit

[1] 1712 erging ein Act for laying additional duties on hides, skins etc. (Anderson, a. a. O., III/46), aber ohne Bezugnahme auf Davenants Vorschläge.

Geldsurrogaten. Der Handel wird ausgedehnt, bares Geld strömt wieder ins Land und die Steuerquellen fließen dann wieder reichlicher.

Die Praxis beachtete Davenants Vorschläge nicht, wie es in dem Appeal to the Public (1786) (vgl. Macculloch, Scarce and Valuable Tracts on Money, London 1857, S. 303) heißt. Dafür wurden die öffentlichen Schulden 1716 für untragbar erklärt.

8. Teil.

Statistische Betrachtungen.

1. Gleichsam die Umrahmung zu den bisherigen Ausführungen bilden die statistischen Betrachtungen, mit deren Hilfe Davenant sich ein anschauliches Bild von den nationalen Kraftverhältnissen zu machen sucht. Seine Ausführungen zeigen eine Fortsetzung der Gedankengänge des „politischen Arithmetikers" Petty, ohne jedoch zu zahlenmäßigen systematischen Massenbeobachtungen zu gelangen und sich von der Auswertung für den Einzelfall loszulösen.

2. Entsprechend der zentralen Stellung, die der Handelsbilanzgedanke bei ihm einnimmt, kommt der zahlenmäßigen Festlegung der ein- und ausgeführten Warenwerte sowie der statistischen Gegenüberstellung hohe Bedeutung zu. Die Bilanz ist festzustellen auf Grund der Zollregister, ein typisch merkantilistisches Verfahren, das, wie schon Mun (a. a. O., S. 208f.) und Child (a. a. O., S. 137) erkannten, niemals ein genaues Bild ergeben konnte[1]).

Von Bedeutung ist Davenants Forderung, daß die Zollbehörden durch ihre Anschreibungen das handelsstatistische Urmaterial nicht allein für die Zukunft zu schaffen hätten, sondern auch für vorhergehende Jahre, um die Entwicklungstendenzen des englischen Außenhandels feststellen zu können (I/147ff.). Grundsätzlich hält Davenant es für schwer, den wahren Wert der Waren festzustellen und die entsprechende Aufstellung der Einzelbilanz ist für ihn eine „uncertain speculation" (I/386; II/86). Trotzdem ist dieses rohe Gesamtbild der Güterbewegung von Wert, so daß Davenant dem von ihm vorgeschlagenen Council of trade aufgibt, die Bilanzverhältnisse des internationalen Handels festzustellen

[1]) Der den Angaben aus den Zollregistern ebenfalls skeptisch gegenüberstehende Pollexfen will beispielsweise als Ergänzung die Beobachtung der Wechselkurse hinzufügen (a. a. O., S. 57), deren Studium auch von Child schon als sehr wichtig bezeichnet wurde (a. a. O., S. 148).

(I/425). Insbesondere haben Auszüge aus den Zollregistern über den englisch-französischen Warenverkehr eine große Bedeutung gegenüber der damals allgemeinen Ansicht von der „Overbalance" Frankreichs England gegenüber.

Werden solche Auszüge aus dem Zollregister nicht gemacht, so bleibt Davenant nichts anderes übrig, als aus dem geschätzten Konsum an heimischen und fremden Erzeugnissen auf die Bilanz zu schließen (II/272). Ob der Gesamthandel günstig ist, läßt sich dann aus äußeren Merkmalen feststellen. Besseres Urmaterial für handelsstatistische Arbeiten findet Davenant nach seiner Ernennung zum Generalinspektor der Ein- und Ausfuhr in den schon von seinem Vorgänger gemachten Aufzeichnungen. Den Wert der ein- bzw. ausgehenden Waren setzt er fest nach von erfahrenen Kaufleuten gemachten Preisangaben und hofft so der wahren Bilanzgestaltung mit einigen Ländern ziemlich nahezukommen (V/347f.). Immerhin wird man die Davenantschen Angaben skeptisch beurteilen, insbesondere die Einfuhrziffern als Mindestziffern wegen der Nichterfassung des ausgedehnten Schmuggels ansehen müssen (vgl. Sombart, a. a. O., II/944).

3. Statistische Erfassung des Edelmetallimports auf Grund der Angaben der Münzregister ist nicht geeignet, ein wahres Bild von dem Reicherwerden eines Landes zu geben (siehe oben S. 32).

4. Als die Grundaufgabe aller Schätzungen — denn nur um Schätzungen, nicht um Zählungen im modernen Sinne konnte es sich bei der Unvollkommenheit der damaligen statistischen Hilfsmittel handeln — betrachtet Davenant die zahlenmäßige Erfassung der Bevölkerung, die auch in Pettys statistischen Arbeiten einen breiten Raum einnimmt.

a) Davenant schätzt die Einwohnerzahl nach den Steuererträgen auf Heiraten, Geburten usw., um somit gleichzeitig die auf Grund der alten Herdsteuer errechneten 5,6 Millionen Köpfe zu kontrollieren (I/27; I/137f.). Petty kam zu einer Unterschätzung der Bevölkerungszahl, weil von den als Basis herangezogenen Steuerbeträgen ein großer Teil durch Betrügereien in Händen der Pächter blieb (vgl. I/129).

b) Davenant erstrebt Erkenntnis des inneren Aufbaues der Bevölkerung nach einer Reihe von gesellschaftlichen Merkmalen an Hand der ersten Kopfsteuer Wilhelms III. (I/137ff.) zwecks Erlangung einer besseren Einsicht in die Klassenbildungen.

Die Schätzung des Konsums einer Klasse auf Grund der ihr angehörigen Menschen ist jedoch außerordentlich vage, also auch

der entsprechend geschätzte Ertrag einer etwa aufzuerlegenden Akzise.

c) Die Akzisenerträge ermöglichen es, nicht nur auf den Konsum der Menschen zu schließen, sondern die schwankende Höhe erlaubt Rückschlüsse auf den sich ändernden Bevölkerungsstand (I/136).

d) Die Zugrundelegung eines Durchschnittsausgabensatzes pro Kopf ergibt den Gesamtverbrauch im Lande, dieser wieder ist in Parallele zu setzen zum jährlichen Ertrag der Landwirtschaft: Ergeben sich nach Deckung des heimischen Bedarfs noch Exportmöglichkeiten, so entsteht ein jährlicher Reichtumszuwachs, andererseits muß den Ausgaben ein Volkseinkommen entsprechen, das sich bei England auf 44 Millionen £ beläuft (I/141).

5. Das statistische Arbeiten Davenants erschöpft sich in dem Erraten und der zahlenmäßigen Festlegung der Kräfte der Volkswirtschaft. Wesentliche statistisch-methodische Fortschritte gegenüber Petty sind nicht festzustellen, Herausarbeitung von Entwicklungsrichtungen findet sich nur ganz gelegentlich.

Was Roscher von Petty sagt, daß er das, was heute in der Statistik am sichersten und leichtesten festzustellen ist, die Bevölkerungszahl, auf höchst unsicheren Wegen zu erraten suchte, gilt auch für Davenant und erklärt die verhältnismäßig hohen Schwankungen der Schätzungen zwischen 7 Millionen (I/70) und $5^1/_2$ Millionen (II/180).

Auf dem Gebiete des Bevölkerungswesens finden sich bei Davenant statistische Auswertungen, die über das unmittelbare finanzpolitische Interesse hinausgehend ihm geeignet erscheinen, der Bevölkerungspolitik Direktiven zu geben (II/175). Von Wichtigkeit sind hier

a) die Feststellung des Geschlechterverhältnisses als von grundlegender Bedeutung für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Volkes (II/196).

b) Gliederung nach dem Alter, die besonders auch Davenant als Wehrpolitiker interessiert (II/182).

c) Gliederung der Bevölkerung in diejenigen Personen, die den Reichtum des Landes mehren und die ihn mindern, d. h., die ihren Unterhalt von den „degrees above them" empfangen (II/201; II/184 ff.).

d) Interessant ist die Weiterführung der für 1700 berechneten Bevölkerungszahl nach rückwärts und vorne auf Grund der Annahme, daß die gleiche Geburten- bzw. Sterbezahl, die bis-

her die Entwicklung bestimmt hat, sie auch in Zukunft bestimmen wird. Davenant kommt zu dem Ergebnis, daß England 1900 gut 7 Millionen Einwohner haben werde, im Jahre 2300 11 Millionen; er ahmt Petty nach, der trotz der unsicheren Grundlagen ebenfalls derartig weitgehende Schlüsse zog (vgl. Pol. Arith., S. 107).

6. Wenig eingehende statistische Behandlung erfährt der Grund und Boden. Davenant geht aus von den Kingschen Berechnungen, auf deren Verbesserungen er sich beschränkt und wirtschaftspolitische Folgerungen nach zwei Richtungen zieht:

a) Bei einer Gesamtfläche von 39 Millionen acres betragen die Anbaufläche 9 Millionen mit 2,2 Millionen £ Rente, das Weideland 12 Millionen mit 5,2 Millionen £ Rente. Es ergibt sich die Bedeutung der Viehzucht, die es ihm ratsam erscheinen läßt, diese im nationalen Interesse mehr zu pflegen als den Kornbau (II/228).

b) Der Ertrag des Kornlandes wird auf 70 Millionen bushels geschätzt mit einem Wert von etwa 9 Millionen £. Der Ertrag erscheint Davenant zu gering, um die Versorgung der Bevölkerung bei eintretenden Naturkatastrophen gewährleisten zu können, daher fordert er die Errichtung staatlicher Getreidemagazine (II/223).

Die Entwicklung des general rental bestimmt er durch Feststellung eines Betrages von 6 Millionen £ an Hand der alten Subsidien für das Jahr 1600, die erste aid Wilhelms III. ermöglicht eine Berechnung einer Summe von 14 Millionen £, also die Feststellung einer Vermehrung um mehr als das Doppelte (I/137; I/362) (vgl. ferner oben S. 58).

7. Der Wert der Bergbauerzeugnisse wird auf 0,7—0,8 Millionen £ geschätzt, womit die relative Unentwickeltheit des Bergbaues angedeutet wird (II/231).

8. Alle statistischen Untersuchungen werden letzten Endes dem Machtgedanken untergeordnet, sie sollen dem Staatsmann in der politischen Politik Direktiven geben, insbesondere über die den Reichtum schaffende Bevölkerung Aufklärung geben. Von der Untersuchung der eigenen Verhältnisse können Schlüsse auf die anderer Nationen gezogen werden, die wertvoll im Bündnis- oder Kriegsfalle sind (I/132 f.). Es ist ja auch letzter Zweck der politischen Arithmetik Pettys, sich ein Bild von den Machtverhältnissen anderer Staaten zu schaffen.

VI. Der parteipolitische Standpunkt in Davenants Ansichten.

1. Davenants wirtschaftspolitischen Forderungen bedürfen einer kurzen Beleuchtung unter dem Gesichtswinkel des Parteistandpunktes. Davenant war Tory, der seit der Zeit Jakobs II. im politischen Leben stand, der Whig Macaulay bezeichnet ihn als „a most unprincipled and rancorous politican" (cit. bei Thomas, a. a. O., S. 71). Sein Torystandpunkt spiegelt sich auch in seinen Abhandlungen wieder.

2. Das Toryideal war die Stärkung des agrarischen Elements; Hebung der Landwirtschaft ist auch das letzte Ziel, das Davenant anstrebt[1]). Nur dann ist es möglich, den landed men zu helfen und sie von der Herrschaft der reichgewordenen Geldbesitzer zu befreien: „They whose Estates lie in Money are the Lenders, and the Landed Men are reduced to Borrow" (New Dial., S. 157).

Schutz des landed interest ist Zielsetzung der torystischen Steuerpolitik. Hinsichtlich der direkten Besteuerung stellt Cunningham (a. a. O., S. 425) Davenant als Wortführer der Toryschriftsteller hin, die eine Reform der bisherigen Besteuerung und insbesondere Heranziehung der Geldleute wünschten. Die Schwierigkeiten der Durchführung führten ihn zu den Verbrauchsabgaben, die nach seiner Überzeugung aber letzten Endes doch auf den Grundbesitz fallen mußten. Die Forderung nach Stärkung des landed interest begründet Davenant mit steuerpolitischen Argumenten: Soll der Grundbesitzer die Steuern tragen, deren Lasten auf ihn gewälzt werden, so ist der Grund und Boden auch entsprechend tragfähig zu gestalten.

3. Davenants parteipolitische Stellungnahme dem Außenhandel gegenüber steht im Rahmen des von den Torys vertretenen Konsumenteninteresses im Gegensatz zu der wohlwollenden Ein-

[1]) All things must be done that may increase the value of rents and price of land which will add true strength to the nation (I/75). The right strength of this kingdom depends upon the land (III/328).

stellung der Wigs den Produzenten gegenüber (vgl. Cunningham, a. a. O., S. 601). Es finden sich Ausstrahlungen nach zwei Richtungen:

a) Dem indischen Handel gegenüber. Die Durchführung des Parteistandpunktes führt hier zu Freihandelsforderungen. Parteipolitisches Interesse gebietet jene aber nur im Sinne der Freiheit von Zöllen und Verboten, nicht von Monopolen und zwar im Interesse des Monopols der Ostindischen Companie, die gerade von Child unter Toryverwaltung gebracht worden war (vgl. Macaulay, a. a. O., Ch. 28; Brentano, a. a. O., S. 269; Sombart, a. a. O., S. 1102).

b) Dem französischen Handel gegenüber. „But while defending the East India Companie, it was natural to cast a side glance from time to time on that other trade which common opinion regarded as harmful, namely the French trade" sagt Ashley (a. a. O., S. 285) von den Vertretern des torystisch-freihändlerischen Standpunktes dem indischen Handel gegenüber. Feindselige Haltung Frankreichs gegenüber gehörte mit zum politischen Inventar der Whigs. Die Entstehung letzterer datierte von dem Widerstand gegen die Frankreich zuneigende Haltung der restaurierten Stuarts, der rein politische Gegensatz wurde jedoch des Produzenteninteresses wegen immer mehr ins ökonomische abgewandelt, so daß sich schließlich in dem jeweiligen handelspolitischen Verhalten Englands Frankreich gegenüber das jeweilige Machtverhältnis in der Parteikonstellation Torys-Whigs ausprägte. Die Konkurrenz Frankreichs wurde von den englischen Produzenten als bedrohlich empfunden. Davenant selbst schildert, wie ihr Hauptagitationsmittel das Geschrei von der ungünstigen Bilanz mit diesem Lande war (V/362), die von 1674 an im Mittelpunkt der parlamentarischen Diskussion stand (Ashley, a. a. O., S. 217 f.) und dann zur Motivierung einer Prohibitionspolitik zu dienen hatte.

Der Tory Davenant trat gemäß seinem Parteiziel für freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich ein; die in den Kontroversen um den indischen Handel gewonnenen Erkenntnisse fanden auf die englisch-französischen Handelsbeziehungen ihre Anwendung. Der whigistischen Doktrin von der passiven Handelsbilanz jenem Lande gegenüber, die als politisches Schlagwort hingestellt wurde, stellte Davenant die der Generalbilanz entgegen: Es ergab sich der Schluß, daß ein Handel ohne prohibitive Zollbelastungen zwischen beiden Ländern für England nicht gefährlich werden konnte, — was der Tory Davenant zu beweisen hatte (vgl. auch Ashley, a. a. O., S. 300 ff.).

Die öffentliche Meinung ließ sich nicht beeinflussen, der von

Davenant vorgeschlagene freiheitliche Handelsvertrag mit Frankreich wurde 1713 zu Fall gebracht (Cunnigham, a. a. O., S. 602).

4. Den Kolonien gegenüber führt Cunningham Davenant als Kronzeugen torystischer Politik an, die auf Stärkung des politischen Abhängigkeitsverhältnisses gerichtet war, während die Whigs sich um die Kolonien nur soweit kümmerten, als mit ihrer Hilfe der Reichtum des Mutterlandes gefördert werden konnte (Dav. II/10, II/24; Cunningham, a. a. O., S. 598 f.).

5. Am stärksten tritt der Parteistandpunkt bei Davenant in der Frage des Staatsschuldenwesens hervor. Die Tories waren Gegner der Staatsschulden und wir sahen, wie Davenant um die Reduzierung der bereits eingegangenen Verpflichtungen bemüht ist. Notwendigerweise mußten sich seine Argumente gegen die monied men richten, die aber eine Interessengemeinschaft mit den Whigs eingegangen waren. Diese waren aus politischen Gründen gegen die Wiederkehr der Stuarts, jene, um weiter ungestört durch Spekulationen mit den sich ständig mehrenden Anleihen des Staates verdienen zu können. Die Interessen der Geldbesitzer wurden durch die Whigs vertreten, die Bank von England war eine whigistische Gründung. Das torystische Konkurrenzunternehmen, die Landbank, kam nicht zustande; die Tories mußten schließlich die Bedeutung der Bank in jener Zeit dringenden Staatsbedarfs anerkennen. Davenant macht aus seiner Abneigung gegen den monied interest und die Whigs keinen Hehl. Insbesondere kann er nicht die Verdrängung der alten Ostindischen Companie durch die von whigistischen Kaufleuten gegründete neue verschmerzen. Es war „Party-Business", das nach der Gründung der Bank von England auch den indischen Handel der Partei der Geldaristokratie sichern sollte.

Davenant führt die Entstehung der neuen Companie nicht zurück auf Weigerung der alten, der Regierung die geforderte Anleihe von 2 Mill. £ zu gewähren, sondern auf Sabotierung eines solchen Angebots durch whigistische Kreise. Die Macht von Bestechungen verhinderte auch ein Durchdringen von Petitionen der kaltgestellten Companie (II/293, vgl. New Dial., S. 96 ff.). Die Uneigennützigkeit des torystischen Elements betont Davenant auch noch in dem Zusammenarbeiten der beiden Parteien in der nach der Fusion von 1702 entstandenen Vereinigten Companie, verschweigt aber, daß auch die alte Companie Bestechungsmethoden nicht abhold war (vgl. Anderson, a. a. O., III/3). Innere Schwierigkeiten entstanden nach der Fusion durch die

Liquidierung der „shares". Die Mitglieder der neuen Companie hatten sich über ihre Anteile hinaus zu Zusatzeinzahlungen auf Verlangen bereit erklärt (vgl. Scott, a. a. O., II/182) und über diese Beträge shares ausgestellt erhalten, die nach der Vereinigung allmählich zu liquidieren waren. Davenant betont, daß er sich selbst den Forderungen der Aktionäre auf weitere Liquidationszahlungen angeschlossen hätte, nachdem ab 1709 weitere Zahlungen verweigert worden waren (vgl. Scott, a. a. O., II/195). Er zeigt damit, daß die Whigs Geldgewinne selbst auf Kosten ihrer eigenen Parteiangehörigen zu machen sich nicht scheuten (vgl. New Dial., S. 102f.).

Die Whigs sind für Davenant die am skrupellosen und mühelosen Geldgewinn orientierten Spekulanten, deren Abkehr von den ursprünglichen Parteiidealen er in dem True Picture of a Modern Whig zeigt. Das Wohl der Nation ist der zur Herrschaft gelangten whigistischen Plutokratie ein unbekannter Begriff geworden: „What is the nation to us" (IV/130); it is the principle of us Modern Whigs to get what be can, no matter how (IV/128). We Modern Whigs have no aim but to do our business: as to a war we promote it not out of regard to the nation's honour, but we drive it on, because it must produce high taxes of which we hope to have the fingering (IV/263). In den New Dialogues kennzeichnet Davenant das Resultat dieser Entwicklung: „Have not our Employments in the State, and our other ways of getting for these last twenty Years, render'd us the principal Masters of the Ready Cash?" (S. 158). Die alten Whigs sind nunmehr eine „Species now quite extinguish'd in the Kingdom" geworden (S. 62); diese Entwicklung ist aber nur möglich gewesen durch eine „profuse Administration", die das Entstehen dieser Geldaristokratie begünstigte (S. 161).

Den Tories dagegen steht das Wohl des Staates am höchsten, sie streben nur nach ehrbarem Geldgewinn (S. 147/8). Davenants torystisches Parteiziel ist Befreiung des Landes von diesen Leuten, die den Staat schamlos ausgebeutet haben (S. 218/9)[1]). Das Mittel findet er in der Abdeckung der Staatsschulden.

6. Parallelgehend fordert Davenant eine allgemeine Wiederherstellung der öffentlichen Moral, die durch das seitens der Modernen Whigs inaugurierte Gewinnstreben einer allgemeinen

[1]) Allerdings beachtet Davenant nicht, daß die alten Parteigegensätze sich bereits zu verwischen begannen, er sagt selbst, daß reichgewordene Leute ihr Geld mit Vorliebe in Ländereien anzulegen pflegten (vgl. II/106).

Korruption Platz gemacht hat: „The little publick spirit that remained among us, is in a manner quite extinguished“ (III/301 ff.), insbesondere sind Wahlbeeinflussungen durch die Geldleute an der Tagesordnung. Der Tory Davenant kann es sich nicht versagen, besonders die Bank und die Neue Companie vor solchen Machenschaften zu warnen und ihnen überhaupt anzuraten, sich parteipolitisch neutral zu verhalten (III/326 ff., New Dial., S. 113). Parteipolitische Zielsetzung in Davenants New Dialogues ist, die Bank und die Ostindische Companie aus dem engen Konnex mit den Whigs zu lösen und sie dem Staate allein dienstbar zu machen, eine andere Einstellung als Child, der, wenn auch selbst Tory, doch das Parteiziel als sekundär seinem privaten Interesse gegenüber ansah.

Insbesondere ist das Wohl des Staates zu fördern durch eine sparsame Verwaltung der Staatsfinanzen, die Davenant hinsichtlich der Wichtigkeit gleich neben die Religion stellt (IV/422). Davenant sieht in der altrömischen Finanzverwaltung ein Beispiel, wie das öffentliche Wohl vorangestellt wurde (III/30 ff.), stellt fest, daß die von dem älteren englischen Verfassungsrecht aufgestellten Schranken oft durchbrochen wurden, Verschwendung in der Finanzwirtschaft nicht selten zwecks persönlicher Bereicherung der Minister getrieben wurde (III/175 ff.) und empfindet es als eine Lücke, daß die Verfassung keine Vorsorge trifft, um gegen Verschwendung in der Staatswirtschaft einzuschreiten (II/286).

Das Hochkommen der modernen, am privaten Geldgewinn orientierten Whigs, schreibt Davenant den Zeiten dringenden Staatsbedarfs zu, in denen es schlechten Elementen immer leicht gelingt, zur Herrschaft zu kommen. Kampf gegen den Geist der Korruption, der in der Staatsverwaltung Platz gegriffen hat, heißt Kampf gegen die modernen Whigs.

VII. Der Machtgedanke in Davenants Anschauungen.

1. Sombart bezeichnet Davenant als besonders interessanten Vertreter merkantilistischen Denkens wegen der bei ihm stark hervortretenden politischen Einstellung (a. a. O., II/928). Politische Zielsetzung ist richtunggebend für Davenants Abhandlungen, in denen er bestrebt ist, der staatlichen Machtpolitik die materiellen Grundlagen zu verschaffen. Die Verwirklichung dieses Strebens ist möglich durch weitgehendste Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, wirtschaftlicher Wohlstand erscheint als Voraussetzung staatlicher Macht, beide sind bei Davenant eng verschwistert. „Can a nation be safe without strength? And is power to be compassed and secured but by riches?" (I/86). Vernachlässigung des Handels heißt Aufgabe der englischen Machtstellung und warnend ruft er aus: „When-ever we lose our trade, we must bid farewell to that wealth and strength, which have hither-to enabled us to preserve our liberties against the designs of Spain and France" (V/455).

Es war nur ein Schritt, um die Handelsbilanz nicht nur als Gradmesser wirtschaftlicher, sondern auch politischer Entwicklung anzusehen. Auch die Gestaltung des general rental wird zu letzterer in Beziehung gesetzt (I/362). Dem wirtschaftlichen Zweck der Handelsbilanz wird ein außerwirtschaftlicher übergeordnet, Entwicklung der nationalen Produktivkräfte ist nicht mehr Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. An zahlreichen Stellen der Abhandlungen Davenants tritt dieser Gedanke hervor, am ausgeprägtesten II/192: „The best way for a nation that apprehends the growing power of any neighbour is to fortify itself within, we do not mean by land armies which rather debilitate than strengthen a country, but by potent navies, by thrift in the public treasure, care of the people's trade and all the other honest and useful arts of peace."

2. Die stärkste Kombinierung der Wirtschaftspolitik mit der

politischen Politik ergibt sich durch die Inbeziehungsetzung der Handelsbilanz mit der Machtbilanz, der Idee, die die auswärtige Politik Englands seit Jahrhunderten beherrscht hatte. Das Gleichgewicht der Macht beruht auf dem des Handels, die Handelsbilanz ist nicht nur das Barometer für die wirtschaftliche Entwicklung der Länder, sondern auch für ihre politische Machtstellung. Davenant weist darauf hin, daß Spanien, hätte es die ungeheuren Edelmetallschätze zur Erweckung seiner Produktivkräfte verwandt, zur Universalmonarchie hätte werden können (I/383). England ist nach seiner Meinung zur Hüterin des europäischen Gleichgewichts berufen, bedarf daher in besonderem Maße der kräftigen wirtschaftlichen Basis, um die künftigen Kriege aushalten zu können (III/364). Hüter des Gleichgewichts sein heißt für Davenant aber wirtschaftliche Suprematiemacht sein.

Schmoller weist hin auf die Benutzung der militärischen Macht zur Vernichtung wirtschaftlicher Konkurrenten und auf die Ausartung des kommerziellen Wettstreites in einen halben Kriegszustand schon in Friedenszeiten (Schmoller, Umrisse und Untersuchungen, S. 47). Davenant selbst betrachtet zwei Länder, die keinen Handelsvertrag miteinander abgeschlossen hätten, als miteinander im Kriegszustand befindlich (New Dial., S. 79). Echt merkantilistisch ist auch der Gedanke, daß ein Handelsvertrag nur vorteilhaft sein kann, wenn der Gegenkontrahent als in der Lage des Übervorteilten befindlich betrachtet werden kann. Davenant steht seiner ganzen Einstellung nach im Banne der von Wilhelm III. inaugurierten agressiven Handelspolitik, wenn sich auch schon ganz gelegentlich der Hinweis findet, daß man andere Länder handelspolitisch nicht schlechter behandeln dürfe, als man von ihnen behandelt zu werden erwarte. Seine ganze Abhandlung über den Schutz des Handels verfolgt den Zweck, „securing the trade of England against the power of France, and wealth of Holland“ (I/420).

3. Die günstige Handelsbilanz zeigt an, daß die Handelsflotte wächst und der Seemannsberuf gedeiht, daraus folgt eine direkte Vermehrung der politischen Macht durch Befriedigung des Bedarfs an Kriegsschiffsbesatzungen (I/348). Indirekt gibt sie an, daß es gelungen ist, die Produktivkräfte so zu entwickeln, daß der Staat in ihnen die materielle Existenz finden kann. An Hand der politischen Arithmetik, die über die Kraftverhältnisse des Landes Auskunft zu geben hat, gewinnt der Staatsmann Richtlinien für seine Politik: Analogieschlüsse auf die wirtschaftliche Macht anderer

Staaten lassen ihn auf die politische Macht derselben schließen und die eigenen Kräfte mit denen jener Staaten vergleichen. Besondere Bedeutung für den Machtzweck gewinnt die statistische Erfassung der steuerlichen Leistungsfähigkeit des eigenen Landes: In der Abhandlung „On the Public Debts and Engagements" unternimmt Davenant den Nachweis, daß England seine Schulden eher abdecken kann als Frankreich oder Holland (I/232ff.), darum kann es am ehesten die Früchte des Friedens genießen und seine Macht vergrößern (I/252). Schnelle Abtragung der Staatsschulden bedeutet Friedensgarantie (I/257), gibt mit die Aussicht, daß ein neuer Krieg in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, wohl aber ein Aufschwung des ganzen Wirtschaftslebens (I/256f.).

Davenant täuschte sich: Der Tod Karls II. von Spanien bedrohte aufs neue durch die etwaige Vereinigung Frankreichs mit Spanien das europäische Gleichgewicht, das Wilhelm III. in Ryswick glücklich zur Geltung gebracht hatte. In dem Essay upon War, Peace, and Alliances betont Davenant die Aufgabe Englands, das politische Gleichgewicht in Europa aufrechtzuerhalten und behandelt angesichts der zu Beginn des Erbfolgekrieges abzuschließenden Bündnisverträge die staatsrechtliche Frage der parlamentarischen Mitwirkung bei Kriegserklärung, Friedensschluß und Allianzen, die in positivem Sinne beantwortet wird (III/363ff.).

Der Essay upon Universal Monarchy bringt geschichtliche Beispiele, die Davenant zu der Mahnung veranlassen, alle Kräfte zusammenzunehmen, um das Entstehen eines Universalreiches zu verhindern (IV/3ff.). Dazu ist es erforderlich, alle Parteistreitigkeiten zu lassen und einem anerkannten Führer, wie dem König, zu folgen.

Die schweren Niederlagen der Franzosen lassen ihn in dem New Dialogues sagen: „The Zeal we have shown against France, and to suppress its exorbitant Growth, will be Prais'd in all Ages (S. 239); . . . we have put a Bar, peradventure, for some ages to Universal Monarchy", nicht zuletzt dank der enormen Schuldenlast, die Frankreich erneut kontrahiert hatte (S. 89/90).

VIII. Davenants Stellung in der Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen.

Unsere Untersuchung hat Sombarts Ansicht bestätigt, daß bei Davenant das Handelsbilanzproblem im Mittelpunkt der Erörterungen steht und er in „klassischer Form und epigrammatischer Kürze" zum Ausdruck bringt, daß hinter der günstigen Bilanz die lebendige Entwicklung der Produktivkräfte stehen muß (Sombart, a. a. O., II/928ff.); sein Gedankenkreis paßt sich im großen und ganzen ein in den Überblick, den Sombart über das merkantilistische Denken zu geben versucht. Allerdings finden sich auf handelspolitischem Gebiete Konzessionen an liberalere, über die orthodox-merkantilistischen Anschauungen hinausgehende Gedankengänge.

2. Es ging aus Obigem die Beeinflussung Davenants durch andere Schriftsteller wie Petty, Child, Mun u. a. hervor, doch ihn einen Eklektiker im gewöhnlichen Wortsinne zu nennen, ist nicht angängig, vielmehr führt er schon vorhandene Gedanken weiter aus, ergänzt sie teilweise und macht sie den besonderen Zwecken, die er verfolgt, dienstbar. Insbesondere macht sich immer wieder der Schüler bemerkbar, als den er sich selbst in seinem Verhältnis zu Petty bezeichnet, dem er sich zu Dank verpflichtet fühlt für die Übermittlung von Kenntnissen in der politischen Arithmetik (I/138). Whitworth erwähnt im Vorwort zu der von ihm veranlaßten Ausgabe der Werke Davenants Petty an erster Stelle in der Zahl der Schriftsteller, die Davenant gelesen hätte (Pref., S. XV).

Davenant hat die den Pettyschen Werken zugrunde liegende Idee, daß die Arbeit letzte Quelle des Volkswohlstandes sei, übernommen; in Verfolgung der sich aus dieser Erkenntnis ergebenden Konsequenzen scheiden sich jedoch beider Wege. Petty ist der mehr theoretisch veranlagte Kopf, der die Werte schaffende Arbeit auch zum Maßstab des Wertes macht (Taxes and Contr., S. 30ff.), die Vorteile der Arbeitsteilung betont (Pol.

Arith., S. 224) und damit Gedanken bringt, deren die Klassiker sich später bedienten. Pettys Blick ging mehr auf den Zusammenhang der ökonomischen Phänomene, er analysierte ökonomische Tatsachen, während Davenant in theoretischer Hinsicht an der Oberfläche blieb. Davenants Stärke liegt auf wirtschaftspolitischem Gebiet, Pettys theoretische Erkenntnisse benutzt er zur ökonomischen Fundierung seiner wirtschaftspolitischen Forderungen.

3. Es ist kurz zu untersuchen, ob sich Berührungspunkte mit Ad. Smith feststellen lassen: Die Bekanntschaft des Meisters mit den Werken Davenants muß vorausgesetzt werden, da die gesammelte Ausgabe von Whitworth sich in seinem Besitz befunden hat (vgl. Bonar, A Catalogue of the Library of Ad. Smith, London 1894). Davenant wird an zwei Stellen des „Völkerreichtums" zitiert: Smith benutzt die statistischen Angaben Kings über das Einkommen eines Tagelöhners und nimmt Davenants Zeugnis für die Glaubwürdigkeit dieses Autors in Anspruch; dann wendet sich Smith gegen die Bedenken, daß eine Ermäßigung der Biersteuer und Erhöhung der auf Spirituosen die Rente vom Gerstenboden schmälern könnte und bezieht sich hierbei auf Davenant, I/221—24 (vgl. Wealth of Nations, Edit. London 1811, I/104, V/360).

Bei Smith ist noch wie bei Davenant das Produktionsinteresse vorherrschend, während die Problemstellung bei Ricardo bereits verschoben ist und die Verteilung der Güter zum Erkenntnisobjekt der Nationalökonomie gemacht wird.

a) Ausgangspunkt bei beiden ist die Arbeit, Smith aber hat die Gesamtarbeit der Nation im Auge, während Davenant seine Erörterungen auf die Arbeit in der Manufaktur abstellt, Arbeitsteilung kennt er nicht. Der Reichtum des Landes hängt bei ihm ab von der Größe der Güterproduktion und ihrem Absatz im Außenhandel, ein Kreislauf entsteht mit der günstigen Handelsbilanz als logischem Schlußglied. Gelderwerb wird bestimmend für die Produktion, leitendes Motiv ist der Gedanke des Wohlergehens des Kaufmannsstandes, das mit dem Wohlergehen der ganzen Nation identifiziert wird. Bei Smith wird nicht primär die Größe der Produktion für den Reichtum der Nation entscheidend, sondern die Differenz zwischen den Tauschwerten der jährlichen Produktion und des jährlichen Konsums, die den jährlichen Zuwachs an Kapital bestimmt. Geld ist nicht mehr ein wunderbares Ding, sondern nur eines der Produktionsmittel. Das Kapital wird nun-

mehr als entscheidend für den Volkswohlstand angesehen, d. h. das Gesamtwohl, nicht das eines Standes.

Gemeinsam ist nur der Ausgangspunkt bei Davenant und Smith, die grundsätzliche Divergenz liegt schon, wie bei der Frage der internationalen Arbeitsteilung erörtert (oben S. 82), in dem Gegensatz des Smithschen Liberalismus zur universalistisch-nationalistischen Einstellung Davenants. Die Preisbildung ist bei Smith das regulierende Prinzip, daraus folgt die Forderung des Nichteinmischens des Staates in das freie Spiel der Kräfte. Der Egoismus der Individuen ist maßgebend für die volkswirtschaftliche Selbstentwicklung. Davenant gibt der freien Konkurrenz keinen Raum, aus der Not, veranlaßt durch Lohndruck, Steuerdruck, Herabdrückung des Lebensstandards durch Einwanderung, zieht er günstige Ergebnisse für das Fortschreiten der Nation.

b) Eine gewisse Gemeinsamkeit der Anschauungen zeigt sich in der Ansicht beider, daß das Kapital zuerst in der Landwirtschaft angelegt wird, sie ist bei Smith rentabler, weil die Natur unentgeltlich mitwirkt. Demnach nimmt die Smithsche Freihandelsforderung noch nicht die agrarfeindliche Tendenz an, die später bei Ricardo zum Ausdruck kommt. Desgleichen nimmt Davenant an, daß das hereinströmende Geld als Kapital zuerst dem Landwirt zur Verfügung gestellt wird, demnach ist seine Freihandelsforderung auch agrarfreundlich eingestellt, da durch ihre Verwirklichung die Bilanz günstig gestaltet, der Geldzufluß vergrößert und damit die Landwirtschaft gestärkt werden soll.

4. Davenant erkennt gleich den Physiokraten die hohe Bedeutung der Landwirtschaft an, jene jedoch mehr in der Eigenschaft dieser als Getreideproduzent, Davenant als Rohstofflieferant für die heimische Wollmanufaktur. Das Getreide spielt bei Davenant eine untergeordnete Rolle, er ist an seinem niedrigen Preis sehr interessiert und verurteilt aus diesem Grunde die Getreidehandelspolitik Wilhelms III. Die Physiokraten verlangen den bon prix, den hohen Getreidepreis, da nur dann die Erzielung des produit net möglich ist, von dem dann das Gedeihen der Landwirtschaft abhängig ist.

Für die Physiokraten ist die Landwirtschaft die alleinige Quelle des Nationalreichtums, die in ihr verwandte Arbeit ist allein produktiv. Die Erwerbstätigkeit der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung erscheint als steril. Für Davenant ist wichtig, daß dem landwirtschaftlichen Rohstoff durch die umformende

Arbeit eine Werterhöhung zuteil wird und der Handel diese geschaffenen Werte in Geldform umsetzt. Industrielle und merkantile Erwerbstätigkeit sind also auch produktiv.

Im Rahmen der physiokratischen Lehre stellt der Ackerbau die Existenzgrundlage des ganzen Volkes dar, da er allein Tauschwerte über den Kostenaufwand hinaus erzeugt, die im Zirkulationsprozeß wieder zurückkehren. Die Überschußproduktion ist von Bedeutung für die Rentabilität der Landwirtschaft, deren Reinertrag seine Voraussetzung in der preisbildenden Wirkung des Konsums der Bevölkerung findet.

Bei Davenant ist der landwirtschaftliche Reinertrag nur nebensächlich am Konsum orientiert, er ist interessiert nicht an einer Preissteigerung, sondern an der Mehrerzeugung. Der Freihandel ist bei Davenant die Voraussetzung zur Produktion mit ständig wachsender Sachunterlage, der niedrige Getreidepreis ist vorteilhaft, sein Hochtreiben durch den freien Handel ist durch eine staatliche Getreidehandelspolitik zu verhindern. Die Physiokraten begrüßen den Freihandel als Verwirklicher des hohen Getreidepreises. Er sichert ihnen einen dauernd hohen Weltmarktpreis, verhindert einen Sturz bei reichlicher Ernte, vermeidet andererseits ein zu hohes Niveau, das auch der Landwirtschaft durch Verringerung der Konsumtionskraft schaden könnte.

Die Physiokraten sind der Meinung, daß alle indirekten Steuern letzten Endes aus dem Bodenreinertrag bestritten werden; diese Ansicht resultiert aus ihrem Verteilungssystem. In logischer Folgeziehung kommen sie zur Forderung der Alleinsteuer, um einer Doppelbelastung des Grundeigentümers mit ihren verderblichen Folgen für den Reinertrag vorzubeugen. Auch Davenant bestätigt die Erkenntnis Lockes, daß alle Verbrauchssteuern auf den Boden überwälzt werden. Doch kommt er nicht wie dieser und die Physiokraten zur Forderung der Alleinsteuer, sondern will die unmittelbare Wirkung dieses Übelstandes abschwächen, auf der anderen Seite die definitiven Steuerträger zu stärken suchen. —

5. Über das Verhältnis Davenants zu Malthus s. oben S. 46 f.

IX. Ergebnis.

Die Zielsetzung in Davenants Schriften ist die Schaffung der materiellen Existenzgrundlage für den nationalen Staat. Mittel zum Zwecke ist die Erweckung der nationalen Produktivkräfte und damit die Stärkung der Steuerkraft des Grund und Bodens, der dem Staate letzten Endes die Mittel zu seiner Finanzwirtschaft zur Verfügung stellt. Staatsschulden greifen störend in den Kausalnexus: Steigerung der Produktivität — günstige Handelsbilanz ein, sie sind zu vermeiden.

Parteipolitische und privatwirtschaftliche Interessen wirken modifizierend auf die merkantilistische Gedankenwelt Davenants ein, sie bewirken ein Andrängen gegen orthodoxe Anschauungen, sie bewirken aber nur ein ihnen angemessenes Zurechtmachen der merkantilistischen Ideenwelt in freiheitlicher Richtung, vermögen diese aber nicht zu durchstoßen. Davenant war Merkantilist, der die Schwächen der überkommenen Anschauungen sah, aber nur dunkel den ins Freie führenden Weg erkannte, den Adam Smith erst vollends bahnte.

Literaturverzeichnis.

Anderson, Historical and Chronological Deduction of the Origin of Commerce Vol. II u. III. London 1787.

Andréadès, A., History of the Bank of England. London 1909.

Ashley, W., Englische Wirtschaftsgeschichte, Bd. II. Leipzig 1896.

Archbold, W., Outlines of Indian Constitutional History. London 1926.

Ashley, W., Surveys Historic and Economic. London 1900.

Ballière, Y., L'Oeuvre Economique de Charles Davenant, Thèse, Poitiers 1913.

Becker, Hermann, Zur Entwicklung der englischen Freihandelslehre. Jena 1922.

Biach, R., Th. Mun, Englands Schatz aus dem auswärtigen Handel. Wien-Leipzig 1911.

Bickel, W., Die ökonomische Begründung der Freihandelspolitik. Zürich 1926.

Brentano, Lujo, Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands, Bd. I/II. Jena 1927.

Briggs, M., Economic History of England. London 1926.

Brinkmann, Carl, Wirtschafts- und Sozialgeschichte. München-Berlin 1927.

Brodnitz, G., Englische Wirtschaftsgeschichte. Jena 1918.

Bücher, Karl, Die Entstehung der Volkswirtschaft, Bd. I. Tübingen 1917.

Chalmers, George, An Estimate of the Comparative Strength of Great Britain. London 1794.

Child, Jos., A New Discourse on Trade. London 1693.

Cunningham, W., The Growth of English Industry and Commerce. Modern Times. Cambridge 1892 u. 1907.

Damianoff, M., Die volkswirtschaftlichen Anschauungen Johannes Fr. Pfeiffers. Leipzig 1908.

Davenant, Ch., The Political and Commercial Works ed. by Whitworth, Vol. I—V. London 1771.

—, New Dialogues upon the Present Posture of Affairs etc. London 1710.

—, An Essay upon the National Credit of England etc. London (1710).

Dowell, St., History of Taxation and Taxes, Vol. I—II. London 1888.

Dühring, E., Kritische Geschichte der Nationalökonomie. Leipzig 1900.

v. Erdberg-Krzenziewski, R., Johann Joachim Becher. Jena 1896.

Gide & Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen. Jena 1923.

Hatschek, J., Englische Verfassungsgeschichte. München-Berlin 1913.

Helander, S., Josiah Child, Weltwirtschaftliches Archiv. Jena 1923.

—, Theorie und Politik der Zentralnotenbanken. Jena 1916.

Hewins, W., English Trade and Finance. London 1892.

Heyking, E. v., Zur Geschichte der Handelsbilanztheorie. Berlin 1880.
Ingram, J., Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Tübingen 1905.
Jahn, G., Merkantilismus, Handw. d. Staatsw., IV. Aufl. Jena 1925.
Kautz, J., Die geschichtliche Entwicklung der Nationalökonomik. Wien 1860.
Leser, E., Merkantilsystem, Handw. d. Staatsw., III. Aufl. Jena 1910.
Levy, H., Die englische Wirtschaft. Leipzig-Berlin 1922.
—, Monopole, Kartelle und Trusts, II. Aufl. Jena 1927.
Lipson, E., The History of the Woollen and Worsted Industries. London 1921.
Locke, John, Consequences of the Lowering of Interest 1691, ed. Ward Lock & Co. London o. J.
Macaulay, Th. B., The History of England. London 1855.
Macculloch, J. R., A Select Collection of Tracts on Money, ed. by Macculloch. London 1856.
Martin, E., Histoire Financière et Economique de l'Angleterre. Paris 1912.
Mombert, P., Geschichte der Nationalökonomie. Jena 1927.
Mun, Thomas, Englands Treasure by Forraign Exchange. London 1664.
Niemeyer, A., Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen in der Literatur des 16.—18. Jahrhunderts unter dem Gesichtspunkt des Handelsbilanzgedankens. Kieler Dissertation o. D., Maschinenschrift.
Ochenkowski, W. v., Englands wirtschaftliche Entwicklung im Ausgange des Mittelalters. Jena 1879.
Oncken, Aug., Geschichte der Nationalökonomie. Leipzig 1902.
Petty, W., Tracts. (Treatise on Taxes and Contributions, Political Arithmetic, Political Anatomy, Verbum Sapienti) Gesammelte Ausgabe. Dublin 1769.
Philippovich, Eugen v., Die Bank von England. Wien 1885.
Pollexfen, H., Discourse of Trade, Coyn and Paper-Credit. London 1697.
Raffel, Engl. Freihändler vor Ad. Smith. Tübingen 1905.
Roscher, W., Zur Geschichte der englischen Volkswirtschaftslehre. Leipzig 1857.
Salin, E., Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Berlin 1923.
Schacht, Hj., Der theoretische Gehalt des englischen Merkantilismus. Berlin 1900.
Schäfer, D., Weltgeschichte der Neuzeit. Berlin 1908.
Schanz, E. v., Englische Handelspolitik gegen Ende des Mittelalters. Leipzig 1881.
Schmoller, G., Die englische Handelspolitik des 17. und 18. Jahrhunderts, Jahrbuch für Gesetzgeb., Verwaltung und Volksw. 1899, 4. Heft.
—, Umrisse und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte. Leipzig 1898.
Scott, W. R., The Constitution and Finance of English, Scottish and Irish Joint-stock Companies to 1720, Vol. I—III. Cambridge 1912.
Smith, Adam, Wealth of Nations, ed. London 1811.
Sombart, W., Der moderne Kapitalismus, Bd. II. München-Leipzig 1919.
Spann, O., Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre. Leipzig 1928.
Thomas, P. J., Mercantilism and the East India Trade. London 1926.
Unwin, G., Studies in Economic History. London 1927.
Vocke, W., Geschichte der Steuern des britischen Reiches. Leipzig 1866.
Weber, Max, Wirtschaftsgeschichte. München-Leipzig 1923.

Williams, T., The History of Commerce. London 1926.
Zielenzieger, K., Die alten deutschen Kameralisten. Jena 1914.
(anonym), Considerations upon the East India Trade. London 1701.

Dictionary of National Biography, ed. by L. Stephen, London 1885.
Palgraves Dictionary of Political Economy, ed. by H. Higgs, London 1925.
Biographie Universelle, Paris 1813.
The Encyclopaedia Britannica, Cambridge 1910.
Biographia Britannica (im Vorwort der Ausgabe der Werke Davenants von Whitworth, London 1771).

Schriften Davenants.

An Essay upon Ways and Means of supplying the War 1695.
An Essay on the East India Trade 1697.
Discourses on the public Revenues and on Trade Part. I u. II. 1698.
An Essay on the probable Methods of making a People Gainers in the Balance o Trade 1699.
A Discourse upon Grants and Resumptions 1700.
An Essay upon the Balance of Power 1701.
An Essay on War, Peace and Alliances 1701.
An Essay upon Universal Monarchy 1701.
The true Picture of a Modern Whig Part. I. 1701, Part. II. 1702.
Essays upon Peace at Home and War abroad 1704.
Reflections upon the Constitution and Management of the Trade to Africa 1709. Part. I—III.
An Essay upon the National Credit of England (1710).
New Dialogues upon the Present Posture of Affairs etc. 1710.
Reports to the Honourable the Commissioners Part. I—II, 1712.

University of British Columbia Library

DUE DATE

ET-6 BP 74-453

UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY
3 9424 02048 3423